

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Politische Berichte



24. September 1983
Jg. 4 Nr. 19

G 7756 D

Preis:
2,50



„Die wichtigsten Befunde: · Schmerzen als Symptome einer Überbelastung (So leiden z.B. Kassiererinnen, die sitzend arbeiten, an Rückenschmerzen und Beinbeschwerden.) · Muskelverkürzungen als Folge der Dauerverspannung · Bewegungsstörungen der Gelenke · Nervosität, Schlafstörungen, Kreislaufbeschwerden.“ (HBV über die Arbeitsbedingungen der 200 000 Kassiererinnen)



Haushaltsberatung '84: SPD zur „Kooperation“ bereit — neuer Spielraum für Kapitalisten und Regierung Seite 10



Bundesregierung: Reaktionäre Rezepte gegen die politische Opposition: ganz große Koalition für die „euro-päische Einigung“ Seite 13



Libanon: Die Truppen der NATO-Staaten greifen die PLO und Syrien an Seite 29

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekstraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekstraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt

19/1983

Belgien: Generalstreik im öffentlichen Dienst gegen die Lohnsenkungspläne von Regierung und Kapitalisten ... Seite 3
Regierung will mit Arbeitszeitverkürzung höhere Arbeitsintensität in den Fabriken ermöglichen Seite 4
BRD: Eifrig für die Verschärfung der Ausbeutung der belgischen Arbeiter Seite 5

Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet Seite 6
--

Tarifbewegung Metall: Gewerkschaftliche Erfolge bei weiteren Lohnsenkungen? Seite 7
Versicherungswirtschaft: Kapitalistenverband zur Arbeitszeitverkürzung Seite 7
Bundeszentralregister: Neue Aufgaben: Strafverfolgungsstatistik, Ermittlung verurteilter Ausländer Seite 8
Verfassung: Staatszielbestimmung – Pflicht zur Staats-treue Seite 9
US-Schwarze: Verelendung und Rückkehr in den Süden Seite 9
Haushaltsberatung '84: SPD zur „Kooperation bereit“ – neuer Spielraum für Kapitalisten und Regierung Seite 10
BRD/Türkei: Bundesregierung liefert weiterhin aus Seite 11
Jumbo-Abschuß: NATO: Vorbereitungen zum „Zurücksschießen“ Seite 12
Bundesregierung: Reaktionäre Rezepte gegen die politische Opposition: ganz große Koalition für die „europäische Einigung“ Seite 13
Positionen der DDR zur „deutschen Nation“ Seite 14
Lafontaine: Durch Austritt aus der NATO zu einem starken Europa Seite 17

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung Seite 18
--

VAW Leichtmetall: Lohnsenkung mit Brachialgewalt. Streik ist die richtige Antwort Seite 19
GHH/MAN: Der Konzern wird durchsaniert Seite 19
Bayern: „Bürgernahe Verwaltung?“ – mehr Freiheit für kapitalistisches Wirtschaften Seite 20
Hapag-Lloyd: Vorstand geht brutal gegen Gewerkschafter vor Seite 21
Ruhrbistum Essen: „Nationale Anstrengung“ Seite 21
Arbeitszeitverkürzung: Lehreralltag an einer Berufsschule – Mehrarbeit vom Dienstherrn eingeplant Seite 22

Aktionen und Beschlüsse der GEW zur Arbeitszeitverkürzung Seite 22

Gefängnisse: Zurück zum Verwahrvollzug Seite 23

Nordsee: BGS und Marine üben „praxisnah“ Seite 23

Kernkraftwerk Wyhl: Späth setzt auf den Faktor Zeit... Seite 24

Studentenprozesse: Abschließendes Urteil gegen Tobias Brückner Seite 24

Kassenarbeitsplätze: Schwere Arbeit bei hoher Konzentration bringt erheblichen gesundheitlichen Verschleiß .. Seite 25

Positionen der HBV zur Arbeit im Einzelhandel Seite 26

Stichwort: Verkaufen/Kassieren Seite 27

Internationale Nachrichten Seite 28

Libanon: Die Truppen der NATO-Staaten greifen die PLO und Syrien an Seite 29

Brasilien: Nationaler Gewerkschaftsverband gegründet Seite 29

VR Polen: Wo ist Bedarf für „Znak“-Reaktionäre? Seite 30

DDR: Produktion gesteigert – höhere Schulden an BRD Seite 30

Tschad-Intervention: Keine Opposition von PCF und Gewerkschaften Seite 31

Großbritannien: Absetzbewegung von der Labour-Partei Seite 31

Dänemark: Schwierige Lage sechs Monate nach Ende des Hafenarbeiterstreiks Seite 32

Hafen-Streikführer Jörgensen durch Aktionen freige-kämpft Seite 32

Aus Kultur und Wissenschaft Seite 34

„Der Sinn des Lebens“: Viel Klamauk und grobschläch-tige Gags, meist oberflächliche Satire..... Seite 34

Christlich-abendländisch, europäisch Seite 34

Zur Geschichte proletarischer Frauenbewegung Seite 34

Vaterlandslose Gesellen Seite 35

Disco-Musik: Ein Spektrum aus Mystik, sportlichem Ehrgeiz und Konservativem..... Seite 35

Kurdistan: Die Imperialisten stützen und stützen sich auf die Feudalherren Seite 36

Kohle-/Kreidezeichnung Seite 37

Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich: ein schwerer Bruch mit guter gewerkschaftlicher Tradition Seite 38

Generalstreik im öffentlichen Dienst gegen die Lohnsenkungspläne von Regierung und Kapitalisten

„Ob wir jetzt aufgehängt werden mit einer Kordel oder mit einem Stacheldraht um den Hals, tot sind wir sowieso, und das nehmen wir nicht hin.“ Mit diesen Worten begründete ein Sprecher der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ACOD am Montag dieser Woche die Entscheidung der ACOD, den Streik gegen die Lohnsenkungspläne der belgischen Regierung in allen Teilen des Landes unbefristet fortzusetzen.

Nachdem vor zwei Wochen die Eisenbahner die Streikbewegung eröffnet hatten, streiken seit Donnerstag, dem 15.9., fast alle 900 000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst Belgiens. Aufgerufen durch die ACOD, die dem Gewerkschaftsbund ABVV angehört, durch die im katholischen Gewerkschaftsbund ACV organisierten Gewerkschaften und selbst durch mehrere kleine liberale Gewerkschaften, legten die Streikenden schon am ersten Streiktag den gesamten Eisenbahnverkehr, Busse, Straßenbahnen, die Post, den größten Teil der Gemeindeverwaltungen, Müllabfuhr und Straßenreinigung, die Universitäten, Teile der Zollkontrollen an den Grenzen und der Ministerien in Brüssel still. Einen Tag später schlossen sich die Lohnabhängigen bei den staatlichen Banken an. Die Belegschaften in den staatlichen Krankenhäusern folgten und richteten ebenso wie große Teile der Feuerwehr und der Elektrizitäts- und Wasserwerke Notdienste ein. Nachdem anfangs nur die Lehrer an den staatlichen Schulen Walloniens und in Antwerpen dem Streikaufruf gefolgt waren, streiken seit Dienstag nun auch die Lehrer an den Gemeinde- und Provinzschulen und im übrigen flämischen Landesteil. Die streikenden Schleusenwärter haben die Binnenschiffahrt zum Erliegen gebracht, vor Antwerpen warteten am Dienstag über 100 Schiffe, die den Hafen nicht anlaufen können, da die Lotsen im Streik sind.

Die Wucht und die Geschlossenheit der Streikbewegung hat die Regierung völlig überrascht. Sie hatte sich alles ganz anders vorgestellt! So sind seit Juni die neuen „Sondervollmachten“ in Kraft, die ihr erlauben, bis 1.4.84 alle erforderlichen Maßnahmen zur „Sanierung“ ihres Haushalts wie der Sozialversicherungen in Kraft zu setzen, ohne daß das Parlament darüber beschließen muß. Arbeitsminister Dehaene kündigte prompt an, dem Defizit in der Arbeitslosenversicherung dadurch zu Leibe rücken zu wollen, daß er sie

„familienfreundlicher“ gestalte. Dazu solle das Arbeitslosengeld für Ledige und für Familien ohne Kinder von 60 auf 40% des letzten Lohns gesenkt werden. Überhaupt müßten alle Sozialversicherungen „familiengerechter“ werden. Wieso solle man z.B. einer Frau Arbeitslosengeld zahlen, wenn ihr Mann noch arbeite?

Auch der Finanzminister hub zu großen Taten an. Er verkündete den Kapitalisten eine Aufhebung der Strafverfolgung für illegal ins Ausland verschobene Vermögen und eine Befreiung aller Dividenden von der Einkommenssteuer. Die Zeitung „Libre Belgique“ kommentierte dies am 6.8. mit den Worten: „... es scheint, daß bei einigen großen Familien am Montagabend der Champagner knallte“.

Der Sozialminister kündigte eine Senkung der Renten auf 60% des letzten Lohns an und eine Erhöhung der Beiträge für Kranken- und andere Sozialversicherungen um 1,25%, der Finanzminister beglückte die Öffentlichkeit mit der Ankündigung, die Regierung werde 12% des Urlaubsgelds aller Lohnabhängigen zwecks „Sanierung des Haushalts“ einziehen. An wen dieses Geld weitergeleitet werden wird, steht auch schon fest: Allein als Zinsen für die auf umgerechnet 175 Mrd. DM gestiegene Staatsschuld werden die Kapitalisten im nächsten Jahr 17% aller Staatsausgaben oder ca. 300 Mrd. bfr. (1 bfr. = 0,05 DM) kassieren. Zum Vergleich: Die Lohnsumme für die

900 000 Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst soll 1983 430 Mrd. bfr. (21,5 Mrd. DM) nicht überschreiten!

Genau auf diese Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst soll das „Sanierungsprogramm“ der Regierung in voller Pracht niedergehen. Schon jetzt liegen ihre Löhne mit durchschnittlich 1990 DM brutto bedeutend unter den westdeutschen Löhnen. Auch verglichen mit den Löhnen der übrigen belgischen Lohnabhängigen liegen sie 10 bis 20 Prozent niedriger. Ein Arbeiter bei der Müllabfuhr etwa erhält einen Anfangslohn von umgerechnet 1425 DM brutto, bei Lebenshaltungskosten und Abzügen vergleichbar denen in der BRD. Ein Postbote, ledig, bekommt ein Anfangsgehalt von 1150 DM netto, ein Schaffner bei der staatlichen Eisenbahn 1530 DM brutto. Hinzukommen geringe Zulagen durch ein ausgefertigtes Prämienystem. Das Urlaubsgeld beträgt einheitlich 600 DM im Jahr plus 1,75% des Märzgehalts des jeweiligen Jahres. Ein 13. Monatsgehalt gibt's nur bei den „Parastatalen“, das sind u.a. die E- und Wasserwerke und die Sozialversicherungen.

Diese sowieso schon elend niedrigen Löhne will die Regierung nun zusätzlich zu der allgemeinen Abgabe auf das Urlaubsgeld und die höheren Sozialversicherungsbeiträge weiter senken:

– durch eine Senkung des Kindergelds oder aber – soweit kinderlos – durch Erhebung eines „Solidarbeitrags“ von 900 bfr. im Monat,



Der Streik im öffentlichen Dienst entwickelt sich immer mehr zu einer „Kraftprobe der Gewerkschaften mit der Regierung“, sorgt sich die westdeutsche Presse. Bild: Polizeiprovokation gegen Streikposten der Straßenreinigung in Gent am 16.9.

– durch eine Senkung der Rentenansprüche nach westdeutschem Vorbild auf 60% (Ledge) bzw. 75% des letzten Lohns – mit dem Unterschied, daß in Belgien bislang die etwas höheren Rentensätze im öffentlichen Dienst als „Ausgleich“ für den umso niedrigeren Lohn galten,

– sowie schließlich durch eine Überprüfung aller Zulagen, wobei das Ziel ist, diese Zulagen wo irgend möglich völlig abzuschaffen.

Sodann will die Regierung im Sommer 1984 die Auszahlung der Löhne und Gehälter vom Monatsanfang auf das Ende des Monats verschieben – ein Clou, durch den sie einen Monat lang die Arbeitskraft der 900000 Lohnabhängigen vernutzen könnte, ohne einen Pfennig dafür zu bezahlen. Für die meisten Lohnabhängigen bedeutet dieses, von der Regierung unter dem Eindruck von zwei Tagen Streik am Montag als „neues Angebot“ verkündete Programm Lohnsenkungen von 10 bis 20% binnen zwei Jahren und den Übergang zu einer Lebensführung, bei der die Reste des Urlaubsgelds nicht einmal mehr zur Abzahlung der für den täglichen Unterhalt, für Kleidung oder Möbel aufgenommenen Schulden reichen werden und bei der einmal die Woche Fleisch schon ein Zeichen für „gehobene Lebensführung“ sein soll.

Können die belgischen Lohnabhängigen diesen neuerlichen Angriff zurückschlagen? Nach Auskunft der ACOD vom Anfang der Woche sind die Streikenden „einig wie schon lange nicht mehr“. Zudem steht der christliche Gewerkschaftsbund ACV, der mit 1,3 Mio. Mitgliedern besonders im flämischen Landesteil vertreten ist und in der Vergangenheit mehrfach die Maßnahmen der Regierung zumindest geduldet hatte, nach Verlusten bei den Betriebsratswahlen und bei den Wahlen zur Sozialversicherung an die Gewerkschaften im ABVV unter starkerem Druck seiner Mitglieder als je zuvor, nicht nachzugeben. Versuche der Regierung, die Streikbewegung als „wallonischen Extremismus“ des ABVV zu verteufeln, sind letzte Woche ebenso kläglich gescheitert wie ein erster Versuch des Wirtschaftsministers, die Arbeiter in den Häfen unter Berufung auf ein Gesetz von 1945 zwangsweise an die Arbeit zu treiben: Die Arbeiter erschienen entweder gar nicht an ihren Arbeitsplätzen, oder aber sie nahmen die Arbeit gar nicht oder nur mit äußerster Langsamkeit auf, so daß der Minister seine Arbeitsanordnung wieder aufhob. Viel hängt jetzt von der Unterstützung des Streiks durch die übrigen Gewerkschaften in Belgien ab. Der Gewerkschaftsbund

ABVV hat inzwischen nach ersten Unterstützungsstreiks u.a. der Stahlarbeiter von Cockerill-Sambre und von 3000 Arbeitern von Caterpillar in Charleroi zur „regionalen Unterstützung“ des Streiks aufgerufen. Am Freitag, dem 23.9., will der ABVV über die Ausrufung eines Generalstreiks gegen den gesamten Haushaltspol der Regierung entscheiden, je nachdem, wie bis dahin die Verhandlungen mit der Regierung verlaufen sind. Das gleiche gilt für den Gewerkschaftsbund ACV, der ebenfalls noch mit der Regierung verhandelt.

Für die Regierung steht viel auf dem Spiel. Die schweren Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst sollen den belgischen Kapitalisten den Weg ebnen für ebensolche Einbrüche in das private Lohnniveau. Schon jetzt verfügt die Regierung über Vollmachten, um die Tarifverträge in der Stahlindustrie, der Textilindustrie und bei den Werften jederzeit aufheben zu können und den Gewerkschaften neue Tarife diktieren zu können. Diese Vollmachten sind bis Ende dieses Jahres befristet. Scheitert die Regierung also jetzt im öffentlichen Dienst, so gerät ihr gesamtes „Sanierungsprogramm“ in Gefahr. Die belgischen Kapitalisten drängen deshalb auf rasche Niederschlagung des Streiks, notfalls durch den Einsatz der parami-

Regierung will mit Arbeitszeitverkürzung höhere Arbeitsintensität in den Fabriken ermöglichen

Die belgischen Arbeiter hatten 1982 im Vergleich zu den Arbeitern in den anderen EG-Ländern mit 36 bis 39 Stunden tarifvertraglich und 40 Stunden gesetzlich die kürzesten Wochenarbeitszeiten. Die christdemokratische Regierung tritt – im Gegensatz etwa zur westdeutschen Regierung – vehement als Verfechter weiterer „Arbeitszeitverkürzung“ auf. Ein genauerer Blick zeigt, was damit gemeint ist und welche Absichten die Regierung dabei verfolgt.

Ende letzten Jahres hatte die Regierung als Ziel für 1983 angegeben: Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit im privaten Sektor um 5% (gleich eine halbe Stunde), was verbunden mit einer Lohnkürzung um 3% in diesem Jahr zu Neueinstellung im Umfang von 3% führen würde. Im öffentlichen Dienst sollte eine Arbeitszeitverkürzung um 1% mit einer Neueinstellung von 1% bei ebenfalls 3% Lohnsenkung durchgesetzt werden. Das Regierungsvorhaben beinhaltete nun aber keineswegs eine weitere gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit, sondern zunächst einmal mit Aussetzung der Lohnindexierung bis September 1983 eine Senkung des

Reallohnes. Die Arbeitszeit sollte durch Tarifverträge verkürzt werden, wobei die Regierung außer mit Lohnsenkung den Kapitalisten Abschlüsse schmackhaft gemacht hat, indem für jeden Arbeiter, dessen Arbeitszeit sinkt, der Kapitalist 12000 bfr. (ca. 600 DM) aus Steuergeldern erhält.

Die Gewerkschaften haben sich in eine einigermaßen schwierige Lage gebracht. Sie haben die Rechnung „Lohn gegen Arbeitszeit“ und „Lohn gegen Arbeitsplätze“ im Grundsatz akzeptiert. Obwohl die Gewerkschaften in den meisten uns bekannten Verträgen, die sie im Laufe dieses Jahres über Arbeitszeitverkürzungen abgeschlossen haben, eine ausgleichende Anhebung der Stundenlöhne vereinbaren konnten, findet wegen der von der Regierung angeordneten Aussetzung der Lohnindexierung faktisch kein Lohnausgleich statt. Die Gewerkschaften nahmen diese Reallohnensenkungen hin, weil sie sich eine Verbesserung der Beschäftigungslage erhofften: Die Abkommen enthalten meist Klauseln, in denen sich die Kapitalisten verpflichteten, zwei oder drei Prozent Neueinstellungen vorzunehmen. Die Gewerkschaften klagen allerdings, daß die Ka-

pitalisten kaum zusätzlich Beschäftigte einstellen.

Im folgenden einige Abkommen von ABVV-Gewerkschaften:

– Für die Glasindustrie gilt seit 1.3.83 als tarifliche Arbeitszeit 35 Stunden wöchentlich.

– Für die Nichteisen-Metallindustrie gilt seit dem 1.7. ein Vertrag, der eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit um eine halbe Stunde vorsieht, wobei die Arbeiter mit einer Sechs-Tage-Woche drei zusätzliche Erholstage erhalten, bei Fünf-Tage-Woche wird die Arbeitszeit auf 7,5 Stunden täglich verkürzt.

– In anderen Branchen, etwa den Versicherungen mit Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit zum 1.7.83 auf 36,5 Stunden und zum 1.4.84 auf 36 Std. und 10 Minuten, läßt die Vereinbarung statt der kürzeren Arbeitszeit wahlweise auch zusätzliche Urlaubstage (10 Minuten = 1 Tag) zu.

– In der Textilindustrie besteht die „Verkürzung der Wochenarbeitszeit“ von vornherein in einer fiktiven Umrechnung zusätzlicher Urlaubstage (bei Beschäftigung an 228 Arbeitstagen vier Tage mehr, bei weniger Arbeitstagen im Jahr gestaffelt weniger) auf Wochenarbeitsstunden. „Einzelheiten“ sollen auf Unternehmensebene ausgehandelt werden. Ähnlich besteht bei Agfa-Gevaert (BASF), dem größten

litärischen „Reichswacht“. Zudem hängt der Regierung die gesamte Meute der übrigen Imperialisten in der EG im Genick, vorneweg die BRD-Imperialisten, die schon jetzt für den Fall eines Nachgebens der Regierung mit Krediterpressungen zwecks Erzwingung einer neuerlichen Abwertung des belgischen Franc drohen. Jeder Einbruch, den die belgische Regierung in den Lohnstandard der belgischen Lohnarbeiter erzielt, wird den anderen Imperialisten in der EG willkommene Vorwände für ihre eigenen Lohnsenkungsabsichten liefern, genauso wie die Haushalts-, „sanierungs“-einfälle der belgischen Regierung bei Blüm, Geißler, Stoltenberg, Lambsdorff und anderen sofort begeisterte Nachahmer finden werden. Um so gefährlicher, daß der Bundesvorstand der ÖTV bislang auf die Frage, was man zur Unterstützung der Streikenden in Belgien unternehmen werde, lakonisch verlauten läßt: „Von uns kommt nichts“. Solidaritätsadressen zur Unterstützung der Streikenden an: „ACOD, Fontainasplein 9/11, B-1000 Brüssel, Belgien“.

Quellenhinweis: De Morgen, De Standaard und andere belgische Zeitungen, 1.9. bis 20.9.1983; Handelsblatt, 20.9.83; Solidair, Zeitung der PvdA (Partei der Arbeit) Belgiens, Ausgaben seit Juni; De Werker, Zeitung des ABVV, seit Mai; Telefonische Auskünfte der PvdA und der Gewerkschaft ACOD, Brüssel – (rüt, alk, kiu)

belgischen Chemiekonzern, die Vereinbarung über Arbeitszeitverkürzung in zusätzlichen Freischichten.

– Für 240000 Angestellte soll in diesem Jahr die Arbeitszeit, berechnet auf Jahresbasis, 39 Stunden, im nächsten Jahr 38 Stunden nicht überschreiten.

In vielen Vereinbarungen ist zwar die Arbeitszeit im Durchschnitt verkürzt, aber die Kapitalisten konnten durchsetzen, daß sie keine Grenzen für die tägliche und die wöchentliche Arbeitszeit enthalten. Den Kapitalisten werden damit Möglichkeiten zur „Flexibilisierung“ der Arbeitszeit eröffnet: Je nach Geschäftslage wird die tägliche oder wöchentliche Arbeitszeit ausgedehnt oder verkürzt. Aber selbst in den Industriezweigen, in denen tatsächlich die tägliche Arbeitszeit auf 7 oder 7½ Stunden gesenkt wird, erhalten die Kapitalisten bei gleichzeitiger Lohnsenkung ein Druckmittel, um durch z.B. Anziehen der Akkordschraube die Arbeitsintensität in einem raschen Schub zu erhöhen. Diese Steigerung der Ausbeutung, die den belgischen Kapitalisten erlaubte, in der EG-Konkurrenz mitzuhalten, mag auch erklären, warum die Regierung selbst mit Zwangsmitteln Arbeitszeitverkürzungen durchsetzen will.

Quellenhinweis: De Werker, versch. Ausgaben 1983

BRD: Eifrig für die Verschärfung der Ausbeutung der belgischen Arbeiter

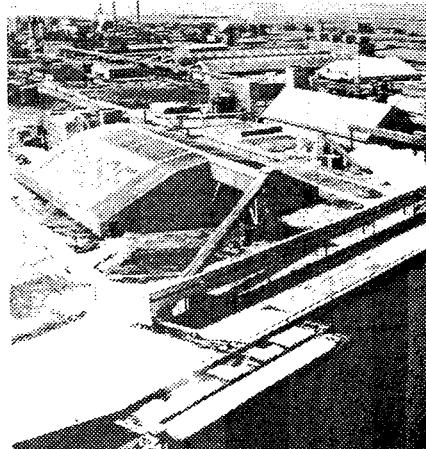
Die westdeutschen Imperialisten haben in den vergangenen Jahren kaum eine Gelegenheit ausgelassen, um die belgische Bourgeoisie bei der Niedrighaltung der belgischen Arbeiterbewegung anzufeuern. Beide Kapitalistikklassen stützten sich bei dem Vorhaben, das Lohnniveau der belgischen Lohnabhängigen durchschlagend zu senken und beträchtliche Rationalisierungen durchzusetzen, auf die Institutionen der EG.

Im Juni 1979, zwei Monate nach Einführung des Europäischen Währungssystems, beschrieb die „FAZ“, wie die BRD-Imperialisten als größte ausländische Gläubiger des belgischen Staates dessen Regierung zu einem rabiaten Sanierungsprogramm trieben: „Das (belgische, d. Red.) Finanzministerium und die Notenbank beschuldigten die Frankfurter Währungshüter, mit ihren starken Dollarverkäufen den Kurs des belgischen Franc künstlich zu drücken. Das war zwar nicht ganz unrichtig, ging aber am Kern der Sache vorbei. Der entscheidende Punkt ist die Schwäche der belgischen Wirtschaft, die mit sehr hohen Produktionskosten arbeitet und nach Vorstellungen der Regierung nun auch noch bis 1981 zur 36-Stunden-Woche übergehen soll.“ Im April 1980 kündigte die Regierung ein Programm zur Sanierung der Staatsfinanzen an, das Beschränkungen der Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst und Kürzungen bei allen Versicherungsausgaben vorsah.

Im August 1980 beschloß die Regierung ein „Hilfsprogramm“ für die Textil- und Bekleidungsindustrie. Um den Kapitalisten die Erneuerung der Produktionsanlagen zu erleichtern, sollten ihre Lohnzahlungen bis 1985 mit 35 Mrd. bFr (ca 2,18 Mrd. DM) subventioniert werden. Sofort griff die EG-Kommission ein und beschloß, die Zahlung eines Siebtels der vorgesehenen Summe sei höchstens erlaubt, sonst sei die „Wettbewerbsgleichheit“ in der EG nicht gewahrt und die Zukunft der Branche wirtschaftlich unsicher, so setzte sie ein deutliches Signal, die Ausbeutung zu verschärfen.

Ein ähnliches Verfahren nutzte die Kommission gegenüber den Bemühungen der Regierung, die Stahlkapitalisten gegen die Konkurrenz aus den übrigen EG-Staaten zu stützen. Am 13.4. 1981 forderte die Kommission ein Regierungskonzept, das eine Beendigung jeglicher Subventionierung bis 1985 vorsehen müsse. 14 Tage zuvor hatte die „FAZ“ gehetzt:

„In Belgien herrscht zwar Einigkeit darüber, daß das Land seit einiger Zeit über seine Verhältnisse lebt. Aber die Regierung ist offensichtlich zu schwach, einschneidende Maßnahmen durchzusetzen ... Die Stahl- und Textilbranche können ohne staatliche Zuschüsse nicht existieren. Dennoch betätigen sich subventionierte Betriebe noch als Lohnführer ... Ein sofortiger Lohnstopp und die künftige Einschränkung des Index gelten als letzter Ausweg.“ Die Stahlwerke Cockerill und Hainaut-Sambre fusionierten zum Cockerill-Sambre-Konzern. Die Produktions-



Die deutsch-belgische Handelskammer über Antwerpen: „regionaler Schwerpunkt der bundesrepublikanischen Auslandsinvestitionen“

kapazitäten sollen nach den letzten Plänen vom Juni 1983 auf 5,1 Mio. Jahrestonnen gesenkt werden, vor der Fusion betrugen sie 11,5 Mio. Jahrestonnen. Das ganze Konzept enthält heftige Angriffe auf die Löhne der Stahlarbeiter.

Im Juli 1981 „stärkte“ die EG-Kommission die Regierung mit der „Empfehlung“, das Haushaltsdefizit zu beseitigen, die Lohnindexierung „flexibler zu gestalten“, die Versicherungsausgaben zu kürzen. Als die Regierung diese auch von der belgischen Bourgeoisie betriebenen Maßnahmen nicht sogleich durchsetzen konnte, ließ sie sich im Januar 1982 mit Sondervollmachten ausstatten, die ihr weitreichende Tätigkeiten ohne parlamentarische Zustimmung erlaubten. Über solche Vollmachten verfügt sie erneut seit dem 14.6. 1983, gültig bis Ende März 1984.

Quellenhinweis: Archiv der Gegenwart, Jahrgang 1979–1982; Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 22.1979: Europäische Wirtschaft, Nr. 13, November 1981; Bulletin der EG-Kommission, Jahrgänge 1980–1983

„Fünf Mahnminuten . . .“

Die fünf Mahnminuten, die nach dem Aufruf des DGB am 5. Oktober 5 vor 12 die Arbeit ruhen soll, werden weder von den Kapitalisten noch von der Regierung so angenommen, wie sie vom DGB dargebracht worden sind: als eine Maßnahme, ausreichend, um den Gegnern der Rüstungspolitik in Betrieb und Gewerkschaft Wind aus den Segeln zu nehmen und leichtgewichtig genug, um von Kapitalisten und Regierung mit einem Räusperrn übersehen zu werden.

Nun haben die fünf Minuten vollständig ausgereicht, um zuerst die Kapitalistenverbände und dann die Staatsmacht auf den Plan zu rufen. Regierungssprecher Boenisch am 20.9.:

„Eine Arbeitsniederlegung zur politischen Demonstration verletzt arbeitsrechtliche Verpflichtungen. Zwar vermeidet der DGB in seinem Aufruf den

Begriff der Arbeitsniederlegung. Da die 5 Mahnminuten aber in der regulären Arbeitszeit liegen, können Gewerkschaftsmitglieder dem Aufruf nur folgen, indem sie ihre arbeitsrechtlichen Pflichten verletzen.“

Ein Arbeiter, der arbeitsrechtliche Verpflichtungen verletzt, kann gekündigt werden. Das ist die gegen den einzelnen Arbeiter gerichtete Seite der Drohung. Eine Gewerkschaft, die zur Verletzung arbeitsrechtlicher Pflichten aufruft, kann straf- und zivilrechtlich verfolgt werden. Das ist die gegen die Gewerkschaft gerichtete Seite der Drohung.

„Auch kann der DGB nicht davon ausgehen, daß alle Arbeitnehmer seine mit dem Aufruf verbundene politische Aussage teilen. Der mögliche Streit über Befolgung oder Nicht-Befolgung des Aufrufs kann da-

her den betrieblichen Frieden gefährden. Ein Aufruf zu politischen Mahnminuten während der Arbeitszeit kann der Anfang einer Entwicklung sein, deren Ende niemand zu übersehen vermag.“

Die Störung des Betriebsfriedens ist der geeignete Vorwurf, um Betriebsräte trotz des Kündigungsschutzes los zu werden. Statt Zurückhaltung begegnet der DGB-Aufruf also gezielten Drohungen.

Die Fünf-Minuten-Mahnaktion übt gewiß keinen wirtschaftlichen Druck auf die Kapitalisten aus, aber die Rüstungspolitik braucht Parteigänger und will vermeiden, daß diese im betrieblichen Zusammenhang auftreten und ihre Schwäche sichtbar machen müssen. So hat die Aktion einen Sinn und muß unterstützt werden. Auch wenn der trickreiche Aufruf des DGB letztlich bloß zu einer Erhöhung des Risikos führt, so ist doch ein Erfolg möglich.

Absichtsvolle Steuerreformdebatte

Während der Haushaltsdebatte setzte die Regierungskoalition das Fangballspielen mit einer Steuerreform fort. Während keiner der zahlreichen Debattenredner sich auf irgendetwas festlegte, was einer deutlichen Steuerentlastung für die lohnabhängigen Haushalte gleichkäme, häufen sich die Bedingungen, zu denen eine Änderung des Steuertarifs überhaupt nur stattfinden dürfe. Zunächst Stoltenberg: „Die Bundesregierung wird im ersten Halbjahr 1984 über die Eckdaten einer Neugestaltung der Lohn- und Einkommenssteuertarife entscheiden. Ich sage aber hier erneut: Voraussetzung für eine Realisierung sind erhebliche Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und eine Umstrukturierung im Steuersystem . . .“ Mit anderen Worten: Steuersenkung nur in dem Umfang, in dem die Mehrwertsteuer erhöht wird. Derweil erinnert Geißler daran, daß eine Steuerreform „familiengerecht“ zu sein habe, nur wer Kinder hat, soll in den Genuss des Familiensplittings kommen. Lambsdorff stimmt ihm zu und ergänzt: „. . . daß es eine Entlastung der mittleren Einkommensschichten geben muß, der Leistungsträger der deutschen Wirtschaft.“

Und die SPD? Apel fordert, die Regierung möge ihre „Eiertänze“ einstellen und im übrigen müsse die Staatskasse für Beschäftigungsprogramme gut gefüllt sein. Lambsdorff wiederum erinnert indes an den Zweck der Diskussion: „Dabei scheinen mir generelle Entlastungen notwendig zu sein . . . auch deshalb, um künftige Tarifverhandlungen noch in vernünftigen Grenzen halten zu können.“ Der so angesprochene BDI hat sich derweil auch zu Wort gemeldet: Mit der Steuerreform müsse „bis zur Gesundung der öffentlichen Finanzen“ gewartet werden. Aber bis dahin seien andere „Entlastungen“ nötig, „wo sie für den Fiskus nicht mit Einnahmeausfällen verbunden seien, z.B. im Bereich der Lohnnebenkosten und beim Abbau beschäftigungs-hemmender Vorschriften.“

Staatsbesuch Kaundas: BRD erpreßt Sambia

Die Bundesregierung konnte dem Präsidenten der Republik Sambia, Kaunda, während dessen Staatsbesuch in der BRD vom 11. bis 17. September weitgehende Zugeständnisse abpressen. Sowohl auf Drängen des Bundespräsidenten als auch des Bundeskanzlers mußte Kaunda zusagen, sich, sofern konkrete Ergebnisse zu erwarten seien, mit

dem Premier des südafrikanischen Siedlerregimes Botha „umgehend wieder zu treffen“, um „für Mäßigung und Ausgleich“ zwischen den Frontstaaten und dem Siedlerregime einzutreten. Vor dem Deutschen Industrie- und Handelstag mußte Kaunda westdeutschen Kapitalisten verbesserte Bedingungen für Investitionen insbesondere im Kupferbergbau zusagen. Sambias Exporte bestehen zu 89% aus Kupfer, die BRD ist einer der größten Abnehmer und führt gegenwärtig nach W. v. Amerongen 83% ihres Kupferbedarfs aus Sambia ein. Aufgrund der gedrückten Weltmarktpreise für Kupfer ist Sambias Verschuldung sprunghaft angestiegen, so allein gegenüber der Bundesregierung auf über 600 Mio. DM. Schon im Mai 1983 hat es mit den Gläubigerländern ein Umschuldungsabkommen über 3,28 Mrd. DM für 1982 fällige Schulden abschließen müssen und dabei Bedingungen wie Kürzungen der Sozialleistungen und der Löhne, die es bis dahin abgelehnt hatte, annehmen müssen. Im Augenblick wird wieder über 1,5 Mrd. DM Umschuldung verhandelt. Kaunda mußte in Bonn antreten, um die Bedingungen dafür zuzusichern: politisches Wohlverhalten und billigen Zugriff auf die Reichtümer des Landes.

Aufmarschübungen

Das NATO-Manöver „Botany Bay“ findet im September unter Beteiligung der westdeutschen Bundesmarine in der östlichen Nordsee statt – die Route für sowjetische Schiffe aus der Ostsee. In der Ägäis werden demnächst in dem Manöver „Display Determination“ NATO-Seestreitkräfte u.a. aus den USA, Großbritannien und Frankreich üben – die Ägäis muß von Schiffen der UdSSR aus dem Schwarzen Meer durchquert werden. Vom 25.9. bis 5.10. haben die USA Manöver mit Japan angekündigt, mit denen die Blockade der Durchfahrtsstraßen ins Japanische Meer – der Schiffahrtsweg für die pazifischen Häfen der UdSSR – geübt wird. Wer behauptet da noch, die Sowjetunion habe angesichts einiger Spionageflüge ein übersteigertes Sicherheitsbedürfnis, wenn sowohl sämtliche Seewege blockiert und zugleich auf dem Gebiet der BRD – ebenfalls im Rahmen von Übungen – große Kontingente der Landstreitkräfte der NATO aufgezogen sind? Nicht nur die Manövergesamtage ist eine sehr realistische Probe für einen Angriffskrieg auf die UdSSR. Auch die Manöver im einzelnen sind „wirklichkeitsnäher“. So schließt sich an die Landung von 17000 US-Soldaten im Rahmen von „Reforger“ für 11000 unmittelbar gemeinsam mit niederländischen Einheiten „Brandy Station“ an, mit dem Stellung in den Niederlanden bezogen wird, wobei, nachdem britische Einheiten hinzugestoßen sind, sich „Aqua Marine“ anschließt mit Überquerung der Maas und des Rheins unter Beschuß durch Luftwaffe. Nach erfolgter Rheinüberquerung und Ergänzung durch eine Panzerbrigade der Bundeswehr erfolgt in „Atlantic Lion“ der Vorstoß in Richtung Dortmund-Ems-Kanal, wobei Luftlandetruppen gegen Panzerabwehr vorgehen. Die Verlegung des Manövergebiets aus Niedersachsen nach NRW soll auf Wunsch der BRD erfolgt sein – die Proteste von Bauern in den letzten Jahren sind sicher ein Anlaß gewesen, die so erreichte Verlegung der Manöver in ein dicht besiedeltes Industriegebiet ein anderer. Wie eröffnete NATO-Generalsekretär Luns die Herbstmanöver? „Die Friedensbewegungen in Europa können nicht streng genug verurteilt werden. Sie führen zu Krieg.“

Gewerkschaftliche Erfolge bei weiteren Lohnsenkungen?

Die Vorbereitung der Lohntarifbewegung 1983/84 in der Metallindustrie, wie sie gegenwärtig absehbar ist, gibt zu Besorgnis Anlaß. Auf der einen Seite loten die Kapitalistenverbände und ihre politischen, wissenschaftlichen und publizistischen Kräfte aus, was geht. Sie verweigern kollektive Arbeitszeitverkürzungen und fordern im Gegenteil die Aufhebung von Beschränkungen der Arbeitszeit als „Flexibilisierung“. Sie erklären das Lohntarifvertragswesen zur Ursache der Arbeitslosigkeit („Mindestlohnarbeitslosigkeit“) und lehnen einen Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung ebenso ab wie den Ausgleich der Teuerung. CDU-George hat eine weitere Senkung der Reallöhne um 15 bis 20% verlangt, und Albrecht hat mit einem Konzept

im Gegenteil: Eugen Loderer hielt im August für notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung erst noch Verhandlungssache sei. Bei den Forderungen auf Löhne und Gehälter wurden Zugeständnisse für den Fall einer Arbeitszeitverkürzung signalisiert.

Auf die Erklärung der Kapitalisten, höhere Lohnkosten kämen nicht in Frage, folgte nicht die Antwort, daß sie für die seit drei Jahren im Preis gedrückte und zunehmend ruinös verbrauchte Arbeitskraft mehr bezahlt werden müssen, ob sie wollen oder nicht, sondern die Versicherung, daß alles so teuer nicht sei. Schließlich brachten es Eugen Loderer und Hans Janßen fertig, die wissenschaftliche Tagung der IG Metall „Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung“ Ende August in Sprockhövel als Vortragsredner ohne ein Wort zu den Löhnen zu bestreiten.

Die Rechnung dieser Vorstandsmitglieder ist ganz offensichtlich, der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung mit der Behauptung öffentlichen Nachdruck zu verleihen, daß sie auch im Interesse der Kapitalisten liege und ihnen nichts mache außer Nutzen. Die internationale Konkurrenzfähigkeit werde nicht beeinträchtigt, sondern eher noch gestärkt.

Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um die Hälfte der Arbeitszeitverkürzung wird vorneweg unterstellt, obwohl Steigerung der Produktivität immer mit Steigerung der Intensität Hand in Hand geht. Wozu dann eigentlich die Ankündigung der IGM, Maßnahmen gegen eine Intensivierung der Arbeit ergreifen zu wollen? Andererseits wird alles, was die Fiktion des gemeinsamen Interesses stören könnte, aus der Debatte gehalten, besonders Forderungen auf den Lohn.

Wenn aber die IG Metall sich erst einmal auf so etwas wie eine „Kostenneutralität“ ihrer Tarifpolitik verpflichten ließe, wäre kein Halt mehr. Zur weiteren Senkung der Reallöhne kämen direkte nominale Kürzungen der monatlich gezahlten Löhne. Die Kapitalisten würden einer Arbeitszeitverkürzung buchstäblich den Boden unter den Füßen wegziehen.

Hans Janßen hat in Sprockhövel angedeutet, daß er eine Bedrohung der gewerkschaftlichen Organisation durch Unternehmer und konservative Kräfte sieht, und demgegenüber die Arbeitszeitverkürzung als erstes Erfordernis, praktisch als Voraussetzung

überhaupt jeder weiteren Tarifpolitik begründet. Ist aber nicht die Bezahlung der Arbeitskraft zu ihrem Wert, die ihre Reproduktion ermöglicht, grundlegend? Lassen sich die Kapitalisten in ihrem Auftreten gegen die Arbeiterbewegung anders beeindrucken? Ist ohne Erfolg gegen die Lohnsenkungen an einen Erfolg gegen die „Politik der Wende“ zu denken, die ja mit Lohnsenkungen ab 1981 auf den Weg gebracht worden ist? Was schließlich den Druck der Arbeitslosigkeit betrifft: Gelingt eine weitere Senkung des Lohnniveaus, wird das unweigerlich zusätzliche Schichten der Arbeiterbevölkerung zwingen, eine Beschäftigung zu suchen und als Anbieter von Arbeitskraft aufzutreten, wie auch die Lebenslage der Arbeitslosen weiter gedrückt würde.

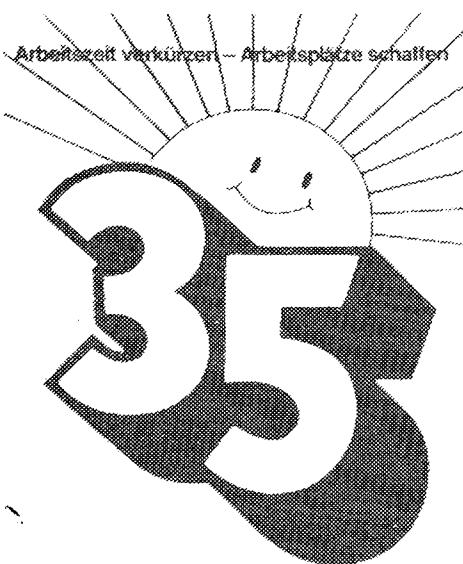
Die IG Metall hätte etliche Gründe, die Interessen der Lohnabhängigen an kürzerer Arbeitszeit (in Richtung des 7-Stundentags an fünf Wochentagen) wie auch am Lohn (mit einer stärkeren Anhebung der Niedriglohn- und -gehaltsbereiche) zu formulieren. Etliche Anträge an den Gewerkschaftstag im Oktober verlangen auch genau das.

Quellenhinweis: Referate der IGM-Tagung „Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung“ 24. – 26.8., metall Sonderdruck zum Gewerkschaftstag, Handelsblatt versch. Ausg. – (rok)

Versicherungswirtschaft Kapitalistenverband zur Arbeitszeitverkürzung

Seit 1978 stehen Tarifverhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen im Tabu-Katalog des Arbeitgeberverbandes für das private Versicherungsgewerbe (agv). In einem Positionspapier (Versicherungswirtschaft 9/83) wird jetzt der Kurs für die Auseinandersetzungen um die 35-Stunden-Woche festgelegt. Zentrale Thesen sind: Eine Intensivierung der Arbeit habe es bei den Versicherungen nicht gegeben. Und: Produktivitätsgewinne, die seinerzeit die 40-Stunden-Woche akzeptabel gemacht hätten, seien in den letzten Jahren nicht erzielt worden.

In Wirklichkeit ist das genaue Gegenteil der Fall. Die angeblich sogar sinkende Arbeitsintensität begründet der agv mit der Einführung neuer Technologien bei gleichzeitiger Erhöhung der Beschäftigtenzahl. In der Tat gab es 1976 199900 und 1982 203100 Versicherungsangestellte. Dies widerspiegelt aber nur den drastischen Personalabbau seit 1974, als es noch 209300 waren. Die großen Monopole waren der Vorreiter. Um durchschnittlich 1,88% senkte die Allianz AG seit 1970 jährlich die Zahl ihrer Vollzeitanstellten im Inland, um 2% die Colo-



Aufkleber der IG Metall

der „besseren Entlohnung des Kapitals“ durch „Senkung der Arbeitskosten“ nachgestoßen. Es ist offensichtlich: Die Kapitalisten wollen für die Bezahlung der stärker vernutzten Arbeitskraft erheblich weniger Geld hingehen.

Freilich treffen diese Unverschämtheiten auf den Widerspruch der Gewerkschaften. Dafür aber, daß der Lohnsenkungspropaganda der Mut gekühlt wird, bedarf es praktischer Schritte, der Aufstellung von Forderungen und der Vorbereitung der Tarifbewegung. Davon ist aber insbesondere bei den Mitgliedern des geschäftsführenden Hauptvorstands der IG Metall, die sich öffentlich äußern, nichts zu spüren.

nia AG, die DKV gar um 2,5%.

Als Hinweis für die Arbeitsintensität kann die Anzahl der von einem Beschäftigten verwalteten Versicherungsverträge bzw. Beitragseinnahme dienen. Hatte 1974 ein Angestellter der Allianz Lebensversicherung AG 2649 Verträge zu verwalten, so waren es 1980 5513, also 108% mehr. Das Verhältnis Beitragseinnahme/Beschäftigter stieg um 91% von 207830 DM 1974 auf 397730 DM 1981. Beide Kriterien für die Arbeitsintensität zeigen, daß diese in den letzten zehn Jahren glatt verdoppelt wurde.

Ein Fünfjahresgutachten für den Zeitraum 1977 bis 1981 stellt eine Senkung des durchschnittlichen Betriebskostensatzes von 28,9% auf 26,7% fest. Das sind 8,3%. Das hat es also mit den angeblich fehlenden Produkti-

vitätsgewinnen auf sich. Mit 8,1% beziffert der agv zugleich die Kostensteigerung bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden in der Woche. Berechnet auf 1977 wäre dies 1981 also bereits „kostenneutral“ gewesen.

„Gesprächsbereitschaft“ bietet der agv an über „flexible Arbeitszeitverkürzung“. Gemeint ist in erster Linie die Ausdehnung der Teilzeitarbeit. Je weiter die Mechanisierung und Automatisierung in den Versicherungsbetrieben fortschreitet, desto eher wird die Zerteilung der Arbeitsvorgänge möglich. Mit bisher rund 8% Teilzeitbeschäftigte im Innendienst glaubt der agv noch einen erheblichen Nachholbedarf an „individueller Gestaltung der Arbeitszeit“ zu haben.

Quellenhinweis: Versicherungswirtschaft 9/83 - (sch)

über das Zentralregister geführt wird. Unter der Fahne der Entlastung der Länder von Arbeitsaufwand und Kosten wird die Möglichkeit geschaffen, alle Verurteilungen einer Person auf einen Schlag zu erfassen. Zum Vorteil des Verurteilten sei es, wenn in Zukunft die Länder auf die Möglichkeit von Gesamtstrafenbildung hingewiesen würden, erläutert die Regierung. In Wirklichkeit handelt es sich um die Gewährleistung, daß jemand auch der gesamten Strafe teilhaftig wird. Die Vorschriften des Gesetzes über die Löschung von Vermerken nach bestimmten Fristen bietet keine Gewähr dafür, daß die Daten zum vorgesehenen Zeitpunkt nicht mehr zugriffig sind. Denn jede Landeskriminalpolizei kann Daten abrufen, sie auf Datenträgern speichern oder auch auf Papier in ihren Akten ablegen, ohne genötigt zu sein, die Daten zum selben Zeitpunkt wie im Zentralregister zu löschen.

Das Zentralregister erweist sich als besonderes Mittel zur Kontrolle der ausländischen Bevölkerung. Von den über 4 Mio. Personen, über die Vermerke 1982 erfaßt waren, waren rund ein Fünftel Ausländer. Seit Oktober 1980 tauscht die Dienststelle Bundeszentralregister Strafnachrichten mit 20 Staaten aus. An der Spitze der Empfänger steht die Türkei. Sie erhielt 1982 Handreichungen zur Verfolgung von fast 27000 Personen. Eine der geplanten Änderungen soll diese Unter-

Bundeszentralregister

Neue Aufgaben: Strafverfolgungsstatistik, Ermittlung verurteilter Ausländer

Die Reform des Bundeszentralregistergesetzes, die die CDU/CSU geführte Bundesregierung jetzt durchführen will, paßt in die allgemeine Verschärfung der Erfassung personenbezogener Daten, wie sie mit dem Volkszählungsgesetz beabsichtigt und nur aufgeschoben ist und mit dem Gesetz über fälschungssichere Personalausweise ungestört verfolgt wird.

Die gründliche Umwälzung des Registerrechts war eine Tat der sozialliberalen Koalition mit ihren auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit besonders tätigen Innenministern. 1972 trat das „Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister“ in Kraft. Es brachte eine Gesamtregelung und löste bestimmte Gesetze wie das alte Straftilgungsgesetz von 1920, die Strafregisterverordnung von 1934 und das Jugendgerichtsgesetz von 1953 ab. Es ersetzte 93 Einzelregister, die bis dahin von den Staatsanwaltschaften bei den Landgerichten und seit 1954 vom Generalbundesanwalt beim BGH für alle nicht in der BRD geborenen Personen sowie für juristische Personen und Personenvereinigungen geführt wurden.

Das Gesetz brachte nicht nur eine Zentralisierung in der Hand des Generalbundesanwalts, sondern auch eine Ausweitung der Kompetenzen, die die Schlagkraft der Verfolgungsbehörden nochmals steigerte. In das Register sind seitdem nicht nur rechtskräftige Verurteilungen, sondern auch Vermerke über Entmündigungen und Schuldunfähigkeit einzutragen. Ein Instrument der Ermittlungsbehörden wurde das Zentralregister durch die „Niederlegung“ von Suchvermerken und Steckbriefnachrichten. Die letzteren

werden einer Person, die ein polizeiliches Führungszeugnis und damit Einblick in die über sie gespeicherten Daten verlangt, nicht mitgeteilt, da ihr Anspruch auf Auskunft auf „Eintragungen“ im Register beschränkt ist und „niedergelegte“ Vermerke nicht umfaßt. Dies steht im Gegensatz zur



Seit 1972 ist das Bundeszentralregister auch Mittel der zentralisierten Fahndung

unbeschränkten Auskunft und dem in der Mitte liegenden Behördensführungszeugnis. Auskunftsersuchen werden noch am selben Tag erledigt. 1982 waren es durchschnittlich täglich 32000. Pro Arbeitstag werden durchschnittlich 5500 neue Mitteilungen aufgenommen.

Die Regierung will mit dem Gesetzentwurf einen neuen Verbund in der Datenerfassung schaffen, indem in Zukunft die Strafverfolgungsstatistik

drückung erheblich verschärfen. Schon bisher wurden Verurteilungen im Ausland, auch solche in Abwesenheit der Betroffenen, gespeichert, sofern sie auch nur teilweise für Taten ausgesprochen wurden, die auch nach bundesdeutschem Recht bestraft würden. Eine Überprüfung der Richtigkeit der Anklage kann natürlich nicht stattfinden. Mit der jetzigen Änderung des Gesetzes soll die menschenfreundliche Regelung eingeführt werden, daß hier

wohnende Ausländer von dem ins Zentralregister aufgenommenen Vermerk in Kenntnis gesetzt werden und sogar Einspruch erheben können, sofern ihr Wohnsitz ausfindig gemacht werden kann. Was ist das anderes als eine Absichtserklärung, daß Regierung und Generalbundesanwalt sich der Mühe unterziehen wollen, die Betroffenen mit Hilfe der Polizei aufzuspüren und zahlreichen Auslieferungen den Weg zu ebnen?

Weitere Änderungen betreffen das Jugendstrafrecht. Anlässlich der schon vollzogenen Änderung des Betäubungsmittelgesetzes werden einige Vorschriften darüber, was in ein Führungszeugnis, z.B. für den einstellenden Kapitalisten, aufzunehmen ist, geändert. Sie beschränken sich im wesentlichen darauf, dem Kapitalisten oder Dienstherrn außer der Tatsache einer Vorstrafe nicht auch noch mitzuteilen, daß die Tat infolge einer Drogenabhängigkeit begangen wurde. Das Gesetz verliert also nichts von seiner gewaltsam regelnden Wirkung auf den Arbeitsmarkt.

Eine weitere Zusammenballung der zugriffigen Daten hat das Land Bayern über den jetzigen Entwurf hinaus beantragt. Die Bundesregierung prüft bereits, ob das Verkehrscentralregister in Flensburg mit dem Bundeszentralregister zusammengelegt wird.

Der für das Zentralregister beim Bundesverwaltungsgericht in Berlin zuständige Generalbundesanwalt, derzeit Rebmann, ergriff im Juli die Gelegenheit, auf hundert Jahre „Strafregisterwesen in Deutschland“ stolz zurückzublicken. Übernommen wurde die Führung des Strafreisters im Jahre 1882 durch den Bundesrat nach französischem Vorbild. Wie dort seit 1808 wurden die Register am Geburtsort der Verurteilten geführt. Sie waren Instrument der Strafrechts-, „pflege“, d.h. sie wurden benutzt zur Beurteilung der „kriminellen Persönlichkeit“ und dienten der Strafverschärfung bei Rückfällen. Vermerke über Verurteilte wurden erst nach deren Tod entfernt bzw. nach Vollendung des 70., seit 1896 des 80. Lebensjahres.

Erst in der Weimarer Republik wurde die Möglichkeit der Rehabilitation eingeführt. Vermerke wurden erstmals kraft Zeitablaufs getilgt (Gesetz über beschränkte Auskunft aus dem Strafregister und die Tilgung von Strafvermerken vom 6.4. 1920). Die Faschisten führten 1940 die erste rechtsrechtliche Regelung ein. Sie betraf sowohl die Straflisten als auch die Ausstellung polizeilicher Führungszeugnisse. Diese durch Runderlaß des Reichsministers des Innern getroffenen Regelungen blieben in den Ländern der BRD im wesentlichen in Kraft.

Rebmann hält das Werk heute für im wesentlichen abgeschlossen. Ver-

besserungen im Sinne stärkerer Unterdrückung im öffentlichen Dienst fände er dennoch wünschenswert. Er möchte den öffentlichen Dienstherren statt der normalen polizeilichen Führungszeugnisse den Vorzug einräumen, Behördenführungszeugnisse einzuholen, in denen auch zivilrechtliche Maßnahmen vermerkt sind.

Quellenhinweis: Bundestagsdrucksache 10/319 vom 26.8. 83; Prof. Dr. K. Rebmann, Einhundert Jahre Strafregisterwesen in Deutschland, in: Neue Juristische Wochenschrift 28/83 vom 13.7. 1983 – (anl)

Verfassung Staatszielbestimmung – Pflicht zur Staatstreue

Anfang September legte die noch von der SPD/FDP-Regierung eingesetzte Sachverständigen-Kommission „Staatszielbestimmungen/Gesetzgebungsaufträge“ ihren Bericht vor. Scheinbar beiläufig hatte der damalige Kanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung vom November 1980 den Auftrag formuliert: „Unser Grundgesetz hat sich



Benda, Präsident des Bundesverfassungsgerichtes: „Wenn er, wie hier, an der Côte d'Azur auf Fahrt geht, wird er von Männern der ‚Sicherungsgruppe Bonn‘ so streng bewacht wie in Karlsruhe“ (aus dem Stern-Buch: Richter in Deutschland)

bewährt ... Die Bundesregierung wird prüfen, ob in das Grundgesetz detaillierte Staatszielvorstellungen oder Gesetzgebungsaufträge aufgenommen werden müssen.“ Die Bundesregierung hielt diesen Auftrag für so wichtig, daß sie 13 hochrangige Verfassungsjuristen daran setzte.

Schon bisher enthielt das Grundgesetz allgemeine Staatszielbestimmungen: Demokratie, Rechts-, Sozial- und Kulturstaatlichkeit. So bestimmte der Artikel 20 des Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ Eine Grundlage für einklagbare Rechte waren diese Bestimmungen noch nie. Vielmehr haben sie in der Praxis dazu gedient, zu bestimmen, wen die Bour-

geoisie als Staatsfeind verfolgt. Bei dem Regierungsauftrag ging es darum, detaillierter festzulegen, wer als Staatsfeind gilt.

Der damalige Justizminister Vogel brachte noch einen anderen Gesichtspunkt in die Überlegungen ein: ob nicht durch „Konkretisierungen“ des „Sozialstaatsprinzips“ das Grundgesetz an „Anschaulichkeit und Integrationskraft gewinne“. Auf keinen Fall aber durften dabei einklagbare Rechte (wie das Recht auf eine Wohnung oder darauf, nicht hungrig zu müssen, d. Verf.) herauskommen. Obwohl also völlig unverbindlich gemeint, richtete sich dennoch sofort die Kritik fast aller Verfassungsjuristen gegen diesen Vogelschen Vorschlag. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichtes Benda warnte, daß so „die in einer Zeit verbreiteten Anspruchsdenkens ohnehin vorhandene Illusion noch gefördert“ würde, „der Sozialstaat könne alles leisten. Wenn die Umstände das schöne Wunschnbild widerlegen, wird sich die Enttäuschung gegen den Staat richten“.

Die Kommission lehnt denn auch die Festschreibung einklagbarer Rechte ab. Sie schlägt u.a. vor, den Artikel 20 zu erweitern, um „den Staat auch als Erscheinung der Kultur und als Träger von Verantwortung für Bildung, Wissenschaft und Kultur zu charakterisieren“. Künstler hätten dann künftig noch staatstreuer als bisher schon zu sein. Sodann will die Kommission „die Arbeit als Existenzmerkmal personaler Selbstbestimmung und Lebensführung“ gekennzeichnet sehen. Wer gegen dieses Existenzmerkmal verstößt, etwa noch herumbummelt, der verstößt dann gegen eine Verfassungsvorschrift.

Die jetzige Regierung hat bei der Überreichung den Bericht als „eine hervorragende Grundlage für die weiteren Überlegungen“ begrüßt.

Quellenhinweis: Handbuch des Verfassungsrechts, Hrsg. E. Benda u.a.; recht, Information des Bundesjustizministers, Nr. 57/83 – (gbu)

US-Schwarze Vereidigung und Rückkehr in den Süden

Das US-Bundesamt für Statistik hat in einer jetzt veröffentlichten Untersuchung festgestellt, daß die wirtschaftliche Lage der Schwarzen sich deutlich verschlechtert hat. 1981 war das mittlere Familieneinkommen der Schwarzen gegenüber 1971 inflationsbereinigt um 8,3% zurückgegangen. Über 7 Mio. Schwarze von insgesamt 26,6 Mio. fielen unter die offizielle Armutsgrenze. Das mittlere Einkommen der schwarzen Haushalte hat sich weiter ver-

schlechtert und liegt jetzt bei 58% des Einkommens der Weißen. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage hat die Familien der Schwarzen immer mehr zerrüttet. Der Anteil der Haushalte, in denen die Mütter allein für die Kinder aufkommen, ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Er liegt jetzt bei über 40% aller Haushalte der Schwarzen. Über 60% dieser Haushalte liegen unter der Armutsgrenze.

Die Gründe für diese Verelendung der Schwarzen liegen einmal in der Entlassungswelle der Kapitalisten. Über 20% der Schwarzen sind arbeitslos. Zudem haben die Kapitalisten die Löhne drastisch gekürzt. Die Löhne der Schwarzen sind so niedrig, daß auch die Haushaltseinkommen von Schwarzen, die nicht arbeitslos sind, zu 8% unter der Armutsgrenze liegen. Reagans Kürzungen der Sozialleistungen, die die Einkommen für mindestens 5 Mio. verringert oder beseitigt haben, stießen insbesondere die Familien schwarzer alleinstehender Mütter ins Hungerele.

In der öffentlichen Debatte über die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage der Schwarzen verwiesen Kommentatoren in bürgerlichen Zeitungen darauf, Präsident Johnsons 1965 begonnener „Krieg gegen die Armut“ sei ins Stocken geraten. Die Entwicklung der Armut bewege sich wieder in die Richtung des damaligen Standes zurück. Damals waren Millionen Schwarze aus dem Süden in die Städte des Nordens gewandert, um der Unterdrückung und Armut im Süden zu entgehen. Ihr Ziel war, zumindest die Rechte und den wirtschaftlichen Stand der industriellen Arbeiter zu erreichen.

Die wachsende Verelendung zwingt jetzt einen Teil der schwarzen Arbeiter, wollen sie nicht in den Städten im Norden verhungern, in den Süden zurückzuwandern. Schon in dem Zeitraum 1975 bis 1980 wanderten 415000 Schwarze in den Süden zurück und nur 220000 verließen den Süden. Diese Rückwanderung hat weiter zugenommen. Die schwarzen Arbeiter aus dem Norden hoffen, im Süden zumindest Arbeit in der Landwirtschaft, im Haushalt oder in den Dienstleistungsbereichen zu finden und mit Verwandten zusammenleben zu können. Die Kapitalisten werden versuchen, gestützt auf hohe Arbeitslosigkeit, niedrigen gewerkschaftlichen Organisationsgrad und antigewerkschaftliche Gesetze, die Unterdrückung der Schwarzen wieder zu festigen. Schon stellen die Kapitalisten Überlegungen an, die ins Ausland verlagerten lohnintensiven Industrien zurückzuverlagern und den Lohn auf den Stand der „Niedriglohnländer“ zu drücken.

Quellenhinweis: Wall Street Journal 23.8.83; K. Auletta, The Underclass, Random House, New York 1982; National Journal, 11.6.83 (gha)

Haushaltsberatung '84

SPD zur „Kooperation bereit“ – neuer Spielraum für Kapitalisten und Regierung

Die SPD bewegt sich in der öffentlichen Diskussion in Sachen Friedenspolitik. Auffallend viel Spielraum hat die SPD dabei: Landesparteitage sprechen sich gegen die Nachrüstung aus, der von Schmidt entworfene NATO-Doppelbeschuß gerät in Kritik, und Mitglieder des SPD-Parteivorstandes fordern, daß in Genf auf jeden Fall weiter verhandelt werden muß. Eine endgültige Entscheidung über die zukünftige Friedenspolitik soll auf dem Parteitag Ende November fallen, nachdem die ersten Mittelstreckenraketen voraussichtlich stationiert sind. Die SPD befindet sich in Bremen und Hessen im Wahlkampf und überhaupt zur Zeit auf Grünen-Fang. Sie meint, mit dem Thema Frieden in diese Kreise am besten vordringen zu können. Gleichzeitig glaubt sich die SPD der Arbeiterschaft ziemlich sicher zu sein.

Das ist aber auch für die SPD ein Grund zu meinen, mit den Interessen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewer-

Mittel, Vorschläge öffentlich zu plazieren, was gegen die Lohnabhängigen in der Industrie unternommen werden kann. Rundum ein Betätigungsfeld, bei dem die SPD-Opposition zur Zeit ungestört ihre Regierungsfähigkeit mehr als unter Beweis stellt.

Während der Bundestagsdebatte über den Haushalt 84 kam es zwischen Regierung und SPD-Opposition zu einer Abmachung über die künftigen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst, ob und wie Einsparungen in Milliardenhöhe beim Bundeshaushalt, aber auch den Landes- und Kommunalhaushalten, erzielt werden können. Finanzminister Stoltenberg trug am ersten Tag der Haushaltsdebatte die finanziellen Vorstellungen der Bundesregierung vor und begründete, warum im Bundeshaushalt 1984 Gehalts- und Lohnerhöhungen nicht vorgesehen sind:

„Wir halten es jetzt für richtiger, auf sehr niedrige Steigerungsraten bei den Be-



30000 demonstrierten am 18.9. in Bonn gegen die Haushaltspläne der Bundesregierung, gegen die Angriffe auf den Arbeitsschutz für Frauen und auf den Mutterschaftsurlaub. Auf der Abschlußkundgebung der vom DGB organisierten Demonstration, an der vor allem Frauen teilnahmen, forderte eine Sprecherin der Textilgewerkschaft von der Bundesregierung: „Sparen sie beim Rüstungsprogramm, aber nicht bei den Renten!“

gung Handel treiben zu können und sie in die Pfanne zu hauen. Die SPD als öffentlicher Arbeitgeber in Bund, Ländern und Kommunen – ein Thema, das in der öffentlichen Meinung derzeit unbedacht ist – gibt dafür nicht nur Anhaltspunkte, sondern schafft Tatsachen! Die SPD führt sich als hartgesottener Arbeitgeber auf, durchtrieben und ideenreich, wie die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst noch besser schikaniert und unterdrückt werden können. Das Parlament benutzt sie darüberhinaus als

soldungserhöhungen hinzuwirken und einzelne Besitzstände zu überprüfen, als den Personalabbau im Tempo und in der Art der letzten Jahre fortzusetzen ... Wir halten es deshalb auch für richtig, die nächsten Besoldungs- und Tarifrunde für den 1. April 1985 vorzusehen.“

Unmittelbar nach Stoltenberg sprach Apel für die SPD-Opposition. Auf Grundlage seiner schriftlich ausgearbeiteten Rede, die den Bundestagsabgeordneten vorlag, erklärte Apel:

„Nicht akzeptabel sind für uns Ihre Vorschläge für den öffentlichen Dienst. So

kann doch eine Null-Runde in der Besoldung für Beamte, also keine Besoldungsverhöhung für Beamte im nächsten Jahr, nur dazu führen, daß die Gutverdienenden mit einem blauen Auge davonkommen, während die große Zahl von Bediensteten, insbesondere im einfachen und mittleren Dienst, im nächsten Jahr in echte finanzielle Schwierigkeiten kommen muß. Wir fragen Sie, Herr Stoltenberg: Ist es da nicht angemessener, beim 13. Monatsgehalt, beim Weihnachtsgeld anzusetzen, es in einer gewissen Höhe zu begrenzen, zu plafonieren (nach oben hin begrenzen, d. Verf.), damit alle an den Sparmaßnahmen gerecht beteiligt werden? – (Zuruf von der CDU/CSU: Das sind ja neue Töne!) – Auch hier fordern wir von Ihnen Augenmaß und Gerechtigkeit.“

Apel machte mit diesen Ausführungen im Namen der gesamten SPD-Bundestagsfraktion der Bundesregierung ein gezieltes Angebot. Aber es geht noch weiter: Nachdem in der Haushaltsdebatte alle Fraktionen ihre Stellungnahme abgegeben hatten, sprach noch einmal Finanzminister Stoltenberg, um dem Angebot der SPD nachzugehen. Er griff den ehemaligen Finanzminister Apel an und erklärte, die SPD-Opposition hätte keine „Alternative“. Stoltenberg ließ sich in seiner Rede ganz offensichtlich gerne für eine Zwischenfrage – völlig ungewöhnlich bei dieser Debatte – für Apel unterbrechen:

„Sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß ich mindestens in drei Bereichen Ihrer Position unsere entgegengesetzt habe, nämlich erstens im Bereich der Konjunkturpolitik Ihrem Nichtstun unsere Alternative, zweitens im Bereich der Sozialpolitik Ihrer Kahlschlag-Alternative entgegengesetzt, was wir tun werden – das wird auch noch dargestellt werden – und drittens zum öffentlichen Dienst gesagt habe: keine Nullrunde, sondern wenn, dann bitte beim Weihnachtsgeld eine Regelung finden, die für alle gleich stark einschneidend ist?“

Mit dieser „Frage“ sprach sich Apel nebenbei für Kürzungen beim 13. Monatsgehalt für den gesamten öffentlichen Dienst aus. Stoltenberg reagierte kühl. Er meinte, der Vorschlag sei nicht neu, Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, habe ihn im letzten Jahr schon einmal gemacht und fragt dabei an, ob die SPD behilflich sein würde, solche Kürzungen für den gesamten öffentlichen Dienst mit durchzusetzen:

„Der Grund warum dies wohl keine Alternative ist, liegt darin, daß ich bis heute nicht die Bereitschaft der Gewerkschaften erkennen kann, für die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes so etwas ins Auge zu fassen.“

Apel sicherte mit einer zweiten Zwischenfrage eine Unterstützung zu: Warum denn die Initiative des Landes Nordrhein-Westfalen für Besoldungs-

kürzungen für den öffentlichen Dienst gescheitert sei? Stoltenberg wurde noch deutlicher und erklärte, daß der Bundesregierung das SPD-Angebot im Bundesrat zu gering war und daß sie alleine keinen Weg gesehen habe, die Kürzungen im „Gleichklang mit dem öffentlichen Dienst im Tarifvertragsbereich vor allem bei den Angestellten“ durchzusetzen. Übereinstimmung über ein Null-Volumen sind zwischen



„61% der Arbeiterinnen verdienen weniger als 1000 DM netto monatlich. Wie soll eine Frau davon leben?“ Auf der DGB-Demonstration in Bonn.

der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung mindestens vorhanden. Und noch ein Ergebnis hatte diese Debatte: Bereits jetzt, vor den Tarifverhandlungen in der Industrie ist eine Große Koalition über einen Tarifabschluß im öffentlichen Dienst vereinbart. Eine Forderung, die im übrigen, in ähnlicher Form, der Vorsitzende der CDU/CSU-Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, George, in einem Interview der „Wirtschaftswoche“ vorschlug.

Am zweiten Tag der Haushaltsdebatte umriß der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Roth, den SPD-Standpunkt für die Tarifverhandlungen in der Industrie:

„Ich bin dann in der Tat der Meinung: Es wird auch beim Lohn ein Kompromiß über die Aufteilung der Produktivitätszuwächse herauskommen. Wir werden dann öffentlich auch für diesen Kompromiß in der Arbeitnehmerschaft werben.“

Bisher haben die Gewerkschaften mit anderen Begründungen für Lohn erhöhungen gekämpft und zumeist die Preissteigerungsrate, höhere Arbeitsbelastung, höhere Lohnabzüge und überhaupt höhere Reproduktionskosten angeführt. Eine Produktivitätsbegründung versucht die CDU/CSU seit Jahren immer wieder in der öffentlichen Diskussion durchzusetzen: Leistung muß wieder honoriert werden! Dieser dummen Phrase hat sich Roth angeschlossen und fordert wie George in seinem vielzitierten Interview „Lohnsteigerung unter dem Produkti-

vitätszuwachs“. Roth sprach sich in der gleichen Rede für die Unterstützung des Vorschlags von Ernst Albrecht aus, das gesamte Sozialversicherungswesen zu ändern mit dem Ziel, die Arbeitskosten für die Kapitalisten zu senken. Albrecht hatte mehr Selbstbeteiligung der Versicherten gefordert und daß die Beiträge für die Sozialversicherung auf die Mehrwertsteuer umgeleitet werden sollen.

Die SPD sei zu weitreichender „Kooperation“ bereit, erklärte Apel in der Bundestagsdebatte: „Uns geht es um Ergebnisse, die unserem Land weiterhelfen.“ Kapitalisten und Regierung nützen diesen Spielraum blitzschnell aus. Die Bildzeitung berichtet über die Pläne der Kapitalisten: Zehn-Stunden-Schichten bei vielen Aufträgen, mehr Freizeit bei weniger Aufträgen, „also flexiblere Jahresarbeitszeiten“. Die Bundesregierung arbeitet an einem eigenen Programm zur Verkürzung der Lebensarbeitszeit für die kommenden Tarifverhandlungen. In dem Programm soll der Vorschlag enthalten sein, für „Freiwillige“ das Rentenalter auf 58 Jahre zu begrenzen, verbunden damit, daß die Lohnarbeit über 65 Jahre hinaus ausgeübt werden kann. Darüber will die Bundesregierung die Rente senken. Arbeitsminister Blüm erklärte frech und demagogisch: „Die Höhe der Rente muß zumutbar und verkraftbar sein. Das soll jeder selbst entscheiden. Der Arbeitnehmer braucht keinen Vormund.“

Quellenhinweise: Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht, Plenarprotokoll 10/18 bis 10/20; Bildzeitung 18. bis 20.09.83; Wirtschaftswoche Nr. 37 und 38 – (jöd)

BRD/Türkei Bundesregierung liefert weiterhin aus

Am 10. September demonstrierten etwa 15000 in Köln aus Anlaß des dritten Jahrestages des Militärputsches in der Türkei. Aufgerufen hatte ein Aktionsbündnis türkischer Organisationen, im Vergleich zu 1982 waren mehr westdeutsche Teilnehmer und Organisationen – neben Türkei- und Internationalismus-Komitees aus vielen Orten waren unter den politischen Organisationen auch die DKP und SDAJ – an der Demonstration beteiligt.

Außer Forderungen gegen die Militärdiktatur in der Türkei wurden häufig Parolen gegen die Abschiebe- und Asylverweigerungspraktiken der BRD sowie gegen ihre Zusammenarbeit mit der türkischen Junta mitgetragen.

Der Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Köln, R. Hocker, sprach auf der Abschlußkundgebung und forderte die sofortige Beendigung aller Abschiebungen, die

Gewährung von Asyl für alle von der Junta politisch Verfolgten sowie die Einstellung jeglicher Militär- und Wirtschaftshilfe durch die Bundesregierung.

Trotz der großer Aufmerksamkeit, die nach dem Tode Kemal Altuns die Asyl- und Abschiebepraxis der westdeutschen Behörden gefunden hat, zeigt sich die Bundesregierung entschlossen, diese Praktiken fortzusetzen. Gegenüber der Kritik, die der UN-Flüchtlingskommissar Hartling an der

dem 9. Februar 1982 in Düsseldorf in Auslieferungshaft sitzt.

Die Bundesregierung hat nicht nur bei der Verfolgung von Antifaschisten die Beziehungen zur Militärjunta vertieft. So hat sie, nachdem in diesem Jahr die ersten von 77 Leopard 2-Panzern geliefert werden, jetzt den Vertrag über den Bau von vier Fregatten abgeschlossen. Nachdem sich die Militärregierung bereits für die Beschaffung von F 16-Flugzeugen bei den USA mit 10 Mrd. DM mehr verschuldet, erhöht



15000 demonstrierten am 10.9. in Köln.

Behandlung von Asylbewerbern in der BRD in einem internen Bericht formulierte, reagierte die Bundesregierung schroff mit einer Ausladung. Zugleich liefert sie weiterhin politisch verfolgte Antifaschisten und Revolutionäre insbesondere aus der Türkei an die Verfolger aus. So hat das Oberlandesgericht in Koblenz am 13.9. entschieden, daß V. Serhat, der seit sechs Monaten in Mainz inhaftiert ist, weiterhin in Auslieferungshaft bleibt, bis innerhalb der nächsten Wochen die Auslieferung „praktisch von der Bundesregierung entschieden wird“. Der Asylbewerber Serhat war inhaftiert worden, nachdem die Koblenzer Oberstaatsanwaltschaft bei der Polizei in der Türkei angefragt hatte, „ob seine Auslieferung an die Türkei beantragt wird“.

Während die SPD im Bundestag den Rücktritt von Innenminister Zimmermann wegen des Todes von K. Altun forderte, halten auch die SPD-Justizminister weiterhin türkische Asylbewerber in Abschiebehaft. Am 12.9. begannen acht türkische Häftlinge in verschiedenen Haftanstalten in NRW einen Hungerstreik aus Protest gegen den Tod K. Altuns. Die Hungerstreikenden verlangen von der Bundesregierung eine Zusage, daß keine weiteren Auslieferungen an die Türkei erfolgen. An diesem Hungerstreik ist unter anderem Z. Aydindag beteiligt, der seit

unter Führung der Deutschen Bank die BRD die Verschuldung der Türkei für die Fregattenbeschaffung um 1 Mrd. DM. Auch das wird die Beziehungen der Militärjunta zu ihren Auftraggebern „enger“ gestalten.

Quellenhinweis: UZ, 12.-16.9.83; türkei infodienst, 12.9.83 - (alk)

Jumbo-Abschuß Nato: Vorbereitungen zum „Zurückschießen“

Drei Wochen nach dem Abschuß des südkoreanischen Jumbo steht fest: Eine andere rationale Erklärung für den Flug der Maschine als die, daß sie von US-Geheimdiensten zwecks Provokation der Sowjetunion und Ausspähung ihres Grenzsicherungssystems dirigiert wurde, ist unmöglich. Zur gleichen Zeit steigern die USA, die Bundesregierung und die anderen Imperialisten ihre wüsten Drohungen gegen die Sowjetunion bis hin zum offenen Bruch völkerrechtlicher Verträge.

So versuchte die Bundesregierung am 9. September, eine Ausweitung der Zuständigkeit der NATO auf die sowjetische Pazifikküste durchzusetzen. Auf ihren und auf US-Antrag traten in Brüssel die ständigen Vertreter der NATO-Staaten zusammen, um einen Boykott des Luftverkehrs mit der So-

wjetunion als Reaktion der NATO zu beschließen. Der Versuch mißlang. Generalsekretär Luns mußte nach der Sitzung mitteilen, einzelne Mitgliedsländer hätten eine Zuständigkeit der NATO in dieser Angelegenheit bestritten. Es sei daher jedem Staat überlassen, seine Maßnahmen selbst zu entscheiden.

Wie dieses „selbst entscheiden“ aussieht, demonstrierte am 12.9. Genscher. Auf der EG-Außenministerkonferenz verlangte er, den Abschuß der Jumbo als „Verbrechen“ zu verurteilen. Als sich der griechische Außenminister dem widersetzte, kam es, so die FAZ, zu einem „Eklat“. Genscher empfing den griechischen Oppositionsführer Mitsotakis. Drei Tage später wurde der griechische Außenminister vor dem europäischen Parlament von einer Meute Parlamentarier fast niedergebrüllt, verließ Otto von Habsburg und Kai-Uwe von Hassel (CDU) bei seinem Erscheinen das Parlament.

Inzwischen haben die meisten NATO-Staaten ihren Luftraum für sowjetische Flugzeuge gesperrt. Unseres Wissens verweigern nur noch Frankreich, Griechenland und die Türkei die Teilnahme. Der griechische Ministerpräsident Papandreu hat eine geplante Reise in die USA nach den Drohungen Genschers abgesagt mit der Begründung, er könne „angesichts der gegenwärtigen Probleme nicht sieben Tage von Griechenland fernbleiben“.

Auch der im UN-Sicherheitsrat am 13.9. abgestimmte Antrag der Niederlande und anderer NATO-Staaten, der nach Presseberichten den Abschuß „nur“ bedauern soll, spricht über die aggressiven Absichten der NATO-Staaten Bände. Drei Tage lang weigerten sich die Antragsteller, die „Unverletzlichkeit des Territoriums“ der Sowjetunion in den Antrag aufzunehmen. Selbst dann erreichten die Imperialisten nur die Zustimmung der Vertreter Maltas, Pakistans, Jordaniens, Togos und Zaires. Die VR China, Nicaragua, Guayana und Simbabwe enthielten sich der Stimme, die Sowjetunion und Polen stimmten dagegen.

Das faktische Einreiseverbot für Gromyko zur UN-Vollversammlung ist das bislang letzte Glied in dieser Kette von Drohungen und ein eindeutiger Verstoß gegen die UNO-Verträge zudem. Die Absicht ist unverkennbar: Die Sowjetunion soll öffentlich zum Feind des Völkerrechts, auf den dieses Völkerrecht keine Anwendung mehr findet, erklärt werden. Sollte die UNO-Vollversammlung dies hinnehmen, so hätten die in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten freie Hand, um, wann immer sie die Gelegenheit für günstig halten, den Angriffskrieg gegen die Sowjetunion zu eröffnen.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung, Frankfurter Allgemeine, Wall Street Journal, Time und Presseerklärungen der sowjetischen Nachrichtenagentur Nowostoj, 8.9. bis 18.9.83 - (rül)

Bundesregierung

Reaktionäre Rezepte gegen die politische Opposition: ganz große Koalition für die „europäische Einigung“

An mehreren Punkten hat sich die Mehrheit, die die Regierung von CDU, CSU und FDP bei den Bundestagswahlen am 6. März erhalten hat, als brüchig erwiesen. Am deutlichsten wird dies in der Frage der Raketenstationierung. Bei allen Abstrichen, die zu machen sind, drücken die Ergebnisse einiger Meinungsumfragen unmißverständlich aus, daß die Reaktion eine Mehrheit für die Stationierung der Mittelstreckenraketen in der Bevölkerung nicht hat. Ganz gleich, wie die Gegner der Stationierung ihre Ablehnung begründen, ob aus christlichen Moralvorstellungen heraus, aus Furcht vor den Schrecken eines atomar ge-

sondern auch zu sterben, war wieder lauthals die Rede – den tatsächlichen Zustand der Nation jedoch bewertet der CSU-Vorsitzende Strauß in einem Interview mit dem „Stern“ vom 11.8. so: „Angenommen, es wäre möglich gewesen, Polen in Aufruhr zu versetzen, durch einen Generalstreik das Land zu lähmten. Ich frage – und ich bitte die Ironie zu verstehen: Wo wären die Luftlandedivisionen, wo wären die Marineverbände des Westens, die dann den heldenhaft um ihre Freiheit ringenden Polen zu Hilfe geeilt wären? Dieselben Jubler im Westen, die den Freiheitskampf der Polen wortreich anheizten, wären daheim in ihren war-

ihres Regierungsantritts im Oktober, zu einer langgeplanten „deutschlandpolitischen Offensive“ angetreten (diesen Ausdruck prägte übrigens im September 1982 die niedersächsische Landesregierung). Ziel dieser Offensive war eine reaktionäre, chauvinistische Massenmobilisierung, die Popularisierung der Kriegsziele des BRD-Imperialismus, die der heutige CDU-Staatsminister im Auswärtigen Amt Mertes als „Überwindung dieses Provisoriums“, d.h. der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und Osteuropa und der „Teilung Deutschlands“, beschrieb.

Wie sich vielleicht manche erinnern, war der wachsende Widerwille gegen die aggressive Deutschland- und Ostpolitik in den sechziger Jahren eine Ursache dafür, daß die CDU aus der Regierung abtreten mußte. Jetzt zog Innenminister Zimmermann, CSU, mit der Ankündigung in den Wahlkampf: Tendenzen, die „deutsche Frage“ auf die BRD und die DDR zu „beschränken und die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße nicht einzubeziehen, wird es bei der neuen Bundesregierung nicht geben“. Für den 17. Juni, den geplanten ersten Höhepunkt der Offensive, wurden Veranstaltungen und Aufmärsche wie seit Jahrzehnten nicht angesetzt. Per Kultusministererlaß wurden die Lehrer anlässlich dieses nationalen Großkampftags zur Propaganda von Wiedervereinigung und Großdeutschland verpflichtet. Die chauvinistische Hetze gegen die DDR feierte wochenlang wahre Orgien.

Das Ergebnis dieser Offensive jedoch: Die Fraktion der Grünen blieb der 17.-Juni-Feierstunde im Bundestag fern. Im Hamburg griff die GAL die 17.-Juni-Propaganda in einer Parlamentssitzung sogar ausdrücklich an. Selbst die SPD ging so weit, vor „großnationalen Illusionen“ – wie die von der Wiederherstellung Deutschlands in den Grenzen des Reiches von 1937 – „zu „warnen“. Offensichtlich schien es der SPD opportun, gegen einen Rechtsanspruch („Deutschland in den Grenzen von 1937“) zu polemisieren, dem sie gewöhnlicherweise selbstanhängt. Auch mit der Abfuhr durch die Grünen hatte die Reaktion nicht unbedingt rechnen müssen, da einige Abgeordnete der Grünen erst einige Wochen zuvor in Berlin (DDR) grenzüberschreitende Verantwortung für Deutschland demonstriert hatten. Die Weigerung sowohl der SPD wie auch der Grünen, gemeinsam mit CDU/CSU/FDP an einer großdeutschen



Probleme der Reaktion: Wie kann sie die Mehrheit gegen die Raketenstationierung in eine Mehrheit für imperialistische Kriegsziele verwandeln?

führten Krieges oder aus radikaler Gegnerschaft zu den imperialistischen Zielen der herrschenden Klasse – zur Politik der Kriegsvorbereitung, so wie die Reaktion sie konkret betreibt, steht eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung in der BRD in Widerspruch.

Dies verursacht der Bundesregierung einige Probleme, und zwar nicht nur für die Durchsetzung der Stationierung. CDU und CSU waren zur sog. „Wende“ angetreten unter anderem auch mit dem Ziel, der Nation das Feindbild einzuhämmern – der „Spiegel“ aber muß berichten, daß verschiedenen Meinungsumfragen zufolge „die Furcht vor den Russen ... sich vermindert (habe)“. Die Nation sollte kriegsfähig werden; von der Pflicht, fürs Vaterland nicht nur zu kämpfen,

men Zimmern auf den bequemen Polsterstühlen gesessen, hätten ihre tiefe Trauer und ihr Bedauern ... ausgedrückt ... Aber geholfen hätte in dieser Lage den Polen niemand.“ Zieht man die „Jubler“ mal ab, dann bleiben die Marineverbände und Luftlandedivisionen, die nach Strauß‘ Beurteilung der Lage nicht in Bewegung hätten gesetzt werden können. Ganz offensichtlich hält Strauß jedenfalls den „Westen“ gegenwärtig nicht für kriegsfähig.

„Deutschlandpolitische Offensive“ fehlgeschlagen

Diese Beurteilung des CSU-Vorsitzenden enthält das Eingeständnis einer Niederlage. Im letzten Jahr war die CDU/CSU, noch in der Vorbereitung

Massenmobilisierung zu wirken, läßt auf spürbaren Widerstand vor allem in der Arbeiterbewegung wie der grün-alternativen Bewegung gegen diese Mobilisierung schließen.

Nach unseren Erfahrungen fanden die Veranstaltungen und Aufmärsche zum 17. Juni in der Öffentlichkeit nur wenig Resonanz. Zwar wurde die Wiedervereinigungspropaganda nur selten direkt angegriffen; wo sie aber angegriffen wurde, gerieten ihre Worführer schnell in die Defensive. Bedeutsam ist vor allem, daß nach unseren Kenntnissen sich zahllose Lehrerkollegen allen Erlassen zum Trotz in meist stillschweigender Übereinkunft dem Zwang zu großdeutscher Indoktrination widersetzen. Dafür sprechen auch die nach dem 17. Juni lautgewordenen Klagen und „Mahnungen“ an die Lehrer, über die „Fragen der deutschen Teilung und die Verletzungen der Menschenrechte durch die DDR

stärker zu informieren“, so etwa der Osnabrücker CDU-Kreisvorsitzende in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ vom 13.8.

Der offensichtliche Fehlschlag der „deutschlandpolitischen Offensive“ wird auch in seiner Rückwirkung auf die Reaktion deutlich. Diese ist inzwischen sichtbar bemüht, ihre lauter, selbstverständlich friedlichen Absichten herauszukehren. So deuteten etwa der CDU-Staatsminister Mertes im CDU-, „Deutschlanddienst“ vom 30.6. und in einem Leserbrief in der „FAZ“ vom 12.8. wie auch der CSU-Vorsitzende Strauß in einem Interview mit der „Welt“ vom 25.8. im Gegensatz zur zitierten Zimmermann-Ankündigung scheinheilige „Kompromiß“ bereitschaft in Sachen Oder-Neiße-Grenze an. So gab sich Strauß, der am 17. Juni in Coburg noch eine ausgesprochene Brandrede gehalten hatte, in dem Interview mit dem „Stern“ vom

11.8. unschuldig wie ein Lämmlein: „Eine Überwindung der Grenze, die mitten durch Deutschland und mitten durch Europa geht, ist – und ich sage das mit einem ausdrücklichen Gott sei Dank – auf militärischem Wege nicht möglich. Aber: Geschichtliche Veränderungen werden deshalb nicht unterbleiben. Nur finden sie nicht mehr auf dem Wege von Kriegen und Revolutionen statt ...“

Die Entdeckung der größten „Friedensbewegung“

Die westdeutsche Monopolbourgeoisie braucht keine *Mehrheit* der Bevölkerung, um Krieg zu führen. Aber sie kann einer Entwicklung nicht zusehen, in der sich eine Mehrheit *gegen* ihre Politik, ihre Ziele formiert, wie ideologisch schwach und politisch ungeeint diese Opposition auch noch sein mag. So sucht die CDU/CSU/FDP-Bundes-

Positionen der DDR zur „deutschen Nation“

Anlässlich des Aufenthaltes von F.J. Strauß in der DDR erschien auf der Titelseite der „FAZ“ vom 23.7.1983 ein Leitartikel, der sich zunächst mit „Straußens Rolle bei ... (der) ‚Einfädelung‘ (des Milliardenkredits)“ befaßt und daran anschließend die Möglichkeit eines Treffens Strauß/Honecker erörtert: „Eine Überraschung wäre es ... wenn die Begegnung nicht zustande käme. Dann müßte man nämlich annehmen, daß der deutschlandpolitische Spielraum Honeckers doch enger ist, als man bisher glaubte; daß jene im SED-Politbüro an Einfluß gewonnen hätten, die, wie der Ost-Berliner Bezirksparteichef Naumann, schon Anfang November verkündeten, die politischen Positionen der DDR seien kein Schacher Artikel und nicht mit Dollars oder auf andere Weise käuflich.“ – Zwei Fragen müssen im Hinblick auf diese freimütigen Äußerungen des Sprachrohrs der westdeutschen Monopolbourgeoisie beantwortet werden. Erstens: Wie lauten die politischen Positionen der DDR? Und zweitens: Was veranlaßt bzw. ermuntert diese Bourgeoisie und ihre Politiker zu der Annahme, diese Positionen seien irgendwie käuflich? Die Beantwortung dieser beiden Fragen wird zugleich Aufschluß über die wesentlichen Elemente des Verhältnisses der DDR zur „deutschen Nation“ geben:

1. Die erste, von der Volkskammer am 7.10.1949 beschlossene Verfassung der DDR enthielt folgende Erklärung bzw. u.a. folgende Bestim-

mung: „Präambel: Von dem Willen erfüllt, die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern, hat sich das deutsche Volk diese Verfassung gegeben. – Artikel 1: Deutschland ist eine unteilbare demokratische Republik; sie baut sich auf den deutschen Ländern auf ... Es gibt nur eine deutsche Staatsangehörigkeit.“ (1)

Demgegenüber enthielt die neue, mit Volksentscheid vom 6.4.1968 beschlossene, seither gültige DDR-Verfassung zunächst folgende Erklärung bzw. (u.a.) Bestimmungen: „(Präambel): Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen, was den Lebensinteressen der Nation widerspricht, hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik, fest gegründet auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und sozialistischen Umwälzung der gesellschaftlichen Ordnung ... diese sozialistische Verfassung gegeben. – Artikel 1: Die Deutsche Demokratische Republik ist

ein sozialistischer Staat deutscher Nation ... – Artikel 8: ... Die Herstellung und Pflege normaler Beziehungen und die Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung sind nationales Anliegen der Deutschen Demokratischen Republik. Die Deutsche Demokratische Republik und ihre Bürger erstreben darüber hinaus die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus ... – Artikel 19: ... Die Bedingungen für den Erwerb und den Verlust der Staatsbürgerschaft der Deutschen Demokratischen Republik werden durch Gesetz bestimmt.“ (2)

Am 7.10.1974, dem 25. Jahrestag



Nach der BRD-Gründung mit dem Anspruch, die imperialistische Herrschaft in allen Teilen des Reiches wiederherzustellen, wurde 1949 die DDR gegründet. (Bild: W. Pieck, erster Staatspräsident)

regierung einen Punkt, in dem sich ein nationaler Konsens – oder anders ausgedrückt: eine *ganz große Koalition* – für die Interessen des BRD-Imperialismus herstellen ließe.

In der „Deutschlandpolitik“ hat sie diesen nationalen Konsens nicht erreichen können, zumindest gegenwärtig nicht. Von vielen ist der aggressive, annexionistische Charakter der Wiedervereinigungspolitik erkannt und ist diese Politik deshalb abgelehnt worden. Sie sind gegen die „Überwindung des Provisoriums“ „drüber“, weil dieses Unternehmen nach Krieg förmlich stinkt und sie für Frieden sind. So muß die Reaktion nach einem anderen Weg suchen, auf dem sie die Aggressivität der Ziele des BRD-Imperialismus hinter scheinbar friedlichem „Vereinigungs“streben verbergen kann. Wir meinen, und sehr viel spricht dafür, daß sie die Gelegenheit sucht, mit einer ausgiebigen Vorbereitung der zweiten

Direktwahlen zum Europaparlament Mitte nächsten Jahres der „Idee der europäischen Einigung“ zu neuem Aufschwung zu verhelfen und damit in der ideologischen Auseinandersetzung mit der politischen Opposition Boden gutzumachen.

Aus demselben Grund, aus dem der grobe, großdeutsche Nationalismus viele Menschen abstößt, ist die „Idee der europäischen Einigung“ allgemein populär. Scheinen denn nicht auch die Kriege zwischen westeuropäischen Mächten ein für allemal der Vergangenheit anzugehören? Und ist dies nicht das Ergebnis eines Jahrzehntelangen europäischen Einigungsprozesses, der in der Europäischen Gemeinschaft Gestalt angenommen hat?

So äußert sich in der Popularität des „vereinten Europa“ vor allem der Friedenswillen von Millionen. Natürlich ist ja auch der CDU/CSU nicht entgangen, daß die Friedensbewegung in

der BRD, wohl hauptsächlich aus dem genannten Grund, ausgesprochen „europäisch“ argumentiert. Diesen Friedenswillen greift die Reaktion demagogisch auf und kann sich dabei des Zusammenwirkens mit der SPD sicher sein. „Die EG ist erfolgreich als stabile Friedensbewegung für das westliche Europa“, schreibt die CDU und kalkuliert damit auf die Unerfahrenheit und Unkenntnis der politischen Opposition. „Die europäische Bewegung ist die erfolgreichste Friedensbewegung seit dem 2. Weltkrieg“, springt die SPD ihr bei. Als Ziel und Aufgabe dieser stabilen, erfolgreichsten, ja eigentlichen „Friedensbewegung“ hat die CDU/CSU ausgegeben – die „gesamteuropäische Friedensordnung“. Ihre Absicht: den politisch noch unklaren Friedenswillen der arbeitenden Klassen auf die europäischen (Neu-)Ordnungsvorstellungen der herrschenden Monopolbourgeoisie zu lenken.

der Gründung der DDR, beschloß dann die Volkskammer die Abänderung der Präambel und des Artikels 1 bzw. 8 der neuen, seit 1968 gültigen DDR-Verfassung: Sämtliche Formulierungen bzw. Bestimmungen, die vom Fortbestand einer „deutschen Nation“ ausgingen oder deren sozialistische Wiedervereinigung zum Ziel hatten, wurden ersatzlos gestrichen. Diese Entwicklung des Verhältnisses der DDR zur „deutschen Frage“ ist in einem Artikel über „Die Herausbildung der sozialistischen Nation in der DDR“ von Seiten des SED-Politbüro-Mitglieds H. Axen am 1.3.1976 folgendermaßen zusammengefaßt worden:

„Die ausschlaggebenden ökonomischen, klassenmäßigen und politischen Grundlagen für die Entwicklung der sozialistischen Nation in der DDR schließen jedwede ‚Annäherung‘ oder ‚Gemeinsamkeit‘ mit der sozial entgegengesetzten kapitalistischen Nation in der BRD aus ... Normale Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten können nur auf den Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufgebaut werden.“ (3) Die politischen Positionen der DDR (von denen eingangs im Zitat aus dem „FAZ“-Leitartikel vom 23.7.83 die Rede war) gegenüber der BRD sind daher seit jener Verfassungsänderung v.a. folgende: Tatsächliche völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch Einrichtung ordentlicher Botschaften; Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft bzw. Abschaffung der entsprechenden BRD-Gesetze bzw. GG-Bestimmungen; Abschaffung der sogenannten „Erfassungsstelle“ in Salzgitter; Regelung des Verlaufs der DDR/BRD-Staatsgrenze in der Elbe gemäß den hierfür festgelegten allgemeinen völkerrechtlichen Prinzipien.



Die BRD hat bis heute die DDR nicht völkerrechtlich anerkannt. Demonstration am 17. Juni '83 gegen die „großdeutsche Offensive“ der Reaktion.

2. Was nun die eingangs zitierte Annahme der Käufllichkeit dieser politischen Positionen anbelangt, so hat sie ihre eigentliche Basis in der tatsächlichen Fortexistenz einer „Gemeinsamkeit“, nämlich des sog. „innerdeutschen Handels“. In einem Beitrag des seinerzeitigen Parlamentarischen Staatssekretärs Höhmann (Bundesministerium für „Innerdeutsche Beziehungen“) über die „Europäische(n) Faktoren bei den innerdeutschen Beziehungen“ (in der Zeitschrift „Politik und Kultur“, Heft 2, 1.4.1978) wird die besondere Funktion hervorgehoben, die diesem Handel im Rahmen „unsere(r) Politik der Herstellung vertraglicher Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten, die es erlauben, die deutsche Frage über einen Zeitraum von unbestimmter Dauer offen zu halten“, zufällt: Beide Staaten hät-

ten den („innerdeutschen“) Sonderstatus ihrer spezifischen wirtschaftlichen Beziehungen sowohl gegenüber der EWG wie auch gegenüber dem RGW bzw. die damit verknüpften Vorteile gegenüber den jeweiligen Allianzpartnern „behaupten können“. Vor diesem Hintergrund ist jene Feststellung des Wirtschaftsministers Lambsdorff am 13.12.1981 in der DDR (anlässlich des sog. „Werbelinssee-Treffens von Schmidt/Honecker“) einzuordnen, die er offenkundig in vorheriger Abstimmung mit Dr. Mittag, SED-Politbüro-Mitglied, gegenüber der Presse machte: „Wir haben über Maßnahmen zur Förderung des innerdeutschen Wirtschaftsverkehrs gesprochen. Ich nenne die hier nur dem Thema nach: ... Kooperation auf dritten Märkten, insbesondere auf Märkten in der Dritten und Vierten Welt. Ein Zusammenfügen der Möglichkeiten der Volkswirtschaften beider deutscher Staaten kann uns eine Wettbewerbsposition in dem einen oder anderen Falle verschaffen, die wir versuchen wollen zu nutzen.“ (4)

Es erhebt sich daher abschließend die Frage, ob nicht der wirtschaftliche Nutzen, den die DDR offenkundig bislang meint, aus dieser verblichenen „Gemeinsamkeit“ zu ziehen, den großen politischen Nutzen zu gefährden droht, den sie selbst (und andere) aus der o.a. verfassungsrechtlichen Liquidierung der „deutschen Nation“ bzw. ihrer „Wiedervereinigung“ ziehen kann?

Quellenhinweis: (1) Die Verfassung der DDR, Dresden 1963, S. 8 u. 11; (2) Verfassung der DDR - Dokumente, Kommentar, 2 Bände, Berlin/DDR 1969, S. 197, S. 215 (Bd. I) und S. 9 (Bd. II); (3) Zeitschrift Probleme des Friedens und des Sozialismus, März 1976; (4) Dokumentation, Hrsg. Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, Bonn 1982, S. 36

Politik für die „Europäische Union“

Jeder Fehler der Friedensbewegung in der BRD bietet dieser Absicht Anhaltpunkte. Sie sorgt sich über vermeintliche Ohnmacht der BRD gegenüber den USA oder den „Supermächten“? Sieht die BRD in der Rolle des „Schlachtfelds“? Kohl greift das auf: „Die Zusammengehörigkeit zur Gemeinschaft und die Zusammenarbeit unter ihren Mitgliedstaaten garantiert auf Dauer, daß wir handelnde Akteure in den internationalen Beziehungen bleiben und nicht Gegenstand der Politik anderer zu sein brauchen.“ (Regierungserklärung zum Stuttgarter EG-Gipfel) Die „handelnden Akteure“ handeln in der Tat.

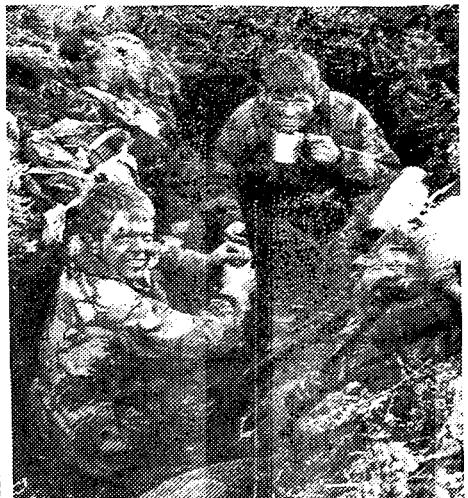
Der EG-Gipfel im Juni beschloß auf westdeutsche Initiative eine „Feierliche Deklaration zur Europäischen Union“, die hinter allgemeinen Wörtern sehr konkrete Ziele gerade des BRD-Imperialismus verbirgt.

So legt die „Feierliche Deklaration“ großen Wert auf die „Stärkung der gemeinsamen Handelspolitik“. Was das heißt, erläuterte Kohl: „Nur mit Hilfe der Gemeinschaft und ihres großen Binnenmarktes ... können wir auf Marktöffnung bei anderen Ländern in der Welt hoffen, sie durchsetzen und uns gegen handelspolitische Versuchungen wehren, protektionistische Maßnahmen zu verstärken.“ Das heißt, die BRD dominiert nicht nur den EG-„Binnenhandel“ – der BRD-Handelsbilanzüberschuß mit anderen EG-Staaten betrug 1982 25 Mrd. DM, die BRD-Monopole haben zahllose westeuropäische Konkurrenten seit Existenz der EG zur Strecke gebracht. Sie braucht auch den „großen Binnenmarkt“ als strategische Basis und die anderen EG-Mitglieder als politische Reserve für ihre Jagd nach immer neuen Absatzmärkten, für den Handelskrieg mit Drittländern wie z.B. Japan oder den USA, für ihre Exportaggression gegen die Länder der Dritten Welt. Das soll friedlich sein?

Die Abschaffung von Grenzkontrollen, für viele der Inbegriff der „europäischen Einigung“, wird in der „Feierlichen Deklaration“ unter dem Gesichtspunkt der *Inneren Sicherheit* behandelt. Wie ein Referatsleiter des Bonner Auswärtigen Amtes im „Europa Archiv“ jedenfalls glaubhaft versichert, wurde als Voraussetzung dafür beschlossen: „ein abgestimmtes Vorgehen, um den internationalen Problemen der öffentlichen Ordnung, schweren Gewalttaten, dem organisierten internationalen Verbrechen und allgemein der grenzüberschreitenden Kriminalität zu begegnen“. Was sich da also demnächst flott und unangefochten über die „Binnengrenzen“ bewegen

wird, werden z.B. westdeutsche Polizei- oder Bundesgrenzschutzeinheiten sein, die z.B. ihre italienischen Kollegen bei der Sicherung der öffentlichen Ordnung gegen aufrührerische Arbeiter oder auch unfriedliche Atomraketen-Gegner unterstützen. Und wer dies für weithergeholt hält, der sei auf den Artikel 224 der Römischen Verträge verwiesen: „Die Mitgliedsstaaten setzen sich miteinander ins Benehmen, um durch gemeinsames Vorgehen zu verhindern, daß das Funktionieren des Gemeinsamen Marktes durch Maßnahmen beeinträchtigt wird, die ein Mitgliedsstaat bei einer schwerwiegenden innerstaatlichen Störung der Öffentlichen Ordnung, im Kriegsfall (trifft) ...“ Die EG als Schutz- und Trutzbündnis gegen die Revolution, gegen die Emanzipationsinteressen der arbeitenden Klassen – das soll friedlich sein?

Bezüglich der *Außenpolitik* legt die „Feierliche Deklaration“ „zur Bewältigung der wachsenden Probleme der internationalen Politik“ Maßnahmen fest mit dem Ziel, „ein gemeinsames Handeln in allen wichtigen außenpolitischen Fragen, die für die Zehn als ganzes von Interesse sind, zu ermöglichen“. Da hat sich erst kürzlich Griechenland geweigert, sich den Sanktionen gegen die UdSSR (wegen des Abschusses der südkoreanischen Maschine) anzuschließen. Außenminister Genscher spuckte öffentlich Gift und Galle, war aber machtlos. Noch jedenfalls. Schon lange wollen die BRD-Imperialisten, daß „Europa mit einer Stimme spricht“ – mit ihrer, die dann um so lauter erklingt. Widerstände anderer Länder und vor allem der kleineren Länder wie Griechenland oder Irland, die bisher noch recht häufig aus der Reihe tanzen, müssen ausgeschaltet werden. Auch dazu soll die Möglichkeit zum Veto, mit dem bisher EG-Entscheidungen verhindert werden



Krieg um die Malwinen – die EG profitiert sich als Kriegspakt

konnten, gänzlich beseitigt werden. Welch eine Friedensordnung!

Fälschlicherweise recht unscheinbar nimmt sich in der „Feierlichen Deklaration“ der Passus über die „Sicherheitspolitik“ aus: Die Staats- und Regierungschefs der EG sind „überzeugt, daß Europa zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, wenn es ... auch in Bezug auf die politischen Aspekte der Sicherheit mit einer Stimme spricht“. Erst im letzten Jahr hat sich, als Großbritannien im Südatlantik vor der argentinischen Küste „EG-Territorium“ verteidigte, die EG als Kriegspakt bewährt. Zur Erinnerung: Sie hatte auf Drängen der BRD zur Unterstützung der britischen Militäraggression einen Wirtschaftsboykott über Argentinien verhängt und mehrfach Großbritannien ultimativ dazu getrieben, „nun ganz rasch zuzuschlagen“ („FAZ“ vom 19.5.82).

Die „Europaoffensive“, die die Bundesregierung u.a. mit der „Feierlichen Deklaration“ eingeleitet hat und die jetzt durch die Vorlage eines Verfassungsentwurfs für eine „Europäische Union“ fortgesetzt werden soll, hat zum Ziel, die ökonomische Übermacht der BRD in der EG definitiv in politische Vorherrschaft umzumünzen.

Noch einmal aber zurück zum Kernstück der europäischen Sicherheits- bzw. Friedenspolitik, der „gesamteuropäischen Friedensordnung“. Für sie fühlt sich die BRD in ganz besonderem Maße verantwortlich, denn: „Deutschland ist immer ein Land der Mitte gewesen ... stets eingebunden in einen größeren europäischen Rahmen. Die deutsche Frage war zu jeder Zeit auch eine existentielle Frage des europäischen Gleichgewichts“, so Kohl in seiner Rede „Zur Lage der Nation“ am 23.6. Oder Barzel: „Was Deutschland tut oder unterläßt, wirkt für Europa. Wir sind weder der Nabel noch das Herz noch der Lehrer der Welt. Aber Gott hat uns so gesetzt, daß wir immer



Unruhen in Westeuropa – gegenseitige Unterstützung bei der Niederschlagung beschlossen

auch für andere bedeutsam werden – so oder so.“ (Bulletin vom 14.9.)

Boykott der Europawahlen!

„Europa“ als deutsche Aufgabe; eine „europäische Friedensordnung“ mit dem Friedensgaranten BRD – die Reaktion greift den politisch gewiß noch unbestimmten Friedenswillen von Millionen auf, um ihn in sein Gegenteil zu verkehren: Unterstützung des Kampfes des BRD-Imperialismus um Vorherrschaft in Europa. „Gesamteuropäisch“ soll die „Friedensordnung“ dabei auch noch sein. So werden seine expansiven, annexionistischen Ziele – „Wiedervereinigung“, Errichtung der Kapitalfreiheit in Osteuropa – unter der Flagge europäischer Friedenspolitik verkauft.

Die Wahlen zum Europaparlament bieten der Reaktion die Gelegenheit, die ganz große Koalition für die nationalen Interessen zu schmieden. Daß die SPD kandidiert, ist sicher. Daß sie bei dem „europäischen“ Umgarnungsversuch der politischen Opposition mitmacht, ebenfalls. Sie plädiert für ein „starkes Europa“ und bietet sich an, die Gewerkschaftsbewegung darin einzubringen. Ihr Motto: „Europa wird nur Fortschritte machen, wenn es auch ein Europa der Arbeitnehmer bleibt.“

Die Grünen haben über ihre Kandidatur noch nicht entschieden. Sie ist allerdings zu befürchten. Zwar kritisierten sie im Bundestag die EG und westdeutsche EG-Politik, aber in Verteidigung des „eigentlichen“ Europa-Gedankens. Kelly: „Aus dem positiven kühnen Gedanken und Gefühl, einem größeren Verbund als dem eigenen Staat anzugehören, ist ein negatives, bevormundendes und eurozentristisches Konzept einer arroganten und ausbeuterischen kapitalistischen Handelsmacht entwachsen ... Es lebe das Europa von unten. Das Europa in Brüssel, kann ich Ihnen getrost sagen, ist tot.“ Das darf Petra Kelly in der Tat getrost sagen. Wenn sie nur in der grün-alternativen Bewegung die Propagandatrommel für die „europäische Einigung“ röhrt, kriegt sie jeden Spielraum für ein „Europa von unten“. Sich der ganz großen Koalition entziehen können die Grünen nur, wenn sie die Hegemonialpolitik, die die BRD unter der Flagge der „europäischen Einigung“ betreibt, kritisieren und die Beteiligung an den Europawahlen verweigern.

Quellenhinweis: Europa Archiv 15/83 vom 10.8.83, Dokumente: Probleme der europäischen Einigung (V). Die Tagung des Europäischen Rates in Stuttgart im Juni 83; Was macht die Sozialistische Fraktion im Europäischen Parlament?, hrsg. von der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments, Brüssel 1983; Bericht zur Lage der Nation, Deutscher Bundestag, Stenographischer Bericht vom 23.6.; Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zum Europäischen Rat in Stuttgart, Stenographischer Bericht vom 22. Juni 1983; Materialien der CDU zur CDU-Kampagne „10 000 Friedenstage“ – (sec, elm, huh)

Lafontaine: Durch Austritt aus der NATO zu einem starken Europa

Zur Aufgabenstellung der SPD in der Debatte um die Stationierung der Mittelstreckenraketen erklärte der Parteivorsitzende Willy Brandt am 14.9. vor der SPD-Bundestagsfraktion: „Die Partei soll das aufnehmen, was in diesem Augenblick die Mehrheit der Bevölkerung für diesen Gegenstand empfindet. Wo soll denn dieser Sorge einer Mehrheit der Bevölkerung Ausdruck gegeben werden? Soll das bei den Grünen landen?“

Zu diesem Zweck sind „abweichende Meinungen“ wie die Oskar Lafontaines, Vorstandsmitglied der SPD und Oberbürgermeister von Saarbrücken, nicht nur nicht hinderlich, sondern direkt erwünscht. Rechtzeitig zur von der Friedensbewegung geplanten Kampagne gegen die Aufstellung der Mittelstreckenraketen im Herbst ist dessen Buch „Angst vor den Freunden“ im Spiegel-Verlag erschienen.

Dieses Buch zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß es nicht einen einzigen Gedanken enthält, der nicht schon vorher in dieser oder jener Form an die Friedensbewegung herangetragen worden wäre.

Als Grundlage aller weiteren Überlegungen übernimmt Lafontaine die Idee, ein Atomkrieg drohe vor allem deshalb, weil ein technisches Versagen der computergesteuerten Raketen systeme immer wahrscheinlicher werde. Daraus folge: „Der technische Apparat, der in den jeweiligen Bündnisystemen aufgebaut ist, ist so, daß niemand mehr garantieren kann, daß nicht das eigene Verteidigungsbündnis den Atomkrieg durch technisches und menschliches Versagen auslöst.“

Die in der Friedensbewegung weit verbreitete Befürchtung, die „beiden Supermächte“ würden einen Atomkrieg gegeneinander „auf dem Boden Europas“ austragen, greift er auf und erklärt: „Wenn die Supermächte aufgrund eigener Entscheidung oder durch einen Fehler der Frühwarnsysteme aneinander geraten, sollen sie auch das atomare Schlachtfeld stellen.“

Nachdem so jede Möglichkeit, die Interessen und die aggressive Politik der Imperialisten zu kritisieren, ver stellt ist, und nachdem vor allem die BRD-Imperialisten als Opfer einer bewußtlosen Entwicklung und überhaupt nicht mehr als Hauptbetreiber einer expansiven Politik dastehen, kann Lafontaine sogar aus dem Grundgesetz die Forderung ableiten, die BRD solle aus der NATO austreten:

„Ein souveräner Staat überläßt die Entscheidung über Leben und Tod, die Entscheidung über den Kriegseintritt nicht einer anderen Macht, auch nicht einer Weltmacht. Eine derartige Preisgabe von Souveränitätsrechten ist im übrigen auch grundgesetzwidrig.“

Ziel eines NATO-Austritts sollte aber keineswegs die Schwächung der BRD-Imperialisten sein, sondern im Gegenteil ein starkes Deutschland in einem starken Europa: „Die Europäer dienen dem Frieden mehr, wenn sie der Rivalität der beiden Weltmächte entgegenwirken. Sie können durch ihre Verselbständigung dazu beitragen, daß das Duopol in eine pluralistische Mächtestruktur aufgelöst wird.“

Neu ist keine einzige dieser Darlegungen. Neu ist lediglich, daß SPD-Politiker sie jetzt als Politik für die SPD vorschlagen. Das ist in mehreren



Lafontaine sieht in „NATO-Gegner“ de Gaulle ein nachahmenswertes Vorbild.

lei Hinsicht ein schmutziges Manöver: Erstens zielt eine solche Politik darauf ab, die Anhängerschaft der Grünen aufzusaugen. Zweitens werden alle Schwächen der Argumentation der Friedensbewegung systematisch genutzt, um diese in eine Bewegung für ein vereintes Europa umzufunktionieren. Die SPD wird nichts gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen unternehmen, sondern stattdessen Elemente der von Lafontaine vorgeschlagenen Politik gerade auch zu den Europaparlamentswahlen im nächsten Jahr übernehmen.

Oskar Lafontaine, Angst vor den Freunden. Die Atomwaffen-Strategie der Supermächte zerstört die Bündnisse, Spiegel Buch, Rowohlt-Taschenbuch, Hamburg, August 1983, 14 DM

Forderung nach Gesamtelternbeirat

Stuttgart. Seit Gründung der Landesinitiative für Kindergarten Ende 1982 wurden am 17.9.83 zum ersten Mal gemeinsame Aktionen in Stuttgart durchgeführt. Vormittags verteilten die Initiativen in einer Straßenaktion mit Ständen Flugblätter, die die Sparpolitik der Landesregierung und des Stadttags angreifen. In einer Podiumsdiskussion mit Vertretern der Landtagsfraktionen von FDP, SPD und des ev. Landesverbands Württemberg wurde die Forderung nach einem Gesamtelternbeirat auf Landesebene erhoben. Die Richtlinien vom 1.1.83 wurden angeprangert, die die Gelder für Kindergarten kürzen.

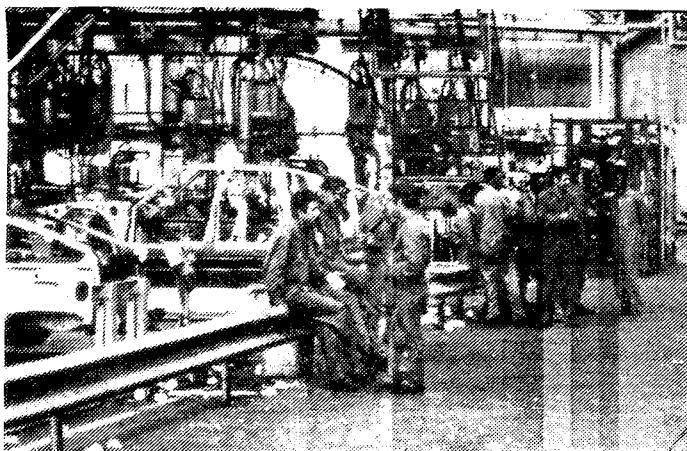
Abschiebungen gehen weiter

Bielefeld. Der am 8.9. in Bielefeld in Abschiebehafte genommene Arbeiter Kazim H. aus Türkisch-Kurdistan ist seit dem 15. September wieder auf freiem Fuß. Er war verhaftet worden, obwohl er eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis besaß, weil sein Rechtsanwalt aufgrund einer Mitteilung der Ausländerbe-

Hamburg. Mit einer Abstimmung (1139 : 680 : 42) wurde am 20. September die neuntägige Besetzung von HDW beendet. Der HDW-Vorstand ist von seinen Absichten keinen Millimeter abgewichen: 1354 Entlassungen, Einstellung des Schiffbaus in Hamburg. „Hamburg braucht seine Werften“ und Forderungen nach Werfthilfe dominierten während der Besetzung. Unter Gefährdung zahlreicher Arbeiter konnte sich während der Besetzung ein Schiff losreißen und die Werft verlassen. Bild: Demonstration vor der Besetzung.



hörde die Berufung gegen den abgelehnten Asylantrag zurückgezogen hatte. Für seine Freilassung hatten sich unter anderem Vertrauensleute der Gewerkschaft Leder aus seinem Betrieb und ein Komitee aus verschiedenen türkischen und westdeutschen Organisationen eingesetzt. Die Freilassung erfolgte, weil ein sogenannter Nachfluchtantrag, ein zweiter Asylantrag mit neuen Tatsachen, von den Behörden angenommen wurde. In mehreren Gefängnissen in NRW führen türkische Landsleute einen Hungerstreik durch.



Vom 1. – 8.9. streikten die 580 Arbeiter von drei Abteilungen bei Citroen-Aulnay (Bild). In den Abteilungen werden die Aufbauten und die Karosserien der Modelle CX und LN montiert. Die Arbeiter forderten die Beibehaltung der Schichtprämie von 300 Francs, die die Geschäftsleitung nach Aufhebung der Schichtarbeit gestrichen hatte, und verlangten die sofortige Anhebung der Löhne um 3%. Diese Erhöhung wollen die Kapitalisten erst ab November zugestehen. Zum Anfang des Jahres waren die Löhne nur um 4% erhöht worden, die Inflationsentwicklung liegt darüber. Außerdem stellten die Arbeiter die Forderung nach Erhöhung der Eingruppierungen auf. Um die Streikenden zu isolieren, legten die Kapitalisten zwei Stunden nach Streikbeginn die gesamte Produktion des Werkes still. Dadurch sperrten sie 6500 Arbeiter aus. Zwar mußte die Geschäftsleitung die Beibehaltung der Schichtprämie bis November zugestehen, sie weigerte sich aber, über die sofortige Anhebung der Löhne und die Verbesserung der Eingruppierung zu verhandeln. Die ausgefallenen Stunden wollen die Kapitalisten nur zu 30% bezahlen.

Westberliner Staatsschutz muß aussagen

Westberlin. Die jüngst im Zusammenhang mit der Krefelder Demonstration öffentlich bekanntgewordenen Tätigkeiten des Westberliner Staatsschutzes über Spitzel und Provokateure beziehen sich seit Jahren auf das gesamte Bundesgebiet. Entsprechende Tätigkeiten hat es auch gegen die Bewegung „2. Juni“ gegeben. Im damit im Zusammenhang laufenden Schmücker-Prozeß ist bislang vom Innensenator den Staatsschutzbeamten eine Aussage vor Gericht untersagt worden. Nach sieben Jahren Verhandlungen ist diese Anordnung jetzt vom Oberverwaltungsgericht aufgehoben worden. Landeskriminaldirektor Kittlaus muß aussagen. Eine Herausgabe der diesbezüglichen Akten lehnte das Gericht allerdings ab. Die damals im Zusammenhang des Todes von Schmücker festgenommene Ilse Schwipper sitzt seit nunmehr sieben Jahren in Untersuchungshaft.

Streik im Kfz-Handwerk hat begonnen

Hannover. Die Urabstimmung für die IG-Metallmitglieder im gewerblichen Bereich des Kfz-Handwerks in Niedersachsen ist gelaufen. 95,73% beteiligten sich. 91,56% stimmten für Streik. Mit dem Ergebnis dokumentierten die IGM-Mitglieder 1. daß Streikbereitschaft trotz Krise vorhanden ist und 2. auch Handwerksbetriebe kampfbereit sind. Konkret geht es um eine veränderte Lohngruppenstruktur für Monteure: Der derzeit gültige Tarifvertrag sieht zwei Lohngruppen vor. Gelernte

Arbeiter = 11,97 DM/Std; Vorarbeiter, Gruppenführer und hochqualifizierte Gesellen mit langjähriger Erfahrung = 13,74 DM/Std. Die IGM-Forderung lautet: Gesellen mit Facharbeiterqualifikation = 11,97 DM/Std; Gesellen mit höherer Qualifikation = 13,17 DM/Std; hochqualifizierte Gesellen = 13,77 DM/Std; Gruppenführer, Vorarbeiter = 14,96 DM/Std.

Am Montag, den 19.9. begannen die ersten Streiks. Nach Auskunft der IGM war die Streikbeteiligung gut. Die Kapitalisten wollen Notdienste mit Angestellten und mit Auszubildenden organisieren. Die Auszubildenden jedoch beteiligen sich am Streik, was die Kapitalisten ihnen verbieten. Die Auszubildenden reagieren vielfach mit Gewerkschaftsbeitritt.

Kurzarbeit bei ARB/KA Heidelberg

Heidelberg. Die Dividenden von Kraftanlagen betrugen 1982 1,6 Mio. DM. 9,7 Mio. DM wurden „den Rücklagen zugeführt“. Durch Rationalisierungen der Arbeitsorganisation, Neubauten, Einsatz von Computern in der Konstruktion, Lagerhaltung und in der Produktion sind Entlassungen von 20 Arbeitern und 400 Angestellten im Gespräch. In der ARB Heidelberg und Sinsheim wurden 15 Tage Kurzarbeit erpreßt. Die Lohnverluste der Beschäftigten – ohne Verluste durch Überstunden und Schichtzulagen gerechnet – betragen ca. 30000 DM. Eine Betriebsvereinbarung legt fest, daß Überstunden bei Kurzarbeit am nächsten Tag abgefertigt werden müssen ohne Verlust des Zuschlags.

Lohnsenkung mit Brachialgewalt Streik ist die richtige Antwort

Hannover. Nach dem Willen der Geschäftsleitung der Vereinigten Aluminium-Werke (VAW) Hannover soll in einer großen Abgruppierungswelle die gesamte Belegschaft durchschnittliche Lohneinbußen von 200 bis 500 DM hinnehmen. Dieses Vorhaben ist der augenblickliche Höhepunkt in einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die in den letzten Jahren in dem seit 1980 bundeseigenen Unternehmen gegen die Belegschaft durchgesetzt wurden.

Von 1975 bis 1983 wurde die Belegschaft von 2400 auf 1100 reduziert. Der Sonderurlaub für Jubilare wurde gestrichen, ebenso der zusätzliche Urlaubstag, der für jede Woche Winterurlaub gewährt wurde. Die Tarifabschlüsse der beiden letzten Jahre wurden zur Hälfte bzw. ganz auf außertarifliche Zulagen angerechnet, was auch durch Warnstreiks nicht verhindert werden konnte.

Jetzt soll die zum Teil 30 Jahre bestehende Bewertung der einzelnen Arbeitsplätze überarbeitet werden. Begründung: durch technologische Entwicklungen geringere Qualifikationsanforderungen. Ergebnis: Herabstufung um bis zu drei Lohngruppen, Einkommensverluste von 200 bis 500 DM, bei Vorarbeitern bis zu 1000 DM.

Am 31.8. wurde dies dem Betriebsrat in Form von Richtbeispielen als das Ergebnis der Lohngruppenuntersuchung vorgelegt. Am 1.9. informierte dieser mittels eines Flugblattes die Belegschaft. Von der Werksleitung wurden nähere Auskünfte gefordert, was pauschal abgelehnt wurde. Daraufhin trat die Belegschaft um 8 Uhr in den Streik. Gegen 16 Uhr wurden dem Be-

triebsrat 19 Kündigungen wegen Streikbeteiligung überreicht. Die Belegschaft streikte weiter. In Verhandlungen zwischen dem Betriebsrat, der IG Metall, dem Arbeitsdirektor und der Werksleitung wurde gegen 21 Uhr vereinbart: Rücknahme der Kündigungen, Durchführung einer Betriebsversammlung, die Richtbeispiele gelten nur als Verhandlungsgrundlage, Betriebsrat und IG Metall fordern die Beschäftigten auf, weiterzuarbeiten. Gegen 22 Uhr wurde der Streik abgebrochen.

Trotz der Vereinbarungen schlug die Geschäftsleitung am 9. September zu. Der Betriebsratsvorsitzende und dessen Stellvertreter erhielten fristlose Kündigungen. Sechs Änderungskündigungen mit vorläufigem Werksverbot und ca. 600 Abmahnungen mit der Androhung von Schadensersatzforderungen für den entstandenen Produktionsausfall in Höhe von 300000 DM wurden ausgesprochen. Außerdem wurde dem gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper untersagt, seine Sitzungen im Werk durchzuführen. Damit nicht genug. Auf der Betriebsversammlung am 12.9. erklärte Arbeitsdirektor Huthof (ehemaliger Gesamtbetriebsratvorsitzender und IG Chemie-Mitglied), den gesamten Betriebsrat amtsentheben zu lassen.

Für den 15.9. rief der DGB zu einer Solidaritätsdemonstration auf, an der sich 4000 bis 5000 beteiligten. Bis dahin hatten den Betriebsrat schon über 100 Solidaritätsadressen aus dem ganzen Bundesgebiet erreicht. Auf Transparenten wurde ein allseitiges und vollständiges gesetzliches Streikrecht ge-

fordert. Claus Wagner, der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Hannover der IG Metall, sowie das Vorstandsmitglied Hans Janssen vertraten in ihren Kundgebungsreden, daß die bundeseigene VAW mit diesen Maßnahmen nur eine Vorreiterrolle spielen würde, nach der politischen Wende in Bonn jetzt die Wende in den Betrieben eingeleitet und die gewerkschaftliche Kampfkraft zerstört werden solle. Beide maßen dem Ausgang dieser Auseinandersetzung große Bedeutung zu.

Trotz dieser Äußerungen, trotz der großen Kampfbereitschaft der VAW-Belegschaft und einer breiten Solidaritätsbewegung schaut die IG Metall jetzt ziemlich ehrfurchtsvoll auf die Gerichte und verzichtet auf betriebliche Aktionen.

Neben der in vielen Betrieben schon üblichen Praxis, die Tarifergebnisse auf außerbetriebliche Lohnbestandteile anzurechnen, starten die Kapitalisten jetzt sozusagen zwischen den Mahlzeiten zusätzliche Angriffe auf den Lohn. Auch in dem hannoverschen Zweigwerk der Gildemeister AG hat die Geschäftsleitung für nächstes Jahr Arbeitsplatzbewertungen mit dem klaren Ziel der Abgruppierung angekündigt. - (rog)

GHH/MAN Der Konzern wird durchsanierter

Dachau. 4000 Arbeiter und Angestellte hat der GHH-Konzern im vergangenen Jahr bereits entlassen, hauptsächlich in den MAN-Unternehmensbereichen München (Nutzfahrzeugbau) und Salzgitter (Busbau). Mit einem weiteren Sozialplan, den der Vorstand am 4.9. vorgelegt hat, geht es jetzt an die „Sanierung“ weiterer Unternehmensbereiche. Betroffen sind etwa 1000 Beschäftigte im Werk Augsburg (Dieselmotorenbau). Vorerst erweiterte Kurzarbeit – dann doch Entlassungen – bei gleichzeitiger Streichung aller bis jetzt noch übrig gebliebenen übertariflichen Leistungen, dieses Vorgehen ist von München und Salzgitter bekannt.

Vorbereitet und abzusehen war dies mit dem Kauf der dänischen B&W Diesel. Der Marktanteil von MAN/B&W Diesel beträgt mittlerweile 51% bei Zweitaktmotoren und 18,2% bei Vieraktmotoren, das entspricht in etwa einem Wert von 1,8 Mrd. DM. Der GHH-Konzern konnte mit seiner Kapitalexportpolitik seine Marktanteile im Vergleich zum letzten Jahr bedeutend steigern. Er wird den Umsatz von 16,7 Mrd. auf 18,6 Mrd. DM steigern. Der Exportanteil der GHH stieg von 49,7% auf 54,4%, in den MAN-Unternehmensbereichen sogar von 46% auf



4000 bis 5000 nehmen an der Demonstration am 15.9. teil

55%. Das Busmontagewerk in den USA, das Montagewerk in der Türkei, der Dieselmotorenbau in Dänemark, Lizenzunternehmen in allen Ländern, die „günstigere“ Produktionsbedingungen haben, wie z.B. in Südafrika, Kompensationsgeschäfte mit Staatshandelsländern, wie mit der jugoslawischen Firma Avtomontaza, über die MAN in Jugoslawien montierte Busse in Drittländer verkaufen läßt, und Jugoslawien für die erwirtschafteten Kooperationsdevisen von MAN Fernfahrzeuge kaufen muß – das muß dazu führen, daß die Produktion im Inland verringert wird.

Möglichst billig soll das geschehen, die Betriebsräte müssen um jeden Pfennig rechten und die Bestimmungen des Betriebsverfassungsrechtes

sind bei GHH/MAN so selbstverständlich nicht. Vorstandsmitglied W. Thiele, Gesamtmetall-Präsident, läßt sich in seinem Hausbetrieb GHH Oberhausen nur per Gerichtsbeschluß vom Betriebsrat reinreden. Der mußte seine Mitbestimmungsrechte bei Entlassungen und einen Sozialplan erst vor Gericht einklagen, obwohl Thiele einen ganzen Betriebsteil, die Hammer-schmiede, stilllegen lassen will. Und nur vor Gericht konnte der Betriebsrat bei GHH und MAN sich das Recht erstreiten, bei der Einrichtung und Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen mitzubestimmen. Gesamtmetall-Präsident Thiele, der sich durchaus nicht scheut, offen zu sagen, was er von tariflichen Rechten hält, versucht sie jetzt schon in seinem Konzern zu beseitigen. – (dar)

streichen. Unter den Empfehlungen der Kommission finden sich einige wenige, die eine Rücknahme allzu offensichtlicher Behördenschikane bedeuten. So z.B. der Vorschlag, „daß von den Empfängern laufender Sozialleistungen aus Bundesmitteln (Kriegsopfer, Kriegssachbeschädigte usw.) nicht mehr gefordert wird, sich zur Ausstellung von Lebensbescheinigungen persönlich zu den zuständigen Behörden zu begeben ... Stattdessen kann eine Kontrolle durch Datenabgleich zwischen der leistungsgewährenden Behörde und der Meldebehörde vorgesehen werden.“

Das Gros der Kommissionsvorschläge zielt auf Beseitigung von „Investitionshemmissen“, Aufhebung von Wohnungsstandards, Straffung des Staatsapparats auf seine „Ordnungsfunktion“ und Personalabbau im öffentlichen Dienst.

Im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz will die Kommission die Auslegungsfrist des Genehmigungsantrags vor Errichtung genehmigungspflichtiger Anlagen halbiert haben. Von Betreibern solcher Anlagen sollen nicht mehr „dem Stand der Technik entsprechende“ Maßnahmen gegen schädliche Umwelteinwirkungen verlangt werden, sondern nur noch „die für den Betreiber wirtschaftlichste“ Maßnahme. Bei der Entscheidung, ob laufende oder Einzelmessungen schädlicher Emissionen vorgenommen werden müssen, soll ebenfalls nur die für den Betreiber wirtschaftlichste Meßmethode verlangt werden können; „in geeigneten Fällen“ soll der Betreiber die Messungen selbst vornehmen dürfen.

In der Verwaltungsgerichtsordnung soll nach Ansicht der Kommission für technische Großprojekte – ausdrücklich genannt werden Anlagen im Sinn von § 7 Atomgesetz, Flughäfen, große Wasserbauprojekte, Bundesautobahnen, Großabfallbeseitigungsprojekte – ein „Sonderverfahren“ eingeführt werden zwecks Verkürzung des Instanzenwegs auf zwei Instanzen. Die Rechtskraft der Entscheidung könne so schneller herbeigeführt werden.

Im Baurecht schlägt die Kommission unter anderem vor, die Beleuchtungsmöglichkeit von Räumen mit Tageslicht nur noch zu verlangen, „soweit das nach der Nutzung erforderlich ist“. Der Bau „nichtabgeschlossener Wohnungen“ in bestehenden Wohnungen soll erleichtert werden. Bei Modernisierungsvorhaben sollen Bauaufsichtsbehörden nicht mehr verlangen können, daß auch die nicht direkt betroffenen Teile des Altbestandes den Standards der Bauordnung angepaßt werden müssen. Zwecks „Stärkung der privaten Verantwortung“ soll die staatliche Bauüberwachung überhaupt eingeschränkt und Prüfaufgaben frei-

Bayern

„Bürgernahe Verwaltung?“ – mehr Freiheit für kapitalistisches Wirtschaften

Dachau. Die „Kommission für den Abbau von Staatsaufgaben und für Verwaltungsvereinfachung“, 1978 von der bayerischen Staatsregierung „zur Beratung des Ministerpräsidenten“ berufen, hat vor kurzem ihre Arbeit abgeschlossen. Unter dem Vorsitz von Innenstaatssekretär Neubauer hatten elf Kommissionsmitglieder, unter ihnen Vertreter der Industrie- und Handelskammer München-Oberbayern, der Handwerkskammer Niederbayern und des Verbandes der bayerischen Druckindustrie, zu untersuchen, „wo durch entbehrliche oder zu enge Rechts- oder Verwaltungsvorschriften der Verwaltungsvollzug im einzelnen erschwert wird oder die Bürger vermeidbar belastet werden“ und „welche öffentlichen Aufgaben und Ein-

richtungen privatisiert werden können“ (Bericht der Kommission). 3340 Empfehlungen hat die Kommission dem Ministerpräsidenten unterbreitet, 2350 davon seien bereits verwirklicht oder durch Beschuß der Staatsregierung bestätigt, röhmt sich die Kommission.

Die „Süddeutsche Zeitung“ applaudierte: „Amtsschimmel an die Kandare genommen“. Ihr galten als Beweis für die „Bürgerfreundlichkeit“ der Kommissionsarbeit Schmankerl wie der Vorschlag der Kommission, aus der bayerischen „Verordnung über das Verhalten beim öffentlichen Baden“, nach der „mit Geldbuße belegt werden kann), wer vorsätzlich oder fahrlässig ... ohne Badekleidung badet“, die Worte „vorsätzlich und fahrlässig“ zu



Die bayerische Staatsregierung will sich als Vorkämpfer für „Bürgerfreiheit“ gegen „Behördenschikane“ profilieren -- Karikatur aus der Broschüre „Bürgernahe Verwaltung“ der bayerischen Staatsregierung

beruflichen Prüfern übertragen werden.

Beispiel Denkmalschutz: Zur „Verwaltungsvereinfachung“ sollen Gemeinden kein Vorkaufsrecht mehr haben für Grundstücke, auf denen sich Baudenkmäler befinden. Dafür sollen zur „sachgerechteren Nutzung von Baudenkmälern“ in der Bauordnung, der Gaststätten- und Arbeitsstättenverordnung zusätzliche Ausnahmeregelungen aus Gründen des Denkmalschutzes aufgenommen werden.

Mit Vorschlägen wie bei den angeführten Beispielen hat sich die Kommission über Hunderte von Berichtsseiten durch die Geschäftsbereiche aller Ministerien gewälzt. Zur Zielsetzung läßt die bayerische Staatsregierung in einer Broschüre „Bürgernahe Verwaltung“ verlauten: „Der Staat hat dem Bürger den Freiraum für ein Leben in Selbstverantwortung zu lassen, der Bürger muß bereit sein, diesen Freiraum auszufüllen.“ Der „Bürger“, von dem hier die Rede ist, muß schon mehr besitzen als nur seine Arbeitskraft. – (pek)



Jürgen Söncksen, wegen „Boykottaufruf“ fristlos gekündigt.

deration (ITF) genutzt werden. Gleichzeitig sind Pläne und Maßnahmen, Handelsschiffe zum Zwecke der Kriegsführung umzurüsten und/oder einzusetzen, abzulehnen.“ Genau dies sind aber die Absichten des Hapag-Lloyd-Vorstands, dessen Mitglied Prof. Ulken auch Mitglied einiger sich mit Marinefragen beschäftigender NATO-Gremien ist.

Nach der plötzlichen Abberufung des Kapitäns berief die Bordvertretung eine Bordversammlung ein mit der Tagesordnung: 1.) Wahl einer Bordvertretung, 2.) Ablösung von Kapitän Kraft und Konsequenzen für die Besatzungsmitglieder, welche die Friedensresolution unterzeichnet haben. Diese Versammlung begann um 15 Uhr. Die Besatzung forderte vom Vorstand eine Garantie, daß ihr keine arbeitsrechtlichen Maßnahmen wegen des Aufrufes drohten. Da diese Garantie vom Vorstand erst um 20.30 Uhr eintraf, mußte die Versammlung solange tagen und konnte das Schiff erst mit sechsständiger Verspätung auslaufen. Inzwischen hat der Vorstand dem Kapitän nach 30 Jahren Betriebszugehörigkeit gekündigt. – (ano)

Hapag-Lloyd Vorstand geht brutal gegen Gewerkschafter vor

Hamburg. Am 23.8.83 wurde der Kapitän der „Alemannia Express“, Heinrich Kraft, eine Stunde vor Auslaufen des Schiffes aus Bremerhaven von der Geschäftsleitung der Hapag-Lloyd abberufen. Die Begründung des Vorstands: „Vordergründig ging es hierbei um die Entscheidung der Geschäftsleitung, den Kapitän vorläufig abzulösen, um mit ihm ein Gespräch über seine notwendige politische Zurückhaltung in seiner Bordfunktion zu führen.“ Sechs Tage später beantragte der Vorstand beim Seebetriebsrat die fristlose Entlassung des Vorsitzenden des Seebetriebsrats G. Seifert und des Betriebsratsmitgliedes J. Söncksen, weil sie, so der Vorstand, eine „Versammlung von Besatzungsmitgliedern dazu benutzt haben, die planmäßige Abfahrt der ‚Alemannia Express‘ aus Bremerhaven um rd. 6 Stunden zu verzögern“. (Aus Vorstandsrundbrief 29.8.)

Was war vorgefallen? Die Besatzung der „Alemannia Express“ hatte einen Friedensaufruf an die ÖTV formuliert und einschließlich des Kapitäns unterschrieben. In diesem Aufruf heißt es u.a.: „Die Gewerkschaft ÖTV möge sich mit allen Mitteln für einen Boykott gegen die Verladung, Entlöschung sowie den Transport der Nachrüstungswaffen Pershing II und Cruise Missiles einsetzen. Hierzu sollen auch die internationalen Beziehungen zur Internationalen Transportarbeiter Fö-

das notwendige öffentliche Bewußtsein schaffen wolle, so Bischof Hengsbach.

Das Bistum Essen startete zum 1. September einen Modellversuch mit Krupp Stahl in Bochum. Krupp stellte zusätzlich 15 Auszubildende ein, für deren Ausbildungskosten das Bistum aufkommt. Priester zahlen einen „Solidaritätsbeitrag“, um ca. 700000 DM aufzubringen.

Das katholische Jugendamt Bochum unterstützt die Aktion außerbetrieblich, kümmert sich darum, daß die Jugendlichen in christlicher Dankbarkeit auch die rechte christliche Einstellung zur Lohnarbeit bei Krupp entwickeln. Die katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB) startete gleichzeitig in Essen ein weiteres Projekt. 25 junge Mädchen erhalten eine Chance – wie das Bistum das nennt – und werden in einer überbetrieblichen Ausbildungsstätte des KAB zu Bürogehilfinnen ausgebildet. Die praktische Ausbildung erfolgt in kirchlichen Verwaltungsstellen. Die Gesamtkosten der zweijährigen Ausbildung werden aus einem Solidaritätsfond der katholischen Arbeitnehmerbewegung aufgebracht, d.h. aus Spenden ihrer Mitglieder. „Diese Spende soll als ein Zeichen der Mitverantwortung der Arbeitenden mit der jungen Generation angesehen werden“, so die bischöfliche Pressestelle.

Schon seit Anfang des Jahres zahlen Angestellte des bischöflichen Generalvikariats einen Teil ihres Gehalts für vier Ausbildungsstellen in Handwerksbetrieben.

„Wer nicht arbeitslos ist, sollte dankbar sein für seinen Arbeitsplatz und aus dieser Dankbarkeit heraus umso mehr zu Arbeitslosen stehen“, so Bischof Hengsbach. Die Tatsache, daß Arbeit Lohnarbeit für die Kapitalisten ist, verschwindet in der Propaganda der Kirche vollständig.

Die katholische Kirche versucht ganz praktisch, die Verantwortlichkeit für die Arbeitslosigkeit den Arbeitenden zuzuschieben und Kosten, die die Kapitalisten z.B. für Ausbildungsplätze haben, aus Lohnteilen zunächst ihrer Mitglieder zahlen zu lassen.

Erreicht die katholische Kirche das in größerem Maßstab bei den katholischen Lohnabhängigen, wird das große Druck auf die anderen Lohnabhängigen ausüben. Das Bistum Essen propagiert jetzt in seiner Zeitung „Ruhrwort“, daß auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall Mitte Oktober in den Antrag zur Tarifpolitik unter dem Stichpunkt Vermögensbildung aufgenommen wird, daß ein Teil von Lohnerhöhungen als Investitionshilfe für die Kapitalisten zur Verfügung gestellt wird.

Quellenhinweis: Informationen der bischöflichen Pressestelle Essen; „Ruhrwort“, Wochenzeitung in Essen – (mab)

Lehreralltag an einer Berufsschule – Mehrarbeit vom Dienstherrn eingeplant

Stuttgart. Wem ist die Vorstellung nicht bekannt: Hat morgens Unterricht, mittags frei und spielt Tennis. Solche Anschauung des Lehrerberufs wird immer anlässlich von Aktionen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit in der Öffentlichkeit kolportiert; z.B. als die GEW in Baden-Württemberg Juni 1980 die Aktion „Gläserne Schule“ durchführte, um v.a. den Eltern die Arbeitsbelastung und -bedingungen der Lehrkräfte zu zeigen.

Seit 1975 weigern sich die Landesregierungen beharrlich, die Deputate der Lehrer entsprechend der Arbeitszeitverkürzung im Öffentlichen Dienst von 42 auf 40 Stunden zu verringern, sondern packen zu: drei unbezahlte Mehrarbeitsstunden pro Monat können angeordnet werden, Stundenermäßigung für Unterricht unter besonders schwierigen Bedingungen wurden gestrichen, u.a. für die an Berufsschulen reine Ausländerklassen unterrichtenden Hauptschullehrer sowie für die an der gymnasialen Oberstufe Leistungskurse gebenden Lehrkräfte.

Wie sich der Lehreralltag wirklich gestaltet, soll stellvertretend anhand eines Interviews, welches im letzten Schuljahr geführt worden ist, verdeutlicht werden.

Du unterrichtest an einem Kreisberufsschulzentrum mit 2500 Schülern. Wie sieht das praktisch aus?

Ich unterrichte 16 verschiedene Klassen mit insgesamt 440 Schülern; davon fünf Klassen in Berufskollegs, zwei in Fachschulen und neun im Teilzeitbereich. Von 23 Stunden Wochendeputat halte ich 20 Stunden Deutsch. Das bedeutet bei durchschnittlich vier bis sechs Klassenarbeiten pro Jahr, hauptsächlich Erörterungen/Textanalysen, daß 1600 Arbeiten zu korrigieren sind, wozu ich ca. 800 Stunden benötige. Hinzu kommen am Schuljahresende etwa 160 Prüfungsaufsätze im Kolleg mit jeweils rund sechs Seiten sowie 300 Erst- und Zweitkorrekturen im Teilzeit- und Fachschulbereich mit je 2,5 Seiten.

Eine weitere Erschwernis ist, daß ich in allen Jahrgangsstufen der einzelnen Schularten unterrichte, also zwölf verschiedene Lehrpläne mit unterschiedlichen Stoffen behandeln soll. Ein 70 bis 80-Stunden-Woche ist, v.a. bei Junglehrern, die Regel allein für Arbeiten, welche in direktem Zusammenhang mit dem Unterricht stehen. Dazu gehört z.B. die Herstellung von Unterrichtsmaterialien, weil es diese entweder nicht gibt, oder weil die Schulbücher nur zu einem geringen Teil verwendbar sind. Für diejenigen Lehrer,

die fachfremd unterrichten müssen, ist der Vorbereitungsaufwand noch höher, bzw. der Unterricht schlecht, weil das nicht zu schaffen ist. Fast die Hälfte des Unterrichts in allgemeinbildenden und den berufsspezifischen Fächern wird an unserer Schule fachfremd unterrichtet bzw. von Nichtlehrern (Ärzte, Meister, Ingenieure).

Welche Schulverwaltungsarbeiten mußt ihr erledigen?

Als Klassenlehrer von in der Regel zwei bis vier Klassen muß deren Tagebuch geführt werden, d.h. u.a. hinter Entschuldigungen herrennen; Einladungen und Mitteilungen an die Eltern verschicken und deren Empfang kontrollieren; Schülerkarteien und Schulstatistiken ausfüllen, Prüfungen auswerten – für Einzelgespräche und -beratungen bleibt keine Zeit.

Kannst Du uns beispielhaft den Ablauf eines Schultags schildern?

Ein Montag, 5.45 aufstehen, 6.30 Abfahrt Schulzentrum, 7.20 Ankunft, Kaffeemaschine anwerfen, Kopierunterlagen wegbringen, Lehrerfach leeren und durchsehen, noch fünf Minuten die erste Doppelstunde durch den Kopf gehen lassen, Kaffee runterspülen, 7.40 bis 9.15 Doppelstunde im Kolleg. Vergleichende Analyse von Tageszeitungstitelseiten zur Bonner Wende. Hoher Vorbereitungsaufwand für Material und Arbeitsblätter. Gruppenarbeit, Lehrer-Schüler-Gespräch mit Tafelanschrieb, 9.15 bis 9.30 Große Pause, reicht für einen Kaffee. Einige Wortwechsel mit den Kollegen im Lehrerzimmer, lästiger Anruf vom Abteilungsleiter, fliegender Wechsel in die 3.

Aktionen und Beschlüsse der GEW zur Arbeitszeitverkürzung

Stuttgart. Seit Anfang 1978 legt die GEW den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Kampf für die 40-Stunden-Woche. Zur Erzwingung von Verhandlungen werden im Herbst 1979 Warnstreiks beschlossen. In Hamburg werden diese durch das Verwaltungsgericht verboten; in Hessen, Niedersachsen und NRW legen 15000 Lehrer einen Tag die Arbeit nieder, begleitet von einer wütenden Pressekampagne gegen das Streikrecht für Beamte. Am 13.11. suspendiert der niedersächsische Kultusminister Remmers nach dem Aufruf des GEW-Landesvorstandes zur zweistündigen Arbeitsniederlegung sieben Vorstandsmitglieder vom Dienst und verhängt Gehaltskürzungen gegen beteiligte Lehrer. Eine nachgezogene Streikbefragung der GEW Baden-Württemberg im Januar 1980 hat zum Ergebnis, daß sich von 30985

Befragten 11000 äußern und davon 3820 für Streik aussprechen. Unter dem Eindruck der Lehrereinstellungspolitik wird die Begründung der Arbeitszeitverkürzung zunehmend schief. Untersuchungen und Kampagnen zur Arbeitszeit und den Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte, um eine Senkung der Deputate in der Öffentlichkeit wirksam zu begründen, werden nicht organisiert.

Beschluß Gewerkschaftstag 1980 – Auszug:

„... Die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung bleibt unsere zentrale Forderung, weil wir Lehrer unter dem ständigen Druck von Arbeitsüberlastung und Mehrarbeit stehen, und weil wir in der Verteidigung unserer Arbeitskraft und in der Verbindung mit der breiten gewerkschaftlichen Bewegung gegen die wachsende Intensivierung der Arbeit ... die größte Einheit

unter uns Lehrern selbst und mit anderen abhängig Beschäftigten herstellen können ... Für eine grundsätzliche Neuordnung der wöchentlichen Arbeitszeit der Lehrer fordert die GEW, die Unterrichtsstundenverpflichtung in eine feste Relation zur Arbeitszeit im



Fachgruppe Berufliche Schulen auf der 1. Mai-Demonstration '82 in Stuttgart.



Lehrerin bei Nachtarbeit

Stunde. Thema: Stoffsammlung zum Erörterungsthema: Ursachen der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit. Werde mit einem Schwall von Vorurteilen konfrontiert, lebhafte Stunde, 10.20 bis 11.05 Hohlstunde. Essen, Zeugnislisten vorbereiten. 11.15 bis 12.00 Berufsfachschule. Einleitung einer Literaturproduktion zu Brechts „Der Spitzel“, Schüler setzen selbst Text dramatisch fort; macht allen Spaß, 12.00 bis 12.50 Mittagspause. Abholen, Sortieren, Lochen von U-Material für den Nachmittagsunterricht, 12.55 bis 13.40 Die Arzthelferinnen sind wie ich todmüde, reisen z.T. um 4.30 an. Referat über die Ursachen der Spaltung nach 1945, danach Quellenarbeit, Tafelanschrieb.

13.40 bis 13.45 Rennen ins Lehrerzimmer, neues Material für die nächste

öffentlichen Dienst zu setzen. 20 Unterrichtsstunden entsprechen 40 Wochenarbeitsstunden ... Bei der Festlegung der Unterrichtsverpflichtung des einzelnen Lehrers ist seine berufliche Belastung im Unterricht zu berücksichtigen. Daher sind jeder Schule fünf Prozent des Stundensolls als Stundenpool zur Verteilung durch das Kollegium zur Verfügung zu stellen. Kriterien für die Verteilung sollten u.a. sein: Führung einer Klasse, Klassenstruktur ...“

GEW Landesvertreterversammlung Baden-Württemberg Juni 1980:

„Die GEW sieht in einer Umverteilung der Arbeit durch eine generelle und erhebliche Arbeitszeitverkürzung das einzige wirksame Mittel gegen die Massenarbeitslosigkeit. Sie ist mit dem DGB und den anderen Gewerkschaften der Auffassung, daß die Arbeitszeitverkürzung Sache von Tarifverhandlungen ist und bei vollem Lohnausgleich zu erfolgen hat. Jede andere ... käme einer institutionalisierten Kurzarbeit gleich.“

Klasse holen zum Thema: Trivialliteratur am Beispiel eines Cotton-Reißers. Lebhafte Diskussion, wache selber auf, 14.30 bis 14.40 Pausenaufsicht, 14.40 bis 15.25 – die 9. Stunde. Die Schülerrinnen können verständlicherweise nicht mehr ruhig sitzen, betreiben Körperpflege. Biete letzte Reserven auf und inszeniere spontan eine Bundestagswahl. 15.25 stehend k.o. Jetzt noch eine Stunde durchs Verkehrsgewühl, eine Stunde Schlaf, Essen und noch zwei Stunden Vorbereitung. Dasselbe am Dienstag. Den Mittwoch, meinen „freien“ Tag, brauche ich dringend zur Erholung. Ich kenne kein Wochenende mehr. Dort bereite ich die 15 Stunden Montags-/Dienstagsunterricht vor.

Quellenhinweis: Erziehung und Wissenschaft, Lehrerzeitung Baden-Württemberg, versch. Jg. – (maz)

Gefängnisse Zurück zum Verwahrvollzug

Hannover. In der letzten Zeit häufen sich Pressemeldungen über „skandalöse“ Zustände in den niedersächsischen Gefängnissen. Im Mai hatte sich ein 14-jähriger türkischer Jugendlicher erhängt, der in der JVA Vechta in einer Einzelzelle in Untersuchungshaft saß. Die SPD-Landtagsabgeordneten Dehn und Drechsler sprachen von einem „Skandal“, Justizminister Remmers „bedauerte die Selbsttötung zutiefst, die Bediensteten seien von dem traurigen Ereignis überrascht worden“.

Im August brachen sechs Frauen aus der Frauenhaftanstalt Vechta aus. Im Anschluß daran traten eine große Anzahl der einsitzenden Frauen in den Hungerstreik wegen drohender Überbelegung und aus Protest gegen die unhaltbaren Zustände in der Anstalt. Frauen verbarrikadierten sich in ihren Zellen. Die Gefängnisleitung ließ die Zellentür mit einer Motorsäge aufsägen. Nachts wurde stundenlang mit Deckeln u.a. gegen die Zellentüren geschlagen und Lärm gemacht. Daraufhin weilte mehrere Nächte ein männliches Rollkommando in der Frauenanstalt, um jederzeit einzutreten.

Am 2.9. nahm Remmers auf einer Pressekonferenz „zu der in letzter Zeit vielkritisierten Situation der Strafanstalten“ Stellung. Die Zahl der Strafgefangenen würde sich immer weiter erhöhen, z.Zt. ständen 5 888 Plätze 6 088 Gefangene gegenüber, am meisten überbelegt sei Lingen (bis zu 60%). Dabei habe die Landesregierung seit 1979 873 neue Haftplätze geschaffen, für weitere 507 würden gerade die Voraussetzungen geschaffen, Investitionen von rund 120 Millionen seien innerhalb von drei Jahren vorgenommen

worden. Remmers: „Das einfachste wäre, wenn sich alle Menschen anständig verhielten, dann gäbe es keine Überbelegung.“

Wenige Tage später legte der rechts-politische Sprecher der FDP, Fischer, der Presse ein Paket Briefe vor, in denen von brutalen Behandlungsmethoden, unmenschlichen Zuständen und von Verzweiflungstaten der Gefangenen in der JVA Celle I die Rede ist. In einem Brief wird der Selbstmord von mindestens zehn Gefangenen angekündigt, damit das ganze nicht mehr runterspielt werden kann. Das Ministerium erklärt, die meisten Selbstmordversuche seien unter die Rubrik „demonstrative Solidaritätsaktionen“ einzureihen und damit als „nicht ernsthaft“ anzusehen.

In dieses Bild paßt, daß der Landtagspräsident den Besuch einer Gruppe von Gefangenen als Zuhörer abgelehnt hat mit der Begründung, man wolle keinen Landtagstourismus aus den JVA's, sowie die Meldung, der SPD-Ortsverein Celle habe die Aufnahme von Gefangenen in die Partei abgelehnt.

Liest man diese Meldungen und hört man sich in den Gefängnissen um, so kann eins mit Sicherheit festgehalten werden: Die Zeiten des „reformierten Strafvollzugs“ mit all seinen Plänen wie pädagogische Betreuung, therapeutische Angebote und dem Ziel der Re-sozialisierung sind endgültig vorbei. Bestehende Rechte der Gefangenen werden durch die faktischen Zustände immer weiter ausgehöhlt, die Gefangenen wehren sich dagegen verzweifelt. Die Absicht der Bourgeoisie ist klar: ohne Rücksicht auf Verluste zurück zum reinen Verwahrvollzug. – (jem)

Nordsee BGS und Marine üben „praxisnah“

Schleswig. Daß die Nordsee für die Industrie zu einer billigen Müllkippe geworden ist, bestreitet kaum noch jemand. CDU-Politiker von Bund und Land haben seit dem Frühjahr die Linie eingeschlagen, daß Maßnahmen nur was nützen würden, wenn alle Nordseeländer gemeinsam etwas gegen die Verschmutzung unternehmen würden. Am 13.9. tagten zum ersten Mal Vertreter von Norwegen, Schweden, Dänemark, BRD, England, Belgien, Niederlande und Frankreich, um gemeinsame Schritte zu beraten. Was veranlaßte nun gerade die BRD, auf eine solche Konferenz zu drängen?

Tatsache ist, daß an den Stränden Ölrückstände, zeitweise bis 100 m breite Schaumstreifen und immer häufiger „Giftfässer“ angespült werden. Von

129 Ölückstandsproben wiesen 112 Verbrennungsrückstände auf. Elf Proben konnten als reine Rohöle analysiert werden. Seit Ende Juni ist das holländische Luftüberwachungssystem, das mit Ultraviolett- und Infrarot-Geräten arbeitet, für 300 Flugstunden pro Jahr = vier Kontrollflüge pro Woche angemietet, um Erfahrungen zu sammeln. Da die holländische Luftüberwachung aber nur bis zur 50-Meilen-Grenze eingesetzt wird, fliegt die Marine im Rahmen von Ausbildungs- und Einsatzflügen die übrigen Gebiete mit ab.

Ab 1984 sollen zwei DO 28 der Marine offiziell eingesetzt werden. Sie sollen so ausgerüstet werden, daß eine „sichtunabhängige Überwachung“ durchführbar ist. Gleichzeitig hätte das auch einen „Übungseffekt für die Marineflieger“, so P.K. Würzbach vom Verteidigungsministerium. Zimmermann sah dieses ebenfalls für den BGS. So sind seit August zwei 27-Knoten (= 50 km) schnelle Boote des Bundesgrenzschutz vom Typ 157 im Einsatz, bestückt mit jeweils 40-mm-Kanonen.

Weiterhin sind zwei Hubschrauber vom Typ Puma im Einsatz. Zimmermann möchte das erweitern um „vier mit allen Schikanen ausgerüstete Boote“. Die Kosten pro Boot werden mit 30 Mio. DM angegeben. Bund und Nordseeländer haben vorerst 100 Mio. DM für „sechs seegehende Ölbekämpfungsfahrzeuge“, wovon zwei, die „Thorn“ und „Scharhörn“, schon im Einsatz sind, locker gemacht.

Hätten sie tatsächlich Umweltschutz beabsichtigt, so hätten sie z.B. ein Gesetz erlassen können, das Schiffsspülungen und Dünnsäure-Verklappung verbietet. Daran wird aber nicht viel geändert. Nach wie vor können z.B. 60 Liter Öl pro Seemeile und ölhaltige Spülrückstände über Bord gepumpt werden. So bleibt Zimmermanns „Nordsee-Umweltschutz-Initiative“ als Ausbildungs- und Übungsmöglichkeit für BGS und Marine. - (ale)

Kernkraftwerk Wyhl Späth setzt auf den Faktor Zeit

Emmendingen. Der baden-württembergische Ministerpräsident Späth ist bekanntlich für eine Überraschung gut: Am 30.8. machte er lapidar Mitteilung, er stehe mit dem Bau des KKW Wyhl nicht mehr unter Zeitdruck und werde deshalb voraussichtlich nicht sofort nach den Landtagswahlen im März 1984 mit dem Bau beginnen, sondern eher später. Sofort setzten wilde Spekulationen ein: SPD MDL-Lang: „Wyhl ist nun endgültig gestorben“.

Daß „schwarze Wahlkampfmagie“ (die Grünen) im Spiel war, war natürlich jedem klar.

Das ursprünglich mit Bummel-Demonstration auf der Autobahn und Großkundgebung geplante Aktionswochenende vom 18./19.9. zeigte sich ebenfalls stark unter dem Eindruck der Späthschen Zeit-Taktik: An der das Wochenende abschließenden Kundgebung nahmen 5000 teil. (1982 nach dem Mannheimer Urteil: 30000)

Nun hat Späths Verlautbarung absolut nichts mit einem Abrücken von der Kernenergiepolitik zu tun. Es ist schlicht so, daß die Landesregierung von französischer Seite, wo derzeit eine Überproduktion von Strom besteht, ein Angebot bezüglich Strombezug aus dem französischen AKW Fessenheim erhalten hat (wahrscheinlich zu Billigpreisen) und dieses nun nutzt, wobei eben in Sachen Wyhl ein Zeitaufschub herauskommt. Außerdem, und das ist bemerkenswert, muß die Landesregierung eingestehen, daß sich nicht ihre Strombedarfsprognosen, sondern die der Anti-KKW-Bewegung bewährheit haben. Allerdings fügt Späth gleich hinzu, Kernkraft werde eben nicht nur zur Deckung zusätzlichen Strombedarfs benötigt, sondern um andere Energieträger, z.B. Kohle, zu ersetzen: Langfristig sehe er deshalb „keine Chance, auf Wyhl zu verzichten.“

Es fragt sich nun, was für Späth politisch dabei rauspringt, das KKW Wyhl nun für ein, zwei Jahre erst mal aufs Wartegleis zu schieben. Er hat sich inzwischen gezielt ein Image als „CDU-Grüner“ aufgebaut. Er kann für sich nun folgende Kalkulation aufmachen: Die bestehenden Kernkraftwerke arbeiten seit längerem, ohne daß bisher eine Katastrophe passiert wäre. Daß die irgendwann passieren kann, ist ihm ebenso unwichtig, wie den Kohlekraftwerksbetreibern seit 100 Jahren, daß irgendwann die Wälder kaputt gehen werden. Er tritt nun mit seinem Zeitaufschub als vernunftvoller Staatsmann auf, der Kernenergie nicht aus Fanatismus, sondern eben aus „Notwendigkeit“ und „maßvoll“ einsetzt.

Während nun keine tägliche Katastrophe bei den arbeitenden KKW zu verzeichnen ist, ist für jeden sichtbar, daß täglich mehr Tannen sterben. Späth erklärt bereits heute ständig, das katastrophale Waldsterben und die damit signalisierte Umweltbelastung verlange von jedem aufrichtigen Umweltschützer schnellstmögliche Ersetzung der Kohle- durch Kernkraftwerke. Verschrottet er nun außerdem noch Kohlekraftwerke, so führt dies zu einer Verknappung der angebotenen Energiemenge.

Diese Situation wird sich in den nächsten Jahren drastisch entwickeln. So gesehen, arbeitet die Zeit für Späth. - (ads)

Studentenprozesse Abschließendes Urteil gegen Tobias Brückner

Heidelberg. Am 23.8. und 24.8. fand der letzte Prozeß gegen den ehemaligen Fachschaftsvertreter Tobias Brückner vor dem Landgericht Heidelberg statt. Die Anklagepunkte bezogen sich vorwiegend auf die Tätigkeit als Fachschaftsvertreter am Fachbereich Mathematik der Universität Heidelberg. Der Prozeß war der letzte noch nicht abgeschlossene in einer Welle von über 100 Verfahren gegen Studentenvertreter. Für „seine besonderen Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung an der Universität Heidelberg“ hat Rektor Niederländer vor einigen Monaten das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse erhalten, das neben Ruhm und Zierde auch eine stattliche Geldsumme für den Empfänger bedeutet.

Gegen T.Brückner waren die meisten Verfahren eingeleitet worden. Von Anfang an war es das erklärte Ziel der Staatsanwaltschaft, eine hohe Gefängnisstrafe ohne Bewährung durchzusetzen. Das jetzige Urteil, welches sämtliche Vorverurteilungen einschließt, lautet auf Strafen zu 7 Monaten Gefängnis, 11 Monaten Gefängnis und 33000 DM Geldstrafe. Die beiden Freiheitsstrafen wurden zur Bewährung ausgesetzt. Die Geldstrafe muß in monatlichen Raten zu je 650 DM bezahlt werden. Der Staatsanwalt hatte 5 Monate Gefängnis mit Bewährung, 14 Monate Gefängnis ohne Bewährung und 41000 DM Geldstrafe als „Endabrechnung“ beantragt. Im Plädoyer sagte der Staatsanwalt, daß die Vollstreckung einer Freiheitsstrafe unabdingbar sei. Es könne nicht angehen, daß der „General“ (womit er den Angeklagten meinte), am Ende mit „einer weißen Weste dastünde“.

Die angeklagten Vorfälle hatten in 1. Instanz jeweils zu wesentlich höheren Strafen geführt. So wurde T. Brückner wegen seiner Beteiligung an einem Klausurenboykott und damit in Zusammenhang stehenden Vorgängen zu 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt. Wegen öffentlicher Aufforderung zu strafbaren Handlungen verhängte die 1. Instanz 11 Monate Gefängnis o.B. Diese Strafen konnten von der Staatsanwaltschaft in mehreren Berufungsverhandlungen nicht gehalten werden. Unter anderem hatte das Oberlandesgericht zwei Urteile des Landgerichts aufgehoben, weil in diesen die Verhängung kurzer Freiheitsstrafen (1 bis 3 Monate) nicht begründet gewesen sei. In diesen Fällen verhängte das Gericht jetzt Geldstrafen. Teuer genug! - (lob)

Schwere Arbeit bei hoher Konzentration bringt erheblichen gesundheitlichen Verschleiß

Hamburg. F: An was für einer Kasse arbeitest Du?

A: Ich arbeite in Hamburg bei Karstadt in der Lebensmittelabteilung an einer elektronischen Kasse, wo die Preise eingetippt werden. Die Tasten sind leichtgängig. Ich sitze an einer „Band-Boxen-Kasse“, d.h. ich muß die Waren, die ich eingetippt habe, in die Boxen gleiten lassen. Die sind aber abgeschrägt, so daß ich die schweren Teile abfangen muß. Ich kann ja nicht zwei Colaflaschen aufeinanderdonnern lassen oder eine Dose Erbsen auf den

Jahren. Im Nacken merk ich noch nichts, aber im Rücken, in den Schultern und bei den Augen. Abends weiß ich nicht mehr, wie ich sitzen soll. Die Kolleginnen, die das lange machen, haben kaputte Wirbelsäulen, viele auch rheumatische Beschwerden. Eine ältere Kollegin hat jetzt gerade eine Gelenkentzündung in der Schulter. Das macht die einseitige Arbeit und die ständige Zugluft. Die Kaufhäuser sind immer als große Hallen gebaut, die Kunden sollen überall hinkönnen und durch nichts gehindert werden.



Bis zu vier Tonnen täglich muß die Kassiererin umpacken.

Käse z.B., das gibt dann Matsch. Das mach ich mit der linken Hand. Mit der rechten tippe ich. Die linke Hand muß also die ganze Zeit erhebliche Lasten bewegen, die rechte verrichtet statische Arbeit, dabei muß sie immer hoch gehalten werden, die Tasten sind nämlich nicht in Sitzhöhe, sondern höher. Das allein ist schon sehr anstrengend.

Der Kopf ist dauernd in Bewegung, weil ich erst auf den Preis der Ware sehe und dann auf der Kassenanzeige kontrollieren muß, ob er richtig eingetippt ist. Blindtippen haben wir damals nicht gelernt, da war keine Zeit zu. Das ist dann ein ständiger Wechsel für die Augen von kleiner zu großer Schrift. Viele Kolleginnen haben Kopfschmerzen und Einschlafstörungen. Es ist eine hohe nervliche Belastung.

F: Was sind denn die Langzeitauswirkungen dieser Arbeit?

A: Ich mach das seit sechseinhalb

F: In den Lebensmittelläden sitzen die Kolleginnen direkt an den Ein- und Ausgangstüren an den Kassen. Wie ist das denn in den großen Kaufhäusern?

A: Wir haben eine Klimaanlage. An den Decken hängen die Püster, aus denen ständig entweder kalte oder warme Luft rausströmt. Wenn du genau unter dem Püster sitzt, sitzt du entweder acht Stunden lang im Zug – oder du erreichst, daß er ausgestellt wird, dann erstickst du fast. In den Lebensmittelabteilungen strömen zusätzlich die Kühltruhen kalte Luft aus. Wenn du in deren Nähe arbeiten mußt, weil dort die Kasse steht, kannst du dich nicht bewegen, du kannst nicht auf- und abgehen wie die Kunden. Da ist der kleinste Zug schon unangenehm.

F: Wie hat sich die Arbeit an den Kassen in den letzten Jahren geändert?

A: Vor sechs Jahren hatten wir noch elektromotorische Kassen. Da war die

Tastatur schwerer zu bedienen, die Kasse brauchte länger, die einzelnen Preise zu registrieren. Die elektronischen Kassen sind viel schneller. Das bedeutet, daß wir heute viel mehr Waren bewegen müssen als früher. Es hat sich aber auch die Personaleinsatzplanung erheblich geändert. Durch Untersuchungen haben sie herausgefunden, wieviele Kassiererinnen die Geschäftsleitung an welchen Tagen und um welche Uhrzeit braucht. Insgesamt sind heute weniger Kassiererinnen beschäftigt als zu meiner Anfangszeit. Heute werden einfach zu den Verkaufsspitzen Teilzeitkräfte eingestellt, dadurch bauen sich die Staus schneller ab. Dafür sind die Kassen in den normalen Zeiten weniger besetzt und die Kassiererinnen, die vollzeit arbeiten, haben keine ruhige Minute mehr.

F: Gibt es bei Euch auch Arbeit auf Abruf, wo also die Arbeitszeit nicht festgelegt ist und der Einsatz ganz kurzfristig erfolgt?

A: Nur verdeckt. Die, die z.B. eingestellt sind, um die Pausen zu überbrücken, von 10 Uhr bis 16 Uhr, werden kurzfristig aufgefordert, länger zu arbeiten. Aber bei uns bestehen feste Verträge und unter den Kolleginnen ist auch die Meinung, daß man sich nicht hin- und herschieben lassen darf. Es ist aber darum ständiger Kampf. Jetzt hat die Geschäftsleitung z.B. die neuen Kolleginnen von 12 Uhr mittags bis 19 Uhr eingestellt, weil morgens nicht so viel zu tun ist. Das ist ein einziger Schlauch, morgens schaffst du kaum die Hausarbeit, dann von montags bis samstags arbeiten und gerade mal sonntags frei.

F: Zu was für Arbeitszeiten wird denn überhaupt bei Euch gearbeitet?

A: Wir sind gut 20 Kassiererinnen mit 15 verschiedenen Arbeitszeiten. Die Vollzeitbeschäftigen arbeiten alle zur gleichen Zeit, die anderen haben jeweils eine andere Arbeitszeit.

F: Wird die Auffassung verbreitet, diese Sorte Teilzeitarbeit sei ja günstiger Zuverdienst, auch wegen der niedrigen Abzüge?

A: Also, bei uns stellt die Geschäftsleitung gar keine Kassiererinnen in Vollzeit mehr ein. Die Kolleginnen wollen aber meist voll arbeiten oder wenigstens so, daß sie nicht sechs Tage in der Woche von 12 Uhr bis 19 Uhr arbeiten müssen. Sie sind dazu aber gezwungen, weil sie arbeitslos waren und nichts anderes gefunden haben. Die HBV ist gegen die Teilzeitarbeit. Die Arbeitszeit muß eher insgesamt so verkürzt werden, daß man auch berufstä-

tig sein und trotzdem Kinder großziehen kann.

F: Was habt Ihr von den neuen Scannerkassen zu erwarten?

A: In unserer Lebensmittelabteilung sind die noch nicht eingeführt. Diese Kassen registrieren noch schneller. Außerdem müssen dann wirklich alle Waren über das Leseloch bewegt werden, ich kann einen Sechserpack Bier dann nicht mehr im Wagen lassen, wenn ich den Preis weiß. Die Arbeit wird dadurch noch erheblich anstrengender. Stupider wird es wohl auch, da das Eintippen ganz wegfällt.

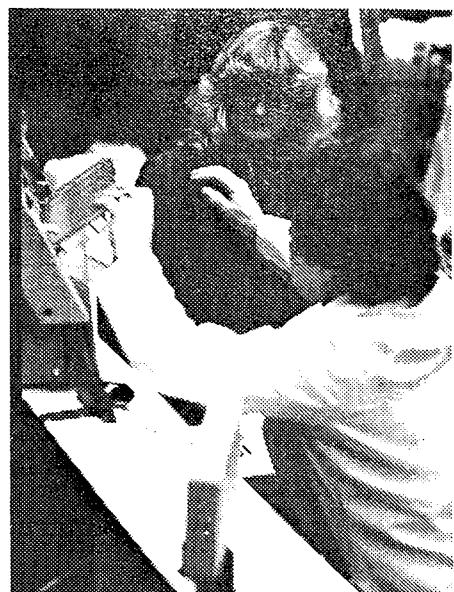
Außerdem kann über die Scannerkassen die Leistungskontrolle der einzelnen Kassiererinnen durchgesetzt werden. Dann muß man sich mit Personalnummer an- und abmelden, die Uhrzeit wird jeweils gemessen und es ist eine genaue Kontrolle der Kassierleistung möglich. Jetzt ist das viel schwieriger, weil wir ja zwischenzeitlich mal abgezogen werden, z.B. zum Bedienen. Unser Betriebsrat wird der Einführung dieser Kassen solange nicht zustimmen, wie darüber Leistungskontrollen möglich sind.

F: Was weißt Du über die Praktiken verschiedener Lebensmittelketten, die Kassiererinnen durch falsche Eingruppierung um Lohn zu betrügen?

A: Es kommt häufig vor, daß Frauen als Kassiererinnen arbeiten, aber als Verkäuferinnen bezahlt werden. Das bedeutet einige hundert Mark weniger Lohn. Bei uns haben sie eine zeitlang versucht, Frauen als „Verkäuferinnen/Kassiererinnen“ einzustellen. Die standen dann die meiste Zeit an der Kasse, erhielten etwas mehr Lohn als eine Verkäuferin. Wir haben dann aber mit dem Betriebsrat durchgesetzt, daß sie auch richtig als Kassiererin bezahlt werden mußten. Im Moment könnten sie das bei uns nicht machen. Jetzt werden aber mit Vorliebe junge Frauen eingestellt mit wenigen Berufsjahren, weil denen erheblich weniger gezahlt werden braucht, z.B. im ersten Berufsjahr nur 1830 DM statt 2391 DM nach fünf Berufsjahren.

F: FDP und CDU beginnen wieder eine Kampagne für die Änderung der Ladenschlußzeiten. Was hältst Ihr davon?

A: Da sind die Kollegen so eindeutig dagegen und einer Meinung, wie an kaum einem anderen Punkt. Die HBV wird das auch überhaupt nicht hinnehmen. Ich bin jetzt z.B. auch erst abends um 20 Uhr zu Hause, weil ich eine Stunde Fahrtweg habe. Meine Tochter sehe ich dann abends nicht mehr. Besuche oder Kino oder Musik-



Verrenkung beim Geldnachfüllen.

veranstaltungen – all das nehmen sich die meisten Kolleginnen schon gar nicht mehr vor. Eine Gefahr ist allerdings, daß die Ausweitung der Teilzeitarbeit dazu führen kann, daß die Kolleginnen, die einfach mehr verdienen müssen, dazu gebracht werden können, länger zu arbeiten, weil einfach das Geld nicht reicht. – (mek, grk, how, wos)

Positionen der HBV zur Arbeit im Einzelhandel

Auf ihrem letzten Gewerkschaftstag nahm sich die Gewerkschaft HBV besonders der Frauenarbeitslosigkeit an. In ihrem Beschuß dazu heißt es: „Die Ursachen liegen vor allem im geringen und eingleisigen beruflichen Qualifikationsniveau, das den Frauen relativ wenige Berufsbereiche öffnet und ihnen den Zugang zu Berufen und Tätigkeiten mit anspruchsvollen Anforderungen, selbständigen Entscheidungsbereichen und höherer Eingruppierung weitgehend verwehrt ... 77% aller berufstätigen Frauen sind in nur 16 Berufen tätig, die zudem besonders stark von Umstrukturierung und Arbeitsplatzvernichtung betroffen sind.“ Der Beschuß zur Teilzeitarbeit ergänzt dazu: „Nicht eine zunehmende Zahl von Teilzeitarbeitsplätzen, sondern die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle Arbeitnehmer wird die anhaltend hohe Frauenarbeitslosigkeit beseitigen und für die Frauen das Recht auf Arbeit, qualifizierte Aus- und Weiterbildung und soziale Sicherheit verwirklichen.“

Es wird u. a. gefordert: Einbeziehung der Teilzeitbeschäftigen in die gesetzliche Sozialversicherung, Einbeziehung in die manteltarifvertragli-

chen, vermögenswirksamen und sondertarifvertraglichen Leistungen.

Zur Neuordnung der Ausbildung im Einzelhandel liegt ein Beschuß vor, der gegen die Stufenausbildung gerichtet ist: „Die Ausbildung im Einzelhandel soll in einer einheitlichen Ausbildungsordnung zusammengefaßt werden und drei Jahre dauern. Der Beschuß muß für alle Auszubildenden einheitlich sein. In der Übergangszeit



HBV-Warnstreik vor Hertie, 1981.

fordern wir die Betriebsräte auf, ihr Initiativrecht nach § 98 Betriebsverfassungsgesetz dahingehend geltend zu machen, daß nur noch dreijährige Ausbildungsverhältnisse abgeschlossen werden.“

Im Beschuß „Aufgaben, Grundlagen und Zielsetzung der HBV-Tarifpolitik in den 80er Jahren“ heißt es: „Mit besonderem Nachdruck ist auf die Beseitigung der Einkommens-Benachteiligung hinzuwirken, die für die Arbeitnehmer des Handels gegenüber den Einkünften vergleichbar qualifizierter Arbeitnehmer in der übrigen Wirtschaft bestehen.“ Ein praktischer Schritt in diese Richtung ist die momentane HBV-Aktion „Gerechte Eingruppierung“.

„Mehr als 500 Beschäftigte sind im Hamburger Einzelhandel falsch oder überhaupt nicht eingruppiert: Sie haben im Monat bis zu 420 DM weniger in der Lohntüte, als ihnen zusteht. An diesem ‚Lohnklau auf unsere Kosten‘, wie Betroffene es nennen, sind die Supermarktketten Aldi, Bolle, Deutscher Supermarkt, Rewe-Leibbrand und Woolworth beteiligt.“ Dem will die HBV einen Riegel vorschließen. Dem „Lohnklau“ in und um Hamburg wird jetzt öffentlich und gerichtlich auf die Finger geklopft!

Gehalts- und Lohnregelung zur Eingruppierung

„Die Arbeitnehmer werden in Gehalts- und Lohntarifverträgen in verschiedene Lohn- und Gehaltsgruppen eingeteilt. Für die Eingruppierung kommt es auf die tatsächlich verrichtete Tätigkeit an. Bei vorübergehender, aber nicht länger als sechs Wochen dauernder Beschäftigung in einer höheren Gruppe besteht kein Anspruch auf Bezahlung nach den Sätzen der höheren Gruppe.“ (Manteltarifvertrag HBV Einzelhandel Landesbezirk Nordmark, § 6)

Gehaltsgruppe der Verkäuferinnen, auch wenn sie kassieren

im 1. Berufsjahr	DM 1357
im 2. Berufsjahr	DM 1357
im 3. Berufsjahr	DM 1379
im 4. Berufsjahr	DM 1432
im 5. Berufsjahr	DM 1508
im 6. Berufsjahr	DM 1610
im 7. Berufsjahr	DM 1777
im 8. Berufsjahr	DM 1971
Angestellte mit einer Abschlußprüfung nach dem 1.5. 1980 werden in das dritte Berufsjahr eingestuft.	

Gehaltsgruppe der Kassiererinnen, wenn sie überwiegend kassieren

im 1. Jahr der Tätigkeit in dieser Gruppe	DM 1831
im 2. Jahr...	DM 1847
im 3. Jahr...	DM 1949
im 4. Jahr...	DM 2045
im 5. Jahr...	DM 2124
im 6. Jahr...	DM 2391
(Gehaltstarifvertrag HBV Einzelhandel Landesbezirk Nordmark).	

Gesundheitliche Auswirkungen der Kassiererinnenarbeit

„An keinem der untersuchten Kassentische war erkennbar, daß bei deren Konzeption und Herstellung primär von den anthropometrischen Körpermaßen ausgegangen wurde, obwohl das Gesetz über technische Arbeitsmittel in seinem § 3 ausdrücklich sagt, daß technische Arbeitsmittel „nur in den Verkehr gebracht werden dürfen, wenn sie nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik so beschaffen sind, daß Benutzer gegen Gefahren aller Art für die Gesundheit geschützt sind.““

„So sind die Beleuchtungsstärke sowie Helligkeit und der Kontrast der Warenanzeige (Preisanzeige) einschließlich der Intensität der Anzeige nicht optimal. Allein die Auf-

gabe der fehlerfreien Preisregistratur stellt einen Zwang zu hoher ununterbrochener Aufmerksamkeit dar, die weder vermeidbar ist, noch zeitlich begrenzt werden kann... Die Überforderung der Kassiererinnen durch diese Einflußfaktoren führen zu psychischer Ermüdung, die sich nicht nur im Nachlassen der Leistungsmenge äußert, sondern auch im Nachlassen der Leistungsqualität.“

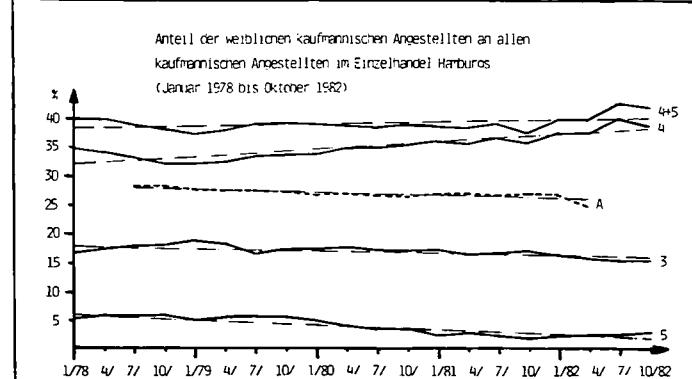
„Es ergibt sich, daß bei der Umpackmethode 33% der Kassiererinnen angaben, diese Arbeit sei etwas anstrengend, 8% sie sei zu anstrengend, 17% der Kassiererinnen gaben an, daß es sehr anstrengend sei. Damit ist diese Arbeit für mehr als die Hälfte etwas bis sehr anstrengend.“

„Hinsichtlich eines neuen optimierten Kassentisches wird aus den Ergebnissen der Felduntersuchungen... der Vorschlag gemacht, am neuen Kassentisch die Kassiererin mit Blickrichtung zum Kunden zu postieren, eine Rücken- und Seitenabschirmung vorzusehen, die schallabsorbierend ausgeführt sein sollte und einen Flächenheizkörper enthalten sollte, den Kassentisch für sitzende Arbeitsweise auszuführen und die Kassiererin durch ein Podest so hoch zu setzen, daß die Augenhöhe der Kassiererin und des Kunden in etwa eine horizontale Linie bilden...“

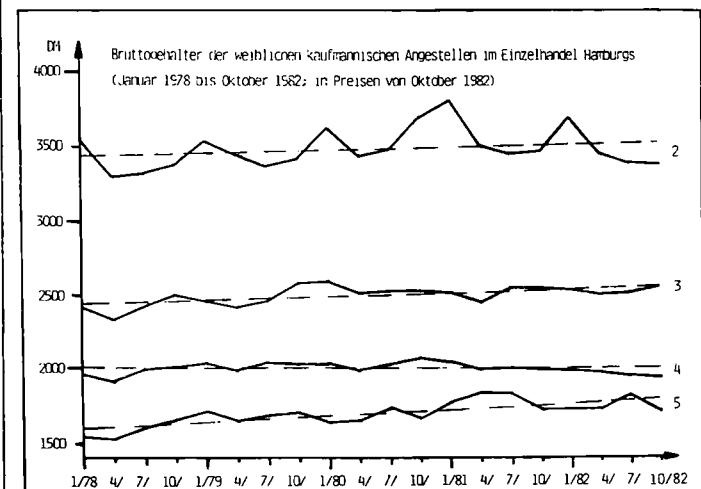
(Alle Zitate aus: Menschen-gerechte Gestaltung des Kassiererarbeitsplatzes in Selbstbedienungsläden von H. U. Bitsch, T. Peters im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, 1982)



Verkaufen und kassieren



In den „weiblichen kaufmännischen Angestellten“ sind nicht die Teilzeitangestellten erfaßt. (1982 waren ca. 35% aller weiblichen Angestellten im Einzelhandel Hamburgs teilzeitbeschäftigt.) Die mit 3, 4, 5 bezeichneten Kurven beziehen sich auf entsprechende „Leistungsgruppen“, wie sie in der Statistik ausgewiesen sind. Die Kurve 4/5 meint die Summe von 4 und 5. Die Kurve A bezeichnet den Anteil aller Arbeiter und Arbeiterinnen an den Beschäftigten im Einzelhandel Hamburgs. Die zu jeder Kurve gezeichnete gestrichelte Gerade gibt die durchschnittliche Tendenz wieder (lineare Regression).



Der erfaßte Personenkreis ist mit dem im ersten Schaubild identisch. Wie dort sind auch hier die Teilzeitbeschäftigte nicht erfaßt. Die eingetragenen Bruttogehälter sind Effektivgehälter, es sind also zusätzliche Zahlungen wie z.B. Urlaubsgeld, Überstundenbeträge usw. darin enthalten. Entsprechend dem „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ sind die angegebenen Gehälter auf den Stand von Oktober 1982 umgerechnet.

In der Zusammensetzung der im Einzelhandel Hamburgs Beschäftigten scheint sich folgendes abzuspielen: durch Zentralisierung und Rationalisierung in der Lagerhaltung (Kaufhausketten besitzen im wesentlichen nur Regionallager) sinkt der Arbeiteranteil um immerhin 2,8% im untersuchten Zeitraum. Ebenfalls sinkt der Anteil der „ungelernten (weiblichen) Angestellten“ (Leistungsgruppe 5) um 4,3%, der der „ausgebildeten Angestellten in einfacher Tätigkeit“ (Leistungsgruppe 4) steigt dagegen um 5,9% und der der „Angestellten mit erweiterten Fachkenntnissen“ (Leistungsgruppe 3, z.B. Kassiererinnen) fällt um 2,3%. Auf Grund von Änderungen in der Tätigkeit (wie z.B. bei den Kassiererinnen) wird ein Teil der Le-

istungsgruppe 3 von den Einzelhandelskapitalisten in die Leistungsgruppe 4 gesteckt.

Bis auf die Leistungsgruppe 4 steigen in allen Leistungsgruppen die preisbereinigten Gehälter, am stärksten in der Leistungsgruppe 5 um 205 DM (tendenziell, im untersuchten Zeitraum). Darin drückt sich unserer Meinung nach die Tarifpolitik der HBV aus, die den unteren Lohngruppen besondere Bedeutung zugemessen hat. – Bei der Entwicklung der Gehälter muß berücksichtigt werden, daß dies Bruttogehälter sind, also vor Abzug der Steuern und Sozialabgaben.

Quellenhinweis: Statistische Berichte. Reihe A VI 5, Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer, 2/78 bis 1/82 (Hamburg); Reihe N 1, Verdiente und Arbeitszeiten in Industrie und Handel in Hamburg, 1/78 bis 4/82; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd. Ausgaben

Chile: Anklage gegen Seguel

Seit dem 5. Protesttag in Chile am 8. September hält die Junta den Gewerkschaftsführer der Kupferarbeiter Rodolfo Seguel in Haft. Von Beginn seiner Inhaftierung an ist Seguel im Hungerstreik. Er ist jetzt angeklagt worden wegen Beleidigung Pinochets. Auch nach dem 8.9. wurden die Protestaktionen in mehreren Städten Chiles fortgesetzt. Die Regimetruppen töteten mehrere Demonstranten. Als am 10.9. sich über 10000 dem Trauerzug für den vom Regime ermordeten Miguel Zavala anschlossen, schoß die Polizei mit Maschinengewehren in den Zug. Nach den Unterdrückungsmaßnahmen der Junta erklärte die Demokratische Volksallianz, in der die Christdemokraten die Führung haben, daß es ihr schwerfalle, den Dialog mit dem Regime fortzuführen. Der Erzbischof von Santiago forderte dann auch von den Demonstranten, sich bei Protesten von Gewalttaten der Demonstranten zu distanzieren. Die kürzlich gegründete Demokratische Volksbewegung, an der sich die Kommunistische Partei, die MAPU, die christliche Linke, Teile der So-

Hungerstreik in türkischen Gefängnissen

Nach dem Hungerstreik von mehr als 2500 politischen Gefangenen, der am 39. Tag nach ständiger Terrorisierung der Gefangenen durch die Militärs abgebrochen wurde, ohne daß auch nur eine einzige Forderung erfüllt worden wäre, haben am 2. September die Gefangenen im Militärgefängnis Diyarbakir einen Hungerstreik begonnen. In Diyarbakir sind hauptsächlich Mitglieder und Sympathisanten kurdischer Befreiungsorganisationen inhaftiert. Die Haftbedingungen sind noch grausamer als in den anderen Militärgefängnissen. Bereits im März waren in Diy-



arbakir nach einem Hungerstreik mehrere Gefangene von den Militärs ermordet worden. In mehreren Gerichtsverhandlungen gegen verschiedene kurdische Organisationen erklärten am 6. und 7.9. die An-

geklagten, daß sich inzwischen mehr als 2000 Gefangene an dem Hungerstreik beteiligen. Mehrere Angeklagte wurden daraufhin verprügelt und blutend aus dem Verhandlungssaal getragen. Abends betrat eine Armeeinheit das Gefängnis und kurze Zeit später waren Schüsse und Schreie zu hören, es wird berichtet, daß zwei Gefangene dabei ermordet und 30 verletzt worden seien. – Gefangene, die versuchen, vor den Gerichten über die Haftbedingungen und erlittene Mißhandlungen zu sprechen, werden an ihre Folterer (die Gefängnisverwaltung) als Beschwerdeinstanz verwiesen. Bild: Militärpolizei auf Streife in Türkisch-Kurdistan.

zialistischen Partei und andere Organisationen beteiligen, hat die Führung eines Dialogs mit dem Regime abgelehnt und den sofortigen Rücktritt Pinochets gefordert.

Argentinien: Streikwelle

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst führen zahlreiche Streiks durch. Stunden- oder tageweise streiken die Steuer- und Zollbeamten, die Lehrer,

die Beschäftigten bei der Bahn und den Kommunen. Der Streik der Zollbeamten hat dazu geführt, daß im Hafen von Buenos Aires mehr als 60 Schiffe nicht abgefertigt werden. Bei einer Jahresinflation von 220% hatte das Regime Ende März die Löhne und Gehälter nur um 12% erhöht. Unter dem Druck der Streiks hat der Arbeitsminister vorgeschlagen, den Mindestlohn von 1600 auf 2500 Pesos heraufzusetzen.

Italien: Hungerstreik in Gefängnissen

Tausende Gefangene sind in verschiedensten Gefängnissen Italiens in den Hungerstreik getreten. Sie fordern u.a. die Abschaffung des aus der Zeit des Faschismus stammenden Strafgesetzbuches, die Abschaffung der Anti-Terror-Sondergesetze, die eine Untersuchungshaft bis zu 11 Jahren ermöglichen, die Durchführung einer Gefängnisreform und die Beseitigung der teilweise katastrophalen Haftbedingungen. Begonnen hatten den Hungerstreik die Frauen des römischen Gefängnisses Rebibbia Ende August. Den Forderungen des Hungerstreiks haben sich außerdem tausende Häftlinge in über hundert Gefängnissen angeschlossen; sie weisen das Gefängnissen zurück, nehmen aber Nahrungsmittel von Freunden und Verwandten zu sich. Schon im letzten Jahr hatte es in italienischen Gefängnissen erbitterte Kämpfe für die Forderungen gegeben.

Ost-Timor: Offensive gegen FRETILIN

Die indonesische Regierung hat über Ost-Timor den Belagerungszustand verhängt und weitere große Militärverbände mit Bombern, Hubschraubern und Kriegsschiffen aufgeboten, um die Befreiungsbewegung FRETILIN (Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit von Ost-Timor) endgültig zu zerschlagen. 1975 hatte die FRETILIN die Unab-

hängigkeit der früheren Kolonie Portugals Ost-Timor erkämpft. Kaum hatten die portugiesischen Kolonialtruppen das Land verlassen, besetzten indonesische Truppen Ost-Timor. Die indonesische Annexion Ost-Timors, von den Vereinten Nationen bis heute nicht anerkannt, konnte den Befreiungskampf der FRETILIN in den letzten acht Jahren nicht

zerschlagen, trotz erdrückender indonesischer Übermacht und weitestgehender Blockade der FRETILIN-Kämpfer von Nachschub und jeglichen Außenverbindungen. Die jetzige Offensive der indonesischen Armee ist offensichtlich die Antwort auf jüngste Erfolge der FRETILIN gegen die indonesischen Besatzungstruppen. Denn nach verschiedenen Presseberichten mußten der indonesische Militärdirektor und der Gouverneur für Ost-Timor im März dieses Jahres ein Waffenstillstandsabkommen mit dem FRETILIN-Chef Gusmao unterzeichnen. Als Vorbedingung hatte die FRETILIN verlangt, die indonesische Regierung solle die UNO informieren, daß sie mit der FRETILIN verhandeln wolle und in dem Gebiet eine Volksabstimmung unter UN-Kontrolle durchgeführt werden solle. Die indonesische Zentralregierung akzeptierte den Waffenstillstand jedoch nicht und hat inzwischen auch den Gouverneur, Mitunterzeichner des Abkommens seines Amtes entthoben.



Neuer Tarifvertrag bei Chrysler-USA

Für 56000 Beschäftigte bei Chrysler sollen bis Oktober 1985 die Löhne um insgesamt 2,42 Dollar pro Stunde erhöht werden. Das sieht ein vorläufiger Tarifvertrag vor. 1,12 Dollar sind davon Auszahlungen von jahrelang zurückgehaltenen Lohnangleichungen an die Inflation. Nach Lohnzugesständnissen lagen die Chrysler-Beschäftigten um 2,50 Dollar unter dem Lohn der Ford- und GM-Arbeiter.

Libanon

Die Truppen der NATO-Staaten greifen die PLO und Syrien an

Seit zwei Wochen schießen die im Libanon und neuerdings auch im Mittelmeer vor der libanesischen Küste stationierten multinationalen „Friedentruppen“ „zurück“. Kaum hatten sich die israelischen Besatzungstruppen aus der Region um Beirut in den Teil Süddelanons zurückgezogen, der die israelische „Sicherheitszone“ bilden soll, da begannen zunächst die US-amerikanischen Truppen im Libanon, danach auch die französischen Truppen Aufklärungsflüge in Regionen, in denen sie – nach ihren beim Einmarsch erklärten Absichten – überhaupt nichts zu suchen hatten. Die aus den Soldaten der vier NATO-Staaten USA, Frankreich, Großbritannien und Italien zusammengefaßte 4700 Mann starke Truppe war in den Libanon einmarschiert unter dem Vorwand, den Abzug der Palästinenser aus Beirut zu überwachen und die verbleibenden Palästinenser vor den Angriffen durch israelische und reaktionäre libanesische Truppen zu schützen.

Jetzt begründet der Kommandierende der 6. US-Flotte im Mittelmeer Martin die Angriffe von US-Schiffen auf Stellungen der Drusen, Syrer und Palästinenser in nicht von Israel besetzten Gebieten mit der Behauptung, die „erfolgreiche Verteidigung der Region durch die libanesische Armee sei lebenswichtig für die Sicherheit des US-Personals in Beirut, einschließlich der Marineinfanteristen im Libanon, des anderen militärischen Personals der USA und der US-Diplomaten im Libanon“.

Der französische Außenminister Cheysson bekräftigte am 19. September, daß die französischen Truppen in Beirut „Vergeltungsmaßnahmen“ ergreifen würden, wenn sie angegriffen würden. Gleichzeitig gab der derzeitige israelische Kriegsminister Arens bekannt, Israel könne auf keinen Fall dulden, daß sich in den Gebieten nördlich der israelischen Besatzungstruppen Palästinenser und andere Kräfte aufhielten, die Israel feindlich gesonnen seien.

Alle Maßnahmen der NATO-Truppen im und vor dem Libanon deuten darauf hin, daß die „Friedenstruppe“ nun zur vollständigen Zerschlagung der PLO und der vereinigten Streitkräfte von Libanesen und Palästinensern schreiten wollen. Die Streitkräfte der Drusen gehören dieser Truppe nach wie vor an, die vereinigten Streitkräfte führen und führen immer wieder Anschläge auf die israelischen Be-

satzungsstreitkräfte durch, die die israelischen Truppen im Verlaufe des vergangenen Jahres mindestens 300 Tote und einige hundert Verletzte gekostet hat.

Vor der libanesischen Küste ziehen die USA, Frankreich und Großbritannien deshalb ein Flottenaufgebot zusammen, das in seiner Schlagkraft die britische Flotte vor Argentinien in den Schatten stellt. Allein der US-Flugzeugträger „Eisenhower“ ist mit 80 Hubschraubern und Aufklärungsflugzeugen und 24 Jagdflugzeugen F-14 bestückt, auf seiner Begleitflotte sind mehr als 2000 Marineinfanteristen aufgeboten.

Die französische Regierung hat inzwischen zwei kleinere Flugzeugträger vor die libanesische Küste entsandt. Am 19.9. berichtete die „FAZ“: „Die britischen Flugzeugträger ‚Hermes‘ und ‚Illustrious‘ sind am Samstag mit



Weinberger inspiziert die „New Jersey“ kurz vor ihrer Umkehr ins Mittelmeer.

Kurs auf das Mittelmeer aus südenglischen Häfen ausgelaufen. Wie das Londoner Verteidigungsministerium bekanntgab, haben sie rund 1000 Marineinfanteristen, neun Kampfflugzeuge vom Typ Harrier und 29 Hubschrauber an Bord und sollen an einem 18 Tage dauernden NATO-Manöver vor Zypern teilnehmen. Ein Sprecher des britischen Verteidigungsministers versicherte, die Entsendung der Kriegsschiffe habe nichts mit den Kämpfen im Libanon zu tun ... In britischen Medien hatte es geheißen, die Flugzeugträger hielten sich in Einsatzentfernung vor dem libanesischen Festland.“ Zudem ist inzwischen auch das

kürzlich modernisierte US-Schlachtschiff „New Jersey“ von seiner Fahrt in die Karibik umgedreht in Richtung libanesische Küste.

Dieser Aufmarsch ist zudem eine deutliche Drohung an Syrien, das trotz aller Differenzen die PLO unterstützt und bislang durch die Stationierung seiner Truppen den Plänen der Imperialisten, den Libanon zu teilen, entgegensteht und soll alle die Staaten abschrecken, die die PLO und Syrien durch Transportmittel und Waffen unterstützen wollen. Auf den Beschuß der Stellungen der von Syrien gestellten arabischen Friedenstruppe im Libanon durch US-Truppen reagierte die syrische Regierung mit der Drohung, künftig solche Angriffe militärisch zu beantworten. Dennoch: Einen Krieg mit der jetzt aufgefahrener Flotte hat Syrien nie führen wollen. Systematisch betreiben die versammelten Imperialisten die Demütigung Syriens und der mit Syrien in einem Freundschafts- und Waffenhilfeabkommen verbündeten Sowjetunion.

Am 19. September hat Arafat zum ersten mal öffentlich erklärt, daß sich die PLO angesichts der Machenschaften dieser „Friedenstruppe“ nicht mehr an das Abkommen von Beirut gebunden sehe und den Abzug der Truppen fordere.

Quellenhinweis: FAZ, The Guardian, International Herald Tribune, Süddeutsche Zeitung v. 19. und 20.9.; Archiv der Gegenwart Mai – August 1983 – (kiu)

Brasilien

Nationaler Gewerkschaftsverband gegründet

Am 26./27./28. August fand in São Bernardo do Campo bei São Paulo der Nationalkongress der brasilianischen Arbeiterklasse, CONCLAT, statt, der mit der Gründung eines Zentralen Arbeiterverbandes CUT (Central Única dos Trabalhadores) beschlossen wurde.

Bereits im Herbst letzten Jahres trafen sich Vertreter von Gewerkschaften und einigten sich auf Vorbereitungen zur Gründung eines einheitlichen Gewerkschaftsverbandes. 636 Gewerkschaften (344 „städtische“ und 292 „ländliche“) und 208 Klassenvereinigungen entsandten über 5000 Delegierten. Der CONCLAT verließ trotz der von der bürgerlichen Presse Brasiliens aufgeputzten Spaltungsversuche in kämpferischer und solidarischer Atmosphäre. Die Delegierten wählten für ein Jahr 83 Mitglieder für das Direktorium und 15 Mitglieder in das Exekutivkomitee, das die Koordinierung der gewerkschaftlichen Aktivitäten des Verbandes und seiner Mitglieder zur Aufgabe hat. Vorsitzender des CUT

wurde Jair Menneguelli, bisheriger Präsident der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo do Campo.

Die Gewerkschaftsvertreter verabschiedeten Resolutionen für freie politische und gewerkschaftliche Rechte, für eine Agrarreform im Interesse derjenigen, die das Land bebauen, für Arbeitslosen- und Sozialversicherungen, gegen die Arbeitslosigkeit (z.Zt. sind ca. 44% der Lohnabhängigen arbeitslos oder unterbeschäftigt), gegen das Wirtschaftsdiktat des Internationalen Währungsfonds, für direkte Wahl des Staatspräsidenten 1985 usw. Einig waren sich die Delegierten im Kampf gegen das Regierungsgesetz Nr. 2045, gegen das die Gewerkschaften bereits am 21. Juli gestreikt hatten.

Sie stimmten für einen Generalstreik, falls die Regierung die Lohnsenkungen durch das Gesetz Nr. 2045 bis zum 25. Oktober nicht zurückzieht. Darüberhinaus wandten sie sich gegen die staatliche Festsetzung der Löhne.

Der Hintergrund: Seit 1979 hat die Regierung Figueiredo die Lohnpolitik sechsmal geändert. Aufgrund der großen Streiks 1979 bis 1981 mußten die unteren Löhne überproportional mit 110% an die Inflationsrate angeglichen werden; die höheren Lohngruppen bzw. hohen Löhne und Gehälter erhielten 100% bzw. 80% des Inflationsausgleichs. Ab 1981 senkte die Regierung per Dekret die höchsten Lohn- und Einkommensgruppen auf 50% des Inflationsausgleichs.

Anfang 1983 setzte der Internationale Währungsfonds (IWF) durch, daß die unteren Lohngruppen nur noch den Inflationsausgleich zu 100% erhalten, Facharbeiter zu 95%. Ein weiteres Diktat des IWF (Regierungsgesetz Nr. 2045) im Juni dieses Jahres senkte die Löhne noch weiter. Es hebt den differenzierten Lohnausgleich auf. Alle Lohn- und Gehaltsklassen erhalten 80%, d.h. Senkung der unteren um 20%! Des Weiteren sind Unternehmen, die in wirtschaftlichen Schwierigkeiten stecken, nicht einmal verpflichtet, die 80% Inflationsausgleich zu zahlen.

Die Gründung des CUT ist die Reaktion und die Antwort der brasilianischen Gewerkschaftsbewegung auf die Angriffe des inländischen und ausländischen Großkapitals sowie der Großgrundbesitzer.

Die brasilianische Regierung hat eine Anerkennung des CUT strikt abgelehnt. Sie setzt vielmehr auf Spaltung der Gewerkschaftsbewegung. Die bürgerliche Presse hetzt: „Wem nützt der CUT“ oder versucht, Spaltungslinien zu entdecken: „Folgt nach CUT 1 jetzt CUT 2?“.

Quellenhinweis: Lateinamerika-Nachrichten Nr. 118/119; Xinhua News Agency vom 31.8.83; O Estado de São Paulo 27.-30.8.83 u. 1.9.83; Folha de São Paulo 1.9.83 - (sic)

VR Polen Wo ist Bedarf für „Znak“-Reaktionäre?

Aus dem Ausland, wo sie seit dem Tag der Verhängung des Kriegsrechts in der VR Polen verblieben sind, meldeten sich zum dritten Jahrestag des Abkommens von Gdańsk zwei Personen zu Wort, die behaupten, nach wie vor Berater der Gewerkschaft „Solidarität“ zu sein. Entgegen der Tatsache, daß diese Gewerkschaft unterdrückt und nicht in der Lage ist, durch Untergrundarbeit etwas für die Arbeiterbewegung Nützliches zu bewirken, die in der letzten Zeit zahlreiche Funktionäre, die eine solche Arbeit versucht haben, zum Aufgeben genötigt hat, posaunen Bohdan Cywinski, früherer Chefredakteur der katholischen Monatszeitschrift „Znak“, und Waldemar Kuczynski, ein Wirtschaftswissenschaftler, in den Spalten der FAZ aus: „Es ist zwecklos, uns zur Resignation überreden zu wollen.“

„Solidarität“ gehöre nicht der Vergangenheit an, behaupten sie, und sie führen zum Beweis nicht etwa an, daß die Arbeiter sich in der Lage sähen, erneut für ihre Interessen zu kämpfen, sondern folgen der von der Kirche ausgegebenen These, daß „Solidarität“ eine Idee sei, die „in einem Wort und Symbol die wichtigsten Aspirationen der Polen umfaßte“. Diese Bestrebungen bestünden in der Erlangung von Menschen- und Bürgerrechten, wie sie „auf der westlichen Seite der Mauer“ alltäglich seien. Cywinski muß es wissen. Er hat inzwischen einen Lehrstuhl in Genf. Als „guter Freund von Karol Wojtyla“, wie ihn die FAZ anpreist, hat er auch die passende Methode bereit, die er den im Lande gebliebenen Polen zur weiteren Verfolgung dieser Ziele empfiehlt, nämlich „die Entwicklung des gesellschaftlichen Gewebes über die Sphäre der Erlaubnisse hinaus um den Preis von Opfern und Leiden“. Die Auffassungen der „Znak“-Gruppe, die immer erklärt nicht-sozialistisch war, bringt er kräftig zum Ausdruck, zugleich den heiligen Zweck der Leiden. Bleibendes Ergebnis der „Solidarität“-Bewegung sei nämlich, „daß sich die Gesellschaften dieser Region allmählich emanzipieren von dem sie aktionsunfähig machen Druck des Kommunismus“.

Diese Leute erklären ebenso wie die Bischofskonferenz in Polen, daß es derzeit keinen Dialog mit der Regierung zum Zwecke der Verständigung gebe. Um so dreister ist ihre Aufforderung, nicht zu kapitulieren, denn für die Arbeiterbewegung kann das nur die Empfehlung sein, zu schweigen und die Idee zu pflegen oder zu zwecklosen

Aktionen überzugehen. Für die Durchsetzung bürgerlicher Werte kalkuliert Cywinski ohne Zaudern halbe Weltkriege ein. Bevor die Menschen- und Bürgerrechte nicht erreicht seien, werde „das Territorium östlich der Elbe von Zeit zu Zeit immer wieder von Aufständen der Bevölkerung erschüttert werden, durch die das politische Gleichgewicht im Weltmaßstab ins Wanken zu geraten droht“. Die Glaubwürdigkeit solcher „Berater“ ist in der VR Polen sicher hin, die Aufmerksamkeit der westdeutschen Bourgeoisie für ihre Absichten dagegen unverkennbar.
Quellenhinweis: FAZ vom 1.9. 1983 - (anl)

DDR Produktion gesteigert – höhere Schulden an BRD

Im ersten Halbjahr 1983 haben die Werktagen der DDR einen deutlichen Fortschritt in der Entwicklung der Wirtschaft erreichen können. Die festgelegten Planziele wurden zum Teil übertroffen. Die Arbeiter und Angestellten im Bereich der Industrieministerien steigerten im ersten Halbjahr 1983 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres die Warenproduktion um 4,5%. Der Verbrauch von Energie, Roh- und Werkstoffen wurde je Produktionseinheit um 8% gesenkt. Die Arbeiter und Angestellten erhöhten die Arbeitsproduktivität um 5,3% gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung des Produktionsverbrauchs wurden weitgehend erzielt durch Rationalisierung, durch die Einführung neuer Produktionsmittel, insbesondere der Anwendung der Mikroelektronik, und durch eine rasche Ausdehnung der Schichtarbeit. Von Ende 1982 bis Mitte 1983 erhöhte sich die zeitliche Auslastung wichtiger Produktionsanlagen in der Industrie von 15,1 Stunden auf 15,5 Stunden je Kalendertag. Durch die Änderung der Produktionsbedingungen sparten die Beschäftigten im ersten Halbjahr 1983 259 Mio. Arbeitsstunden ein, das entspricht dem Arbeitsvermögen von 289000 Werktagen in dieser Zeit.

Diese rasche Steigerung der Produktion hat zum Ziel die Sicherung und weitere Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung. Zugleich steht die DDR unter dem Zwang, den Export in die kapitalistischen Länder wesentlich erhöhen zu müssen, um von den hohen Schulden an diese Länder herunterzukommen. Innerhalb eines Jahres werden 3,5 Mrd. Dollar Kredite plus 1,1 Mrd. Dollar Zinsen fällig (s. Pol. Ber. 15/83). In dieser Lage werden die Arbeiter und Bauern in der

DDR daher die Produktion rasch steigern müssen bei gleichzeitiger Senkung des Produktionsverbrauchs. Das ist aber ohne eine größere Ausweitung der Schichtarbeit und ohne eine Intensivierung der Arbeit nicht zu erreichen. Der Volkswirtschaftsplan 1983 legt dabei fest, um die Auswirkungen der stärkeren Belastung der Arbeitskraft zu mildern, sollen die Arbeits- und Lebensbedingungen der Schichtarbeiter verbessert werden.

Die DDR hatte Ende 1982 nach Angaben der Bank für internationale Zahlungsausgleich an die Banken der imperialistischen Länder – außer BRD – Schulden von 6,7 Mrd. Dollar. Zwar konnte die DDR durch gesteigerten Export und Verringerung des Importes aus diesen Ländern diese Schulden im ersten Quartal 1983 auf 6,3 Mrd. Dollar senken. Gleichzeitig sah sich aber die DDR gezwungen, stattdessen die notwendigen Importe für die laufende Produktion, z.B. Futtermittel, aus der BRD zu überhöhten Preisen zu beziehen. Die Lieferungen aus der BRD stiegen um 32%, die DDR-Exporte aber nur um 1%. Bei diesen Importen aus der BRD kann die DDR Devisen sparen, da Ware gegen Ware verrechnet wird. Die Verschuldung an die Banken der BRD stiegen im ersten Halbjahr 1983 um 600 Mio. Verrechnungseinheiten. Die BRD-Finanzbourgeoisie setzt darauf, diese Abhängigkeit der DDR verstärken zu können bis hin zur politischen Erpressbarkeit.

Quellenhinweis: Dokumente zur Politik der DDR, Durchführung des Volkswirtschaftsplans 1983 im ersten Halbjahr; DIW-Wochenbericht 32/83 – (eba)

Tschad-Intervention Keine Opposition von PCF und Gewerkschaften

Wie stellt sich die Kommunistische Partei Frankreichs (PCF) zur Intervention im Tschad? Auf keinen Fall will sie darüber die Koalition mit den Sozialisten zum Platzen bringen, so die Begründung, warum sie sich jeder Kritik enthält und darauf beschränkt, ihre „Besorgnis“ zu äußern: „Der Aufmarsch militärischer Kräfte kann zu einer sehr gefährlichen Verkettung führen ... Gleichzeitig wenden wir uns gegen die Versuche Reagans, unser Land in ein Abenteuer hineinzuziehen.“

Die PCF argumentiert chauvinistisch: Statt im Interesse der Arbeiter jegliche Entsendung französischer Truppen abzulehnen, behauptet sie, die militärische Präsenz liefe eigentlich den Interessen der französischen Imperialisten zuwider – nicht nur, daß sich die PCF mit dem Nachgeben gegenüber der Reaktion die Grundlage ihrer

Regierungsbeiliegung untergräßt: Der behauptete Widerspruch zwischen der Regierung Mitterand und Reagan über die Interessen im Tschad existiert gar nicht. Das Vorgehen war von vornherein im NATO-Rahmen in Arbeitsteilung zwischen der US- und der französischen Regierung abgeklärt. Und die Kriegsziele sind ebenfalls gemeinsam: Aufrechterhaltung der Kontrolle über Zentralafrika und Unterwerfung Libyens.

Die PCF ist zu einer Kritik der Kriegsziele der französischen Imperialisten nicht in der Lage, da sie von vornherein als „selbstverständlich“ bezeichnet hat, „daß alle französischen Regierungen die Pflicht haben, die Vereinbarungen zu respektieren“, wozu auch der „Beistandspakt“ mit dem Tschad gehöre, auf dessen Grundlage die Truppen intervenieren. Mit diesem Zugeständnis kann die PCF sich auch bloß noch „mäßigend“ zu den Interventionsmitteln äußern: Libyen dürfe nicht „als Erbfeind“ der französischen Geschichte betrachtet werden, die französischen Truppen sollten nicht schießen, sondern dazu eingesetzt werden, Verhandlungen zwischen den Parteien zu erreichen, und der Tschad dürfe nicht geteilt werden.



Französische Fallschirmjäger vor dem Abflug in den Tschad

Aus den Gewerkschaften sind keine Stellungnahmen bekannt, die die PCF vielleicht zu einer eindeutigen Ablehnung der Tschad-Intervention veranlassen könnten. So kritisiert die CGT die „Intervention der USA, die ... versuche, Frankreich dort hineinzuziehen“. Die christlich-soziale CFDT befürwortet direkt das Eingreifen, wenn sie sagt, „daß Frankreich, das mit den jungen noch zerbrechlichen afrikanischen Staaten Abkommen hat, die Verantwortung auf sich nehmen muß“. Nur einige revolutionär-sozialistische Organisationen haben sich eindeutig gegen die Intervention ausgesprochen.

Quellenhinweis: Le Monde, 13.8.-1.9.83 – (alk)

Großbritannien

Absetzbewegung von der Labour-Partei

Der britische Gewerkschaftsverband TUC nahm auf seinem Jahreskongress in Blackpool vor zwei Wochen zwei Anträge an, die für die politische Rolle des TUC bedeutend sind. Die Angestelltengewerkschaft CPSA forderte, der TUC solle die Frage untersuchen, warum so viele Gewerkschaftsmitglieder bei der Wahl *nicht* die Labour-Partei gewählt hätten (nach Umfragen sollen es nur 39% gewesen sein). Der Antrag wurde leicht verändert angenommen. Zweitens beschloß der Kongress, seine bisherige Haltung aufzugeben und mit der Regierung Thatcher doch zu verhandeln, auch wenn sie ihre Gesetzesvorlagen zur Einschränkung der Rechte der Gewerkschaften nicht zurücknimmt.

Die Labour-Partei wurde Anfang des Jahrhunderts ausdrücklich als Partei der Gewerkschaften gegründet, ihre Mitglieder sind meistens qua Gewerkschaftsmitgliedschaft auch in der Labour-Partei. Mit der Ausdehnung der Gewerkschaften jedoch – ihr Organisationsgrad liegt inzwischen sehr hoch, ca. 50% aller Lohnabhängigen – wachsen Strömungen, die diese besondere Spielart des Reformismus nicht unterstützen, meistens, weil sie den Konservativen oder der liberal/sozialdemokratischen Allianz nahestehen. Aber auch in den „linken“ Gewerkschaften wächst Unmut über die Labour-Partei, die mit ihrer Lohnleitlinienpolitik und Streikniederschlagung in der letzten Regierung Thatchers Erfolgen über die Gewerkschaften den Weg ebnete.

Die sozialdemokratische TUC-Führung hatte Schwierigkeiten, den Anträgen auf dem Kongress zu entgegnen. Die bedingungslose Unterstützung der Labour-Partei wird damit begründet, nur parlamentarisch könnten die politischen Anliegen der Arbeiter erfolgversprechend vertreten werden. Die Rechte im TUC sagt, sehr richtig, aber weil Labour so wenig Stimmen bekommt, müssen wir uns jetzt um Interessenvertretung in anderen Parteien bemühen, wie z.B. in der SDP/Liberal-Allianz.

Der Regierung Thatcher, die in ihrem neuen Gewerkschaftsgesetz die politische Unterstützung für die Labour-Partei den Gewerkschaften sowieso drastisch beschneiden will, konnte der Streit nur recht sein. Sie verhandelt jetzt mit einer geschwächten TUC-Führung über das neue Gewerkschaftsgesetz.

Quellenhinweis: Financial Times, Guardian, 8.9., 9.9. (hef)

Dänemark

Schwierige Lage sechs Monate nach Ende des Hafenarbeiterstreiks

Gespräch der BWK-Hafenzelle Hamburg mit einem Hafenarbeiter aus Aarhus. (Fragen kursiver Text):

Euer Streik dauerte über zehn Wochen. Er wurde organisiert abgebrochen. In einer Erklärung wurde festgehalten, daß man die Bezahlung der Ausfalltage durch die Kapitalisten erreichen will. Seid ihr da weitergekommen?

Die Versprechungen, die uns vor Abbruch des Streiks gemacht wurden, waren nur ein Trick der SID (Gewerkschaftsbund). Eine Erklärung, nach der Verhandlungen u.a. über ein Ausfallgeld stattfinden sollten, wurde nie mals von den Arbeitgebern unterschrieben. Verhandlungen wurden zwar geführt, haben aber bis jetzt zu keinem Erfolg geführt.

Wie ist es eigentlich zu dem Koordinierungsausschuß der Vertreter der verschiedenen Häfen gekommen? Arbeitet der Ausschuß heute noch?

Der Koordinierungsausschuß setzt sich zusammen aus Leuten, die zu Be-

ginn des Streiks in allen Häfen von den Hafenarbeitern gewählt wurden. Er besteht immer noch und hält Treffen ab nach Bedarf.

Wart ihr stark genug, um Maßregelungen vom Staat und den Hafenbetrieben zurückzuschlagen?

In den großen Häfen ja, aber in den kleinen Häfen wie z.B. Apenrade gab es Schwierigkeiten nach dem Streik. Sechs Leute in Apenrade können keine Arbeit mehr im Hafen bekommen. D.h. sie stehen auf der „schwarzen Liste“. Wir waren nicht stark genug, um dieses zu verhindern. In Aarhus haben wir auf unserer halbjährlichen Mitgliederversammlung (der Gewerkschaft, d. Verf.) beschlossen, daß diese Leute, wenn sie wollen, Mitglieder unserer Gewerkschaft werden können und damit das Recht auf Arbeit im Hafen von Aarhus erwerben.

Wie beurteilt ihr jetzt, nach sechs Monaten nach Ende des Streiks, eure Lage? Steht ihr besser da gegenüber den Kapitalisten, oder können sie euch

jetzt zu mehr Arbeitsleistung und schlechteren Arbeitsbedingungen zwingen? Etwa mit der Begründung: „Kampf kann doch keinen Erfolg bringen“?

Viele Hafenarbeiter sagen: „Das war der letzte Streik. Nächstes Mal wissen die genau, was sie machen müssen. Polizei an den Hafen und dann rein mit den Streikbrechern, und dann können wir nur zusehen, was dann passiert.“ Viele sind also demoralisiert. Aber nicht, weil „Kampf doch keinen Erfolg bringt“, sondern weil wir die Lage falsch eingeschätzt hatten. (*Die Hafenarbeiter hatten ihren Streik gegen die Kürzung des Arbeitsausfallgeldes mit dem Ziel aufgenommen, das entsprechende Gesetz zu Fall zu bringen. D.h., die Hafenarbeiter wollten nicht darauf hinaus, daß sie von diesem Gesetz ausgenommen werden, sondern sie wollten das Gesetz wegstreiken. Deshalb wurde auch mit einem Streik in allen dänischen Häfen begonnen in der Absicht, daß die Arbeiter und Angestellten in den anderen Branchen sich anschließen. Letzteres ist nur teilweise und nur zeitweise geschehen. So haben sich die Beschäftigten der fischverarbeitenden Industrie für einige Tage dem Streik angeschlossen. So haben sich dem Aufruf zum Generalstreik einige zehntausende an-*

Hafen-Streikführer Jörgensen durch Aktionen freiekämpft

Am 7.9.83 wurde Karl Jörgensen freigesprochen und freigelassen. Auf unserem Bild sind die Arbeiter zu sehen, die Karl Jörgensen in der Stadionhalle in Esbjerg unmittelbar nach seiner Freilassung begrüßen.

Wie bereits in der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift berichtet, wurde Karl J. seit über einem halben Jahr in Isolationshaft gehalten. Der zusammengezimmerte Vorwurf: Anstiftung zur Brandlegung bei der Futtermittelfirma KFK in Esbjerg während des Hafenarbeiterstreiks. In allen größeren Städten in Dänemark wurden „Karl-Jörgensen-Komitees“ gegründet. Diese sammelten Unterschriften für die Freilassung, sammelten Geldspenden und bereiteten die Demonstration vor für den Tag der nächsten Gerichtsverhandlung. 60000 Unterschriften wurden bis zur Gerichtsverhandlung gesammelt. Von Aarhus aus wurde ein Videofilm gemacht, der die Informationen zusammenstellt und auch über die Inhaftierung von Karl in der Psychiatrie Material liefert. Am Tag der Gerichtsverhandlung demonstrierten während des Termins 2000 Menschen in den Straßen von Esbjerg. 200 verschiedene

Gewerkschaftsfahnen wurden auf der Demonstration getragen, was nur zeigt, in welch breitem Ausmaß die dänische Gewerkschaftsbewegung beteiligt war.

Schon bei einem ersten Gerichtstermin war ja ein Zeuge gegen Jörgensen umgefallen. Trotzdem wurde die Anklage nicht fallengelassen. Vielleicht hatten Polizei und Staatsanwaltschaft

noch vor, das Komplott zu retten. Doch vor Gericht brach die Anklage unhaltbar zusammen, und es wurden die Methoden der Polizei sichtbar. „Politiken“, die dänische Zeitung, die etwa der „Süddeutschen Zeitung“ entspricht, schreibt: „Die Polizisten sagten während des Verhörs zu mir, daß ich 18 Jahre Gefängnis bekomme, wenn ich keinen Hintermann angebe, sagte Egon Josefson, der zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Sie forderten mich nicht direkt zum Lügen auf, aber die Worte wurden mir in den



Kundgebung nach Freilassung Jörgensens in der Stadionhalle in Esbjerg



Karl Jørgensen bei einer Streikversammlung in Esbjerg.

geschlossen. Aber es kam nicht zum Generalstreik, d. Verf.).

Hätten wir nur für uns selber gestreikt, oder andere Methoden benutzt, das Resultat hätte wahrscheinlich anders ausgesehen. Andere Methoden wären z.B. die Verweigerung der Überarbeit oder auch Streik am Montag, Dienstag, Mittwoch und ar-

Mund gelegt und während des Verhörs gedreht und gewendet. Mein Verteidiger gab mir die Erlaubnis, einen Bericht einzusehen, in dem Jan Christiansen (der Mitschuldige) Karl Jørgensen angegeben hatte und so nahm ich dies als Erklärung an. Jan Christiansen sagte: „Ich bekam zu wissen, daß ich billiger davonkäme, wenn ich die volle Verantwortung ablegen würde. Ich bekam auch zu wissen, daß ich billiger davonkommen würde, wenn ich Karls Namen nennen würde.“ Im Gericht sagte Egon Josefson zum Staatsanwalt: „Nicht ich habe Karl Jørgensen ins Gefängnis gebracht, sondern die Polizei. Ich wollte nicht acht bis zehn Jahre ins Gefängnis. Die Polizei hat mich dazu gebracht.““

Der Anwalt von Jørgensen will nun eine Anklage gegen den Polizeiassistenten einreichen wegen der angewandten Methoden. In der Öffentlichkeit wird „erwogen“, eine Untersuchung einzuleiten über die Methoden der Polizei. Damit soll versucht werden, davon abzulenken, daß diese Methoden einzig und allein angewandt wurden, um die Hafenarbeiter nach ihrem Streik nochmals zu treffen, indem man willkürlich einen Streikführer für Jahre hinter Gitter bringt.

Quellenhinweis: „Politiken“ v. 8.9.83

beiten am Donnerstag, Freitag, Sonnabend und Sonntag usw. gewesen. Mit anderen Worten, der Kampf wäre nicht so teuer für uns geworden. (*In Dänemark haben die Arbeiter das Recht, für drei Tage zu streiken, ohne daß sie vom Kapitalisten rausgeschmissen werden können und ohne daß sie vom Staat bestraft werden können. Für den langen Streik hat der Staat für einzelne Hafenarbeiter Strafen verhängt von 80 Kronen pro Tag, wenn sich die Hafenarbeiter nicht haben einteilen lassen, oder von 20 bis 30 Kronen pro Streikstunde. Diese Strafen hätten die Hafenarbeiter nicht bezahlen müssen, wenn sie immer nach spätestens drei Tagen wieder mit der Arbeit angefangen hätten, um dann wiederum höchstens drei Tage zu streiken, d. Verf.).*

Natürlich arbeiten jetzt alle so viel wie möglich, weil der Streik so teuer war. Der Geldmangel bedingt, daß sich die Hafenarbeiter oft mehr gefallen lassen als vor dem Streik. So ist z.B. ein Lademeister auf dem Gabelstapler gefahren, obwohl das nicht seine Arbeit ist, sondern unsere Arbeit. Früher hätten wir sofort die Arbeit gestoppt, aber jetzt ging das so durch.

Auf der anderen Seite stehen wir insofern besser da, als sich die Leute näher stehen als vorher, mehr solidarisch untereinander sind und sich bewußt darüber sind, daß sie wieder gemeinsam handeln können, wenn es die Situation erfordert.

Es ist ja nicht gelungen, im Hamburger Hafen einen Boykott von Streiklädungen zu organisieren. Ihr wollt eine Broschüre über den Streik in deutscher Sprache veröffentlichen. Was soll damit erreicht werden?

Daß die Leute, die uns unterstützt haben, besser Bescheid über den Hintergrund und den Verlauf des Streiks bekommen, und daß die, die dagegen waren, vielleicht nachdenken darüber, und daß sich die Solidarität zwischen den Hafenarbeitern verstärkt.

Wie kann man die Broschüre bekommen?

Bestellungen an die Hamburger Kollegen, die uns auch schon während des Streiks unterstützt haben. Adresse: U. Gay, Fischers Allee 24, 2 Hamburg 50.

Im folgenden drucken wir Auszüge aus der Erklärung der dänischen Hafenarbeiter zum Abbruch des Streiks vom 14.2.83 ab:

„... Unser Ziel ist immer noch: Das Gesetz soll vom Tisch. Dafür wollen wir immer noch mit allen anderen aktiven Teilen der Gewerkschaftsbewegung kämpfen.

Wenn wir nun auffordern, die Arbeit wieder aufzunehmen, dann nur darum, um Verhandlungsmöglichkeiten mit den Hafenarbeitgebern zu nutzen. Die Wiederaufnahme der Arbeit soll gleichzeitig im Licht der Todesfälle und der sehr ernsten Unglücksfälle, die die Arbeitgeber verschuldet haben, geschehen werden. (Der Tod des Kollegen in Hirtshals, der tödliche Unfall eines berufsfremden Streikbrechers, und die vielen, auch schweren Verletzungen durch die Polizei sind nicht vergessen.) ...

Die Grundlage dafür, die Arbeit wieder aufzunehmen, ist folgende: Von fünf Abteilungsvorständen der Transportabteilung der SID ist eine Verhandlungsgrundlage ausgearbeitet worden, die von den Arbeitgebern akzeptiert wurde. Dabei sind die wesentlichen Punkte:

– In allen Häfen wird die Arbeit wieder normalisiert. (Das heißt nicht nur, daß die Hafenarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen, sondern daß auch die Arbeitgeber normale Verhältnisse wieder herstellen. Keine Entlassungen, keine Repressionen, Abzug der Polizei).

– Es werden unmittelbar Verhandlungen um ein Meldegeld aufgenommen. Hafenarbeiter, die sich zur Arbeit melden, aber keine Arbeit bekommen, wird damit von den Arbeitgebern ein bestimmter Betrag bezahlt.

– Es werden Verhandlungen aufgenommen über die Strukturprobleme in den verschiedenen Häfen ...

Der Kampf geht weiter, nur die Bedingungen des Kampfes ändern sich. Unser Ziel ist immer noch: Das Gesetz muß vom Tisch.“ – (obj)



„Der Sinn des Lebens“

Viel Klamauk und grobschlächtige Gags, meist oberflächliche Satire

Monty Python nennt sich eine britische Satirikertruppe, die vor Jahren mit einer von den Kirchen als gotteslästerlich verurteilten Persiflage auf das Leben Jesu in die Kinos kam. In ihrem neuesten Film geht es um den „Sinn des Lebens“, über den das Kinopublikum anhand der Stationen eines Menschenlebens, von der Geburt bis zum Tod, und mit einem kurzen Ausflug in die endlose Weite des Weltraums aufgeklärt werden soll.

In dem Kapitel I,1 „Geburt“ wird u.a. das biblische Lebensmotto „Wachset und mehret Euch“ aufs Korn genommen, illustriert an einer päpstlich-katholischen Arbeiterfamilie, die getreu dem päpstlichen Bann gegen Empfängnisverhütung so viele Kinder in die Welt gesetzt hat, daß diese inzwischen zu Forschungszwecken verkauft werden müssen. Die Szene mündet in den von Vater, Mutter, Kindern und Pfaffen intonierten Song „Jedes Sperm ist heilig“. Witzig gemacht, bleibt dennoch die Kritik an der reaktionären kirchlichen Familien- und Sexualideologie oberflächlich und grobschlächtig.

Im Kapitel „Jugend“ wird als Sinn des Lebens entdeckt: „gegeneinander kämpfen“. Das wird am Beispiel des Militärs und der Kriege illustriert. Ausgezeichnet die Satire über das britische Offizierskorps, das in den Kolonialkriegen die Mannschaften hinschlachten und es sich selbst wohlergehen läßt. Oder im Weltkrieg: Über

das Schlachtfeld ziehen Gaschwaden, ringsherum explodieren Granaten, aber der kleine Stoßtrupp ist um seinen Offizier geschart, dem seine Männer – den Tod vor den Augen – in tiefer Rührung Präsente als letztes Andenken überreichen. Eine bösartige Satire auf den bürgerlichen Militarismus und die zugehörige Kriegerromantik, die allerdings bourgeoise Kriegsziele und -interessen, außer Acht läßt.

Weiter auf der Suche nach dem Lebenssinn, diesmal: „Sich für andere opfern“. Ein eingetragerter Organspender wird von einem Team aus dem Krankenhaus aufgesucht, das nach einer heilen Leber jagt. Der Organspender hat eine, also wird sie ihm rausgerissen, worauf er denn verstirbt. Die Szene ist weder witzig noch kritisch, sondern plump-makabrer.

Nächste Szene, als Lebenssinn nun: Wohlleben und Schlemmen. Das wird illustriert am Publikum eines Luxusrestaurants, das sich erstmal auskotzt, bevor es schlemmt, um dann wieder zu kotzen. Keine besonders einfallsreiche Kritik an der „beseren Gesellschaft“.

Und zum Schluß dann, nach dem Tod, ewiges Leben im Paradies. Dort geht es hoch her. Es ist immer Weihnachtsstimmung mit Revuen und Shows, mit barbusigen Engeln, mit Weihnachtsgeschenken etc. Keine gerade treffende Satire auf den religiösen Schwulst

über das Leben nach dem Tode.

Der Film besteht aus einer Aneinanderreichung solcher Szenen. Zwischendurch taucht immer mal wieder ein Moderator auf, der die Sinnfrage dreht und wendet, oder Gott als weißhaariges Männchen, das die Erde mal als Kugel, mal als Quader und mal als Teller formt. Und, gleichsam als Motto des Films, das Markenzeichen „GmbH – Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung“. Die Satire von Monty Python gibt sich radikal, versucht, die Werte der bürgerlichen Klassengesellschaft ins Lächerliche zu ziehen und damit zu destruieren. Die Frage nach dem Sinn des Lebens wird zum Kalauer gemacht.

Aber die Kritik bleibt meistens oberflächlich, kratzt an dem Lack, der gar nicht mehr vorhanden ist. Außerdem leben viele Szenen nur von plumpen Gags, verkommt die Satire weitenteils zum Klamauk, zur Effekthascherei. Aneinandergereiht wirkt das dann so, daß spätestens nach der Filmhälfte beim Publikum Ermüdung eintritt.

Der Film zielt auf ein jugendliches Publikum, dem in den Schulen bis zum Überdruß Werte, Ideale etc. eingetrichtert werden. Der Film erlaubt, sich darüber lustig zu machen, über Lehrer, Offiziere, Pfaffen etc. zu spotten. Dabei soll es denn auch bleiben. Weiteres Nachfragen, gründliche Kritik werden durch den Film eher erstickt. (wom)

Christlich-abendländisch, europäisch ...

Getreu nach dem Motto „Wir sind alle eine große Friedensbewegung“, das Bundeskanzler Kohl am Anti-Kriegs-Tag erneut bekräftigt hat, spielen die meisten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten derzeit des öfteren den grenzüberschreitenden Song der Gruppe „Geier Sturzflug“ „Besuchen Sie Europa (solange es noch steht)“. Angriffe wegen mangelnder Ausgewogenheit braucht kaum eine Redaktion zu fürchten, wenn sie dieses Lied spielt, eher kann sie auf den Beifall all jener hoffen, die in der Stärkung der christlich-abendländischen Traditionen die Rettung Europas sehen. „Geier Sturzflug“ vermeidet jede Anspielung auf die Interessen der westdeutschen Imperialisten an der Aufrüstung mit Kernwaffen und jede Anspielung auf die Interessen der Imperialisten in der NATO an einem Krieg. Die USA, „der Koch aus Übersee“, vernichten die „alte Welt“, „aus den Hügeln des Olymp“ erhebt sich eine Pershing 2, und, damit das Lied auch ausgewogen bleibt, neigt sich der Eiffelturm „westwärts“. Wenn der Krieg ein solches Stadium erreicht hat, so „Geier Sturzflug“ im Refrain jeder Strophe, „dann ist alles längst zu spät, dann ist, wenn schon nichts mehr geht“. Den Schluß, was alles zu spät sei, wer vorher was tun müsse, damit „Europa“ gerettet werden könne, überläßt die Gruppe dem Hörer, jedoch grenzt sie den geographischen Rahmen Europas sorgfältig ein auf die Mitglieds- und assoziierten Staaten der EG.

Geier Sturzflug, Heiße Zeiten ..., Musikkassette, Ariola 405 555-355, 16,90 DM – (kiu)

Zur Geschichte proletarischer Frauenbewegung

Die Schrift ist materialreich: Daten über Löhne, Arbeitsbedingungen, aber auch den Zeitaufwand, der zur Führung des Haushaltes nötig war, ergeben ein Bild der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen. Dargestellt werden die Kämpfe gegen niedrige Entlohnung, überlange Arbeitszeiten und die Kämpfe der Bewegung, die sich trotz einer Ver einsgesetzgebung, die die Mitgliedschaft von Frauen in politischen Organisationen verbot, entwickelte. Man erfährt, daß sich diese Bewegung gegen die bürgerliche Frauenbewegung abgrenzte, die den „Geschlechterkampf“ propagier-

te; weiter, wie sie die Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit zunächst gegen die Auffassung durchsetzen mußte, daß Frauenarbeit eingeschränkt gehöre, weil sie die Löhne und Arbeitsbedingungen der männlichen Arbeiter verschlechtere. Der Leser erhält einen Eindruck von den Auseinandersetzungen, die z.B. Clara Zetkin mit der reformistischen Mehrheit des SPD-Vorstandes hatte, der – nachdem das Vereinsgesetz ab 1908 weibliche Parteimitglieder zuließ – die Tätigkeit sozialdemokratischer Frauen auf Wohlfahrtspflege und Kommunalpolitik beschränken wollte. Bisher wenig bekannte Fotos illustrieren anschaulich; ein ausführliches Literaturverzeichnis ist beigelegt. Dennoch kann die Schrift nur bedingt empfohlen werden. Könnte man über das die Autorin bewegende Problem von „Führung und Masse“ hinweglesen und braucht anhand des dargebotenen Materials auch nicht ihre Auffassung zu teilen, die radikale Abgrenzung gegen die bürgerliche Frauenbewegung („Ausblendung des geschlechtlichen Unterdrückungszusammenhangs“) sei ein Fehler gewesen, so machen jedoch Jargon und Begriffe aus der Frankfurter Sozialwissenschaft in größeren Passagen das Bändchen schwer lesbar. Deshalb sei hier auf das 1969 erschienene Buch von W. Thönnessen „Frauenemanzipation, Politik und Literatur der deutschen Sozialdemokratie zur Frauenbewegung 1863–1933“ verwiesen, das einen brauchbaren Überblick gibt, allerdings nur noch in Bibliotheken erhältlich ist.

3. Riebäcker, Uns fehlt nur eine Kleinigkeit. Deutsche proletarische Frauenbewegung 1890–1914, Fischer 3724, 14,80 DM – (alk)

Vaterlandslose Gesellen

Im „Ersten Kriegsbuch eines Arbeiters“ schildert Adam Scharrer seine Erlebnisse als revolutionärer Sozialist im ersten Weltkrieg. Bei Kriegsausbruch versucht Hans Betzoldt in Hamburg bei Genossen unterzutauchen, sieht aber angesichts des Umfallens der Führung der Sozialdemokratischen Partei und der Verfolgung durch Spitzel keine Chance und meldet sich freiwillig beim Bezirkskommando zur Wehrfassung. Mit den Resten der revolutionär gebliebenen Genossen nimmt er Verbindung auf und versucht, revolutionäre Propaganda aufzubauen.

Scharrer schildert den Einsatz an der Westfront. Die Kameradschaft im eigenen Schützengraben ist die größte Lüge. Sie hält nur als Gemeinschaft von Todeskandidaten. Später essen die Habenichtse, die Proletarier, wieder ihr trockenes Brot, und die Leutnants rauchen ihre Zigaretten selber.

Zugleich herrscht in der Heimat Hunger. Betzoldt wird wegen einer Geschwulst an seinen Füßen von der Front abgezogen und muß bei Krupp in Essen Geschützrohre drehen. Eindringlich schildert Scharrer, wie die Bourgeoisie an der Heimatfront ihren Krieg führt: „Nach Streikaktionen werden die Betriebe gesäubert, die Akkordpreise gedrückt. Die Rebellen werden abkommandiert, an ihre Stelle treten Garisonsdienstfähige. Sie mehren sich ja, die Kriegskrüppel, wie Spreu beim Dreschen.“ Betzoldt legt sich mit seinem Meister an und wird an die Ostfront abkommandiert. Der Kriegsrausch der Millionen Frontsoldaten ist längst verflogen, die Lüge vom „Verteidigungskrieg“ brutal entlarvt. Deutschlands Grenzen sind frei, und doch bleibt die Faust in der Tasche. Liebknechts Charakterisierung dieses Kriegs als imperialistisch bewährheit sich millionenfach. In Warschau lernt Betzoldt polnische revolutionäre Sozialisten kennen. Ein Pole erklärt auf einer Versammlung: „Die deutschen Soldaten haben gegen das polnische Proletariat schwer gesündigt. Wir werden es schwer haben, durch die Schuld der deutschen Arbeiter, den polnischen Nationalismus erfolgreich zu bekämpfen.“ Betzoldt provoziert an der Front politische Auseinandersetzungen über Liebknecht, findet teilweise Unterstützung. Betzoldt wird in die Nähe Hamburgs in einen Betrieb abkommandiert, weil Facharbeiter knapp sind. Hier erfährt er von der russischen Revolution 1917 und nimmt an den Streiks im Deutschen Reich Anfang 1918 teil. Der Aufstand der Kieler Matrosen setzt das lang erwartete Zeichen.

Das Buch „Vaterlandslose Gesellen“ erschien erstmals 1930. 1935 ging Scharrer in die Sowjetunion. Er starb 1948 in Schwerin (DDR). Die Stärke seines Romans liegt in der Entlarvung der Vaterlandsverteidigung, daß jeder imperialistische Krieg zuallererst ein Krieg gegen die eigene Arbeiterklasse ist.

Adam Scharrer, Vaterlandslose Gesellen, Kleine Bibliothek Pahl-Rugensteiner 266, 10,00 DM – (ros)

Disco-Musik

Ein Spektrum aus Mystik, sportlichem Ehrgeiz und Konservativem

Im letzten Herbst/Winter eroberte langsam aber sicher die Disco-Welle die Charts (Hit-Paraden). Denkt man an Disco, so unweigerlich auch an Aerobic und die westliche Sportwelle. Disco-Hits sind schnellebig. Die „Formationen“ finden sich häufig nur zu einem einzigen Hit zusammen. Die mit großem Aufwand an Hifi-Technik hergestellten Hits sind ständig reproduzierbar, aber live nicht wiederholbare Studioproduktionen. Das Element der Reproduzierbarkeit wird von dem inzwischen unerlässlich dazugehörigen Video unterstrichen.

Häufig ist Disco eine schillernde Mischung aus Folklorismus, Mystizismus, Elendsromantik und Science Fiction. Da geht ein gewisser Michael McLaren ständig auf Weltreise, um schwarze Kultur auszuschlachten. Im brennende Soweto entdeckt er den neuen Tanzstil. Die aus der Not geborene, almosenbringende Akrobatik der arbeitslosen schwarzen Jugendlichen aus Harlem wird für Musikfilme („Flashdance“) und (Video-)Hits („Double-Dutch“ = eigentlich „Kauderwelsch“; per Video-Hit jetzt jedoch akrobatisches Seilchenspringen junger schwarzer New Yorkerinnen) verwertet. Das „Africa“ der Rose Laurens besteht aus Voodoo-Magie, Götzenanbetung und weiblichen Menschenopfern. So wundert es nicht, daß Schwarz und Weiß fein säuberlich getrennt agieren, wobei den Schwarzen die Rolle der zu entdeckenden Objekte oder, wenn sie selber Musik machen, der Underdogs, den Weißen die Rolle der Romantiker und Dandies zukommt. Schwarze Hits sind selten ganz oben in den Charts.

Auf andere Weise mystisch wird es, wenn man die „Seven Seas“ (Sieben Meere) bereist, um zu erkennen, daß jeder nach etwas strebt, nämlich „Sweet Dreams“ (Süße Träume). Einer dieser mystifizierten Träume ist die höchst sinnliche, aber dumme Weiblichkeit („When boys talk“ – Wenn Jungs reden), die ihr Pendant in der potenzgeladenen Männlichkeit findet („Shoot your Shot“ – Schieß deinen Schuß; das kann sich auf ein Gewehr, auf Rauschgift oder auf Sexuelles beziehen). Die bewußte Vieldeutigkeit ist typisch für Disco-Texte). Doch gibt es auch Songs mit guten Texten und Videos wie Donna Summers „She works hard for the money“ – Sie arbeitet schwer für das Geld –, der den Tag einer mehrere Jobs ausübenden Mutter mit zwei Kindern schildert.

Musikalischer Vorgänger des Disco war der Rap, schwarze Rhythmusmusik mit Sprechgesang, der die Zustände und Überlebensstrategien in den Ghettos zum Thema hat. Rap besteht musikalisch lediglich aus Schlagzeug und einem einfachen Tasteninstrument. Auf den eintönigen Rhythmus des Rap bezieht sich Disco-Musik, häufig auch auf den rhythmischen Erzählgestus. In der Rockmusik gibt es eine weitgehend einheitliche Grundinstrumentierung mit Lead-, Schlag-, Bassgitare und Tasteninstrument. Die Interpreten beherrschen die ihnen gehörenden Instrumente. Das kann man kaum einem der Disco-Interpreten nachsagen, deren musikalische Talente meistens im Dunkeln bleiben. Einheitlich ist der Disco höchstens in der instrumentalen Beschränkung, häufig nur Schlagzeug, Bass oder Synthesizer, manchmal ein Blasinstrument. Was an Melodieinstrumenten fehlt, wird durch elektronisch verstärkte und verfremdete Stimmen und Chöre ersetzt. Die instrumental angereicherten Tonstudiodprodukte gehören zur süßlich gefühlsträchtigen, romantistischen Richtung der Disco-Musik. Hier bringt man melodische Neuauflagen der Julia-Romanze („Juliet“), folkloristische Lagerfeuerromantik („Moonlight-Shadow“) oder die Disco-Version versöhnlicher Love-and-Peace-Sehnsüchte (Michael Jackson), wie überhaupt Disco-modellierte Versionen alter Musikstile, wie z.B. „Big-Band“, immer gängiger werden. Solche Hits werden meist mit „bewährten“ Interpreten und konventioneller Instrumentierung (Bläser/Gitarre) in großen Studios hergestellt.

Die schlichter instrumentierten Hits sind bassbetont und leben, besonders als Maxi-Version, von synthetisch produzierten Effekten, wobei Nachahmungen von Detonationen, Maschinengewehrgeknatter, space-invaders oder Düsenjägern, die stereo-, quadro- oder octophon durchs Disco-All rauschen, als musikalische Ornamente besonders beliebt sind, auch wenn der Text keine Verbindungen zuläßt („Blue Monday“ – der Text handelt von Liebesfrust). Zielobjekte der vorgetäuschten Abschüsse werden keine

erkennbar. Sowieso bestehen viele Texte nur aus ständig wiederholten stereotypen Satzketten, begleitet von Halleffekten, weshalb es manche deutsche Disco-Gruppen auch vorziehen, wieder in Englisch zu singen. In einer Sprache, in der etliche Wortzusammensetzungen fünf und mehr Bedeutungen haben, kann man wohl besser im Trüben fischen.

Modernistisches Beiwerk sind häufig auch die Namen der Formationen wie „New Order“ oder „Police“, denen es mehr um den Geist oder die Geister in dieser auch so materiellen Welt geht. Ihre Musik ist eher seicht. Ist die Rede von Krieg oder Armee, wird eine negative Grundhaltung vorausgesetzt und diese in Moll illustriert. Eine Stellungnahme oder einen Sinn sucht man hier wie fast überall umsonst. Klar und durchgängig ist nur die bewußt gewollte rhythmische Affinität zu Sinnlichem.

Das Erscheinungsbild, in dem Disco daherkommt, ist im allgemeinen ziemlich aufgemotzt. Teure Kleidung, teuer ausgestattete Discotheken, viel technischer Pomp in Licht-, Ton- und Bildshows, die Musik der besseren Jugend. Die teure Aufmotze entpuppt sich jedoch bei genauerem Hinsehen als clevere multimediale Verkaufsstrategie.

Quellenhinweis: „Formel Eins“ im 3. TV-Programm, WDR: Di 21.00 Uhr, SWF: Fr 19.30 Uhr; Sammelplatten – (gar)

Kurdistan

Die Imperialisten stützen und stützten sich auf die Feudalherren

Die kurdischen demokratischen und kommunistischen Organisationen aus den Staaten des Nahen Ostens vertreten selber verschiedene Auffassungen über die Ziele ihres Kampfes in Kurdistan. Teilweise erheben sie Forderungen nach einem vereinigten Kurdistan, das aus Gebieten von drei derzeit bestehenden Staaten (Türkisch-Kurdistan, Iranisch-Kurdistan und Irakisch-Kurdistan) bestehen soll, teilweise aber auch die Forderung nach Autonomie innerhalb eines demokratischen Staates.

Die jetzt auf die verschiedenen Staaten verteilt, von Kurden bewohnten Gebiete haben in ihrer ganzen Geschichte nie einen einheitlichen Staat gebildet, sondern waren politisch in kleinen feudalen Fürstentümern organisiert. Diese Fürstentümer haben über geraume Zeit eine Art Puffer zwischen dem osmanischen und dem persischen Reich gebildet, bis 1639 das persische und das osmanische Reich in einem Vertrag über die Grenzziehung zwischen beiden Reichen die kurdischen Fürstentümer aufteilten. Die Grenze zwischen dem Iran und der Türkei ist noch heute weitgehend mit dieser Grenzziehung identisch. Die zum osmanischen Reich gehörenden kurdischen Fürsten hatten sich zuvor in einem Vertrag die Oberherrschaft über ihr Land gesichert. Im Unterschied zu den meisten Gebieten im übrigen Reich blieben sie die Besitzer ihres Landes, sie vergaben eigene Lehen an den kurdischen Adel, hatten teilweise sogar selbständige politische Beziehungen zum Ausland und hatten die Steuerhoheit und die Hoheit über die leibeigenen Bauern in ihren Fürstentümern. Sie verpflichteten sich lediglich, einen bestimmten Anteil von Soldaten für die osmanischen Truppen zu stellen, der aber über Jahrhunderte niedriger war als in den direkt von den osmanischen Kalifen vergebenen Lehen. Die feudalen Ausbeutungsverhältnisse blieben in Kurdistan bestehen, als sie schon in vielen anderen Regionen des osmanischen Reiches, vor allem in Anatolien, überwunden wurden und die Unterwerfung des osmanischen Reiches unter die europäischen Kolonialmächte begonnen hatte.

Im 19. Jahrhundert versuchten verschiedene kurdische Feudalherren, die Schwäche des osmanischen Reiches zu nutzen und ihre eigenen Fürstentümer zu erweitern. Sie konnten die leibeigenen Bauern in diese Kämpfe einbeziehen, denn sie wandten sich gegen den Versuch der Zentralregierung, eigene Steuern von den kurdischen Fürsten zu erheben und die Truppenaushebungen zu vermehren, Forderungen, die die Pfründe der Fürsten zu schmälern drohten und die sie durch noch brutalere Ausbeutung der Bauern zu erfüllen suchten. Die europäischen Kolonialmächte und die USA unterstützten je nach Interessenlage die Aufständischen oder die persischen und osmanischen Herren. Als z.B. Jzedan Scher 1928 im Südosten der heutigen Türkei rebellierte und ein Gebiet besetzte, das bis nach Mossul reichte, unterstützten die Briten die osmanische Regierung bei der Niederwerfung, sie sahen ihren Zugriff auf die Erdölfelder um Mossul gefährdet. Den Auf-

stand, den der Kurdenfürst Nehri von 1878 bis 1881 mit dem Ziel eines selbständigen Kurdenstaates führte, unterstützten britische und US-amerikanische Kolonialisten – sie sahen eine Gelegenheit, das osmanische Reich erheblich zu schwächen.

Nach dem ersten Weltkrieg versuchten die Imperialisten, das zerfallende osmanische Reich direkt unter sich aufzuteilen und dabei die Widersprüche im Inneren des Reiches zu nutzen. 1920 versuchten sie, den Vertrag von Sevres zu diktieren, der die Aufteilung der Türkei unter die französischen, italienischen, britischen und US-amerikanischen Imperialisten vorsah. Dabei sollte der größte Teil der kurdischen Gebiete mit Syrien und dem Libanon zur französischen Kolonie zusammengefaßt werden, ein Teil der kurdischen Fürstentümer im Norden des heutigen Irak unter britische Kolonialherrschaft gestellt und schließlich eine winzige „autonome“ kurdische Zone geschaffen werden, deren Schutzmacht, genauso wie für die vorgesehene armenische Republik, die USA sein sollten.

Schon in der Vorbereitung des Vertrages hatten die Imperialisten versucht, die Sammlung der anti-imperialistischen Kräfte um Kemal Atatürk zu verhindern und diese Kräfte zu spalten. Während des Kongresses von Sivas im September 1919, auf dem Delegierte aus türkischen, kurdischen und armenischen Regionen unter der Führung von Atatürk ihr Programm für die Errichtung eines selbständigen türkischen Staates bekräftigten, reisten britische Offiziere durch Kurdistan, um einige Feudalherren und ihre Armeen gegen den Kongreß im Norden Kurdistans zu jagen. Dieses Unternehmen mißlang, die feudalen Truppen wurden von der Armee, die den Kongreß unterstützte, geschlagen. Die USA lancierten auf dem Kongreß ein anderes Spaltungsmöver: Sie erboten sich als „Schutzmacht“ für eine Türkei an, die das gesamte Gebiet des osmanischen Reiches vor dem ersten Weltkrieg umfasst sollte. Diesem Angebot gegenüber erklärte der Kongreß, daß er sowieso nicht berechtigt sei, im Namen der Bewohner des Iraks, Syriens und Mazedoniens zu beschließen, da aus diesen Gebieten keine Delegierten anwesend seien. Das „Schutzmacht“-Ansinnen der USA wies der Kongreß zurück.

Der Kampf der Arbeiter und Bauern unter der Führung Atatürks verhinderte, daß der Vertrag von Sevres jemals in Kraft trat. Im Vertrag von Lausanne 1923 konnte die Regierung Atatürks einen selbständigen türkischen Staat durchsetzen, dessen Grenzen im wesentlichen der heutigen Türkei entsprechen, allerdings konnte sie die Zugehörigkeit der kurdischen Regionen im Norden des heutigen Irak, damals unter britischer Kolonialherrschaft, nicht erreichen. Im Verlaufe der folgenden Jahre ließen die verschiedenen Imperialisten nicht nach in ihrem Bemühen, die Türkei zu spalten, um sie wieder unter ihre Herrschaft zu zwingen. Sie konnten sich dabei auf kurdische Feudalherren stützen.

1925 erhoben sich die kurdischen Fürsten gegen die Zentralregierung in Ankara, sie forderten die Bildung eines kurdischen Staates, die Waffen für den Aufstand lieferten die britischen Imperialisten. Der Führer des Aufstandes wandte sich vor allem gegen das Verbot der Religionsschulen und der islamischen Klöster- und Mönchsorden durch die Regierung. Außerdem fürchteten die kurdischen Fürsten um ihre Pfründe. Aufgrund der bis 1925 beschlossenen Wirtschaftsprogramme befürchteten sie die Enteignung ihres Landes und seine Aufteilung unter die immer noch frondflüchtigen Bauern. Die Briten hofften auf „Abrundung“ ihrer irakischen Kolonie. Die türkische Armee schlug diesen Aufstand blutig nieder, unterstützt von deutschen Waffenlieferungen und französischen Ratgebern: Diese imperialistischen Mächte wollten keine Aufteilung der Türkei, die den britischen Imperialismus stärkte, sie gedachten, die ganze Türkei, einschließlich der kurdischen Gebiete, an sich zu reißen.

Bald nach Gründung der neuen Türkei erwies sich, daß das nationale Programm Atatürks die Bildung einer türkischen Kapitalklasse befördern sollte und die alten Feudalherren weitgehend schonte. Für die Zahlung der Schulden des osmanischen Reiches an die imperialistischen Gläubiger plünderte der Staat die Arbeiter und Bauern und verbündete sich mit den alten Feudalherren. 1932 erhielten die schon enteigneten kurdischen Großgrundbesitzer ihre Ländereien zurück. Für die Bauern wurde die Lage unerträglich. Der inzwischen eingeführten Besteuerung durch den Zentralstaat fügten die Großgrundbesitzer jetzt erneut ihre Forderungen nach Fronabgaben hinzu. Sie schlossen die schon errichteten Schulen wieder und zerschlugen die genossenschaftlichen Organisationen der Bauern. Als sich im Jahre 1937 die armen Schichten der Stadt Dersim erhoben und die Wiedereröffnung der Schulen forderten, wirkte das als Zeichen für einen all-

gemeinen Aufstand der kurdischen Bauern und Handwerker gegen die Feudalherren und die Plünderei durch die Zentralregierung, den aber die verschiedenen Imperialisten, die um ihren Einfluß in der Türkei miteinander stritten, wiederum für die Durchsetzung ihrer Interessen auszunutzen suchten.

Die deutschen Imperialisten, nach ihrer Niederlage im ersten Weltkrieg erneut zur stärksten imperialistischen Macht in der Türkei emporgestiegen, betrieben die blutige Niederwerfung des Aufstandes. Sie sahen die Lieferungen aus den Chromerzgruben dieser Region bedroht, die fast vollständig an die deutsche Rüstungsindustrie gingen. Die britischen Imperialisten lieferten Waffen für die Niederwerfung des Aufstandes, aber unterstützten auch die Mönche des kurdischen Derwisch-Ordens, der vor allem gegen die durchgeführte Trennung von religiösen und staatlichen Einrichtungen kämpfte und für einen Anschluß an die irakischen Kurden eintrat, die sich 1930 mit Unterstützung der USA und Großbritanniens gegen den gerade unabhängig gewordenen Irak erhoben hatten.

Nach dem zweiten Weltkrieg trieben die USA die Türkei mittels Verschuldung und massiver politischer Einmischung in die NATO und den CENTO-Pakt. Die Niederwerfung jeder revolutionären Bestrebung der kurdischen Arbeiter und Bauern war von da an oberstes Gebot. Die kurdischen Regionen, mit direkten Grenzen zur Sowjetunion, boten und bieten den NATO-Truppen das einzige grenznahe Aufmarschgebiet zur UdSSR. Die kurdischen Arbeiter und Bauern stehen seitdem einem äußerst brutalen Bündnis gegenüber: Die imperialistischen Mächte stützen zur Wahrung ihrer Interessen das Bündnis zwischen ihren türkischen Statthaltern und den kurdischen Großgrundbesitzern, die nach wie vor die politische und wirtschaftliche Macht in ihren Händen konzentrieren: Noch heute kann kein kurdischer Bauer ohne Erlaubnis seines Agas an einem anderen Ort als Landarbeiter tätig sein, verläßt der Bauer mit Erlaubnis des Agas sein Dorf, muß er bei seiner Rückkehr einen Tribut zahlen. Pächter zahlen ein Zehntel der Ernte an die Großgrundbesitzer. 38% der Bauern sind ohne Land, sie haben keine Versicherungen, keine gewerk-

schaftlichen Organisationen. Die Großgrundbesitzer schalten oft Arbeitsvermittler ein, die die Landarbeiter nach Bedarf beschäftigen. 4% der Landeigentümer haben 33% der Nutzfläche in ihrem Besitz vereinigt. Einem Aga aus Silvan, vor dem Putsch Abgeordneter im Parlament, gehören z.B. 15 Dörfer, er nahm 1975 47 Mio. TL aus diesen Pfründen ein, seine Bauernfamilien verdienten Jahr gerade 8000 TL (ca. 800 DM). Zwischen 1969 und 1971 fanden in ganz Kurdistan Landbesetzungen und „Kundgebungen des Erwachens“ statt, an denen mehr als 100000 Bauern teilnahmen unter Losungen gegen nationale Unterdrückung, gegen die Agas und gegen den Imperialismus. Die Agas vertrieben die Bauern gemeinsam mit der türkischen Polizei von ihren Ländereien. Die Kämpfe der Bauern gingen weiter, die Landbesetzungen hörten auch danach nicht auf. Der Militärputsch von 1980 hat auch diese Bewegung auf das Blutigste unterdrückt.

Die Unterdrückung durch das persische und osmanische Reich und die spätere Kolonialisierung durch die Imperialisten und zu erheblichen Teilen die zersplitterte feudale Organisation der Produktion haben die Entstehung eines kurdischen Nationalstaates verhindert. Seit der Jahrhundertwende und besonders nach 1945 haben die kurdischen Bauern heftige Kämpfe gegen ihre Feudalherren und für die Losung „Das Land denen, die es bebauen“ geführt. Die Errichtung der türkischen Republik 1923 hat diese Kämpfe erleichtert und befördert. Die Unterdrückung der kurdischen Sprache und Kultur, die die türkische Regierung seit 1976 verschärft betreibt, hatte vor allem die Unterdrückung dieser Kämpfe zum Ziel. Gleichzeitig lenken die nationalistischen Repressalien und Verfolgungen die Aufmerksamkeit breiter Schichten von den sozialen Fragen, von den Fragen des Klassenkampfes ab. Das schafft günstigen Boden für die verlogene Predigt einer Interessenharmonie in der „Verteidigung der nationalen Interessen“.

Quellenhinweis: J. W. Stalin, Werke Bd. 2, Marxismus und nationale Frage; J. Roth u.a., Geographie der Unterdrückten, Hamburg 1978; verschiedene Kurdistan-Infos; Der Kampf der Kurden im Iran um Selbstbestimmung, Hrsg. Kurdistan-Initiative Westberlin, Mustafa Kemal Pascha, Die neue Türkei, Bd. 1: Der Weg zur Freiheit, Bd. 2: Die nationale Revolution, beide Bände Leipzig 1928; J. Benoit-Mechin, Mustafa Kemal, Begründer der neuen Türkei, Köln 1953 – (eve, kiu)

Kohle-/Kreide-Zeichnung



Rentner mit Bekanntem und blindem, behindertem Sohn beim „Quartern“ (Unterhalten) auf dem Hansaplatz in Münster, (güv, Köln)

Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich: ein schwerer Bruch mit guter gewerkschaftlicher Tradition

Veröffentlichte Äußerungen von Vorstandsseite der IG-Metall lassen darauf schließen, daß 1984 die Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzung und die Tariflohn erhöhungen miteinander gekoppelt werden sollen. Dies wäre nichts Neues, und wurde bei der fünfstufigen Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Stunden pro Woche in den Jahren 1956 bis 1967 immer so gehandhabt, mit nur einer einzigen Ausnahme. Neu ist allerdings die angedeutete Absicht, die Wochenarbeitszeitverkürzung durch

niedere Lohnerhöhungen zu erkaufen und damit weiteren Reallohnabbau hinzunehmen: "Anstelle der dann geringeren Lohn- und Gehaltssteigerungen wird die Beschäftigungswirkung der Arbeitszeitverkürzung zum Tragen kommen"(1), und an anderer Stelle: "Das bedeutet aus der Sicht des einzelnen Arbeitnehmers Verzicht auf sonst mögliche individuelle Einkommensverbesserungen zugunsten einer Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit..."(2).

Nach den Ergebnissen der letzten Tarifrunden, aus denen die Metallkapitaisten immer frecher und stärker hervorgegangen sind, und nach derartig signalisierter Kompromißbereitschaft ist durchaus eine Nullrunde, und sogar das Erreichen nur des halben Lohnausgleichs vorstellbar. Das allerdings wäre ein schwerer Bruch mit guter gewerkschaftlicher Tradition der letzten 30 Jahre. Alle Arbeitszeitverkürzungen in den 50er und 60er Jahren waren untrennbar mit dem vollen Lohnausgleich verbunden. Dies aufzugeben würde eine Arbeitszeitverkürzung für viele einfach unannehmbar machen.

Aber weshalb erscheint der Lohnausgleich entgegen früheren erfolgreichen Beispielen so ungesichert und abschüßgefährdet? Uns scheint, weil die IG Metall heute weit davon entfernt ist, die Kapitalisten zur Anerkennung eines Sachverhaltes zu zwingen, der für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung so große und doch so simple Bedeutung besitzt, nämlich, daß es ihr darum geht, die Arbeitskraft zu schützen und zu erhalten gegen die extensivste, zerstörende Vernutzung im Produktionsprozeß. Im Homburger Abkommen 1960 fand dieser Standpunkt seinen Niederschlag: "Die Parteien stimmen darin überein, daß der zwischen ihnen vereinbarte Stufenplan zur Verkürzung der Arbeitszeit (...) der Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer dienen (...) soll."(3)

Heute dagegen sind aus Teilen der IG Metall-Führung staatstragende Töne in der Begründung des Kampfziels zu hören. Das ominöse gesellschaftliche Gemeinwohl, anstatt des ureigensten Interesses des Arbeiters findet Eingang in die Diskussion. Da geht es um die "Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit, der bisher größten Bedrohung unserer gesellschaftlichen Strukturen seit Bestehen der Bundesrepublik"(Loderer), um die "Erhaltung des sozialen Friedens".

Garniert mit der Beteuerung, all dies sei kostenneutral, folglich auch der Nutzen gleichmäßig verteilt. Eine Forderung steht und fällt auch mit ihrer Begründung. Wie leicht kann der Ruf nach Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle, nach Solidarität mit den Arbeitslosen so gedreht werden, wie er von Geissler und Konsorten verstanden werden will: Verteilung der vorhandenen Löhne von weniger auf viele Köpfe. Dies ist der Ruf nach einer gewaltigen Senkung des Lohnniveaus. Wäre dies das Ergebnis der Arbeitszeitverkürzung, hätte sich der "Beitrag zur Massenarbeitslosigkeitsbekämpfung" in sein Gegenteil verkehrt. Gezwungen durch zu niedere Haushaltseinkommen würde das Heer der Arbeitssuchenden durch Jugendliche, die statt länger zur Schule in die Fabrik geschickt werden und durch Frauen, die auch zu miesesten Bedingungen dazuverdienen müßten, vergrößert.

Die beschäftigungspolitische Argumentation birgt in sich die Gefahr, in ein schlimmes Kielwasser zu geraten. Weshalb sich nicht besser an solche Argumente halten, die in der Vergangenheit erfolgreich waren?

Im Bremer Abkommen von 1956 war ab 1.10.56 eine Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 auf 45 Stunden festgelegt, gleichzeitig eine Tarif-bzw. Ecklohn erhöhung um 8%. 6 2/3% davon wurden als Lohnausgleich gerechnet. Die Angestellten erhielten auf ihr gleichbleibendes Monatseinkommen bei 3 Wochenstunden weniger Arbeit eine Erhöhung von 1,5%. 15 Monate später, am 1.1.58 wurden die Löhne und Gehälter um 6% erhöht. Damit war der Reallohn wieder gesichert, denn die Preissteigerungsrate für mittlere Arbeitnehmerhaushalte lag 1957 bei 2,0% und 1958 bei 2,2%.

Mit dem reinen Arbeitszeitabkommen von Bad Soden 1958 wurde ab 1.1.59 die Arbeitszeit je Woche um eine weitere Stunde auf 44 Stunden (gleich minus 2,27%) verkürzt und

zum Ausgleich die Löhne um 2,3% erhöht. Für die Angestellten wurde vereinbart, die bisherigen Tarifgehälter in voller Höhe weiterzu bezahlen. Zusätzlich konnte gesondert ab 1.1.59 eine Lohn- und Gehaltserhöhung von 4,6% mit einer Laufzeit von 18 Monaten durchgesetzt werden, was einer Erhöhung von 3,1% für das Jahr 1959 entspricht. Die Preissteigerungsrate lag bei 0,9%.

Das Homburger Abkommen vom 8.7.60/15.9.60 regelte Arbeitszeitverkürzung wie Lohn- und Gehaltserhöhung. Eine dreistufige Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 44 auf 40 Stunden wurde festgelegt und der entsprechende Lohnausgleich für die Arbeiter garantiert (siehe Kasten), was eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 3,2% erforderlich machte. Im darin integrierten Lohn- und Gehaltsabkommen wurden ab 1. Juli 60 die Löhne und Gehälter um 8,5% erhöht bei einer Laufzeit von 12 Monaten und einer Inflationsrate von nur 1,4% und zugleich eine weitere Erhöhung der Tarife für Arbeiter und Angestellte um 5% ab 1. Juli 61 (Laufzeit bis 31.12.61, Preissteigerungsrate 1961 2,6%).

Das 1. Erbacher Abkommen (13.7.64) umfaßte neben Arbeitszeit und Löhne auch Urlaubsdauer und Urlaubsvergütung. Ab 1.10.64 wurden Löhne und Gehälter um 6% erhöht (Preissteigerungsrate lag 1964 bei 2,3%). Für 1.1.65 wurde für Arbeiter und Angestellte eine zusätzliche Erhöhung der Lohnsumme um 2% in der Weise verwandt, daß die in der Urlaubsvregelung festgelegte Urlaubsvergütung um 30% erhöht wurde, außerdem wurde der Urlaub ab 1964 und 1967 um jeweils 1-2 Tage je Altersgruppe erhöht. Ebenfalls vereinbart wurde eine Tariflohn erhöhung ab 1.7.65 um weitere 3% für Arbeiter und Angestellte bei einer Preissteigerungsrate 1965 von 3,4%. Die Wochenarbeitszeitverkürzung um 1 1/4 Stunden auf 40 Stunden wurde um ein Jahr verschoben.

Das 2. Erbacher Abkommen brachte ab 1.1.66 eine Lohn- und Gehalts erhöhung von 6%. Die endgültige Einführung der 40 Stundenwoche wurde nochmals um 1/2 Jahr verschoben auf 1.1.67 und dabei wurden dann die Löhne um 5% erhöht, der Lohnausgleich war darin mit 3,1% veranschlagt. Die Gehälter wurden um 2% erhöht. Bei einer Preissteigerungsrate von 1,4% in 1967 war auch damit die Erhaltung des Reallohns garantiert.(4) Bekanntlich führen die Metallkapitalisten ihre Gegenkampagne mit der Forderung nach Flexibilisierung der Arbeitszeit. Gesamtmetall-Präsident Thiele verlangte nach einem "vermehrten Angebot von Arbeitskraft nach Maß", d.h. Verkürzung bei ausgehöhlten Tarifverträgen, intensivster Vernutzung der Arbeitskraft je nach Auftragslage zu jeder Zeit bei völliger Auflösung der 5 Tage-Woche und Abschaffung jeglichster geregelter Arbeitszeit, natürlich immer mit entsprechenden Lohnkürzungen. Diese Sorte "Flexibilisierung" muß vertraglich eingeschränkt werden, am besten durch die Festlegung des 7 Stundentags von Montag bis Frei-

tag. Die Möglichkeiten der Spaltung der Arbeiterklasse und der Erzielung einer gewaltigen Lohnsenkung im Rahmen einer Arbeitszeitverkürzung sind vielfältig. Denkbar wäre u.a. der Versuch, eine tiefe Kluft zwischen Arbeiter und Angestellte zu reissen. Bei dem einen wird der Gehalt wie bisher, für die Arbeiter verweigern die Kapitalisten die notwendige ausgleichende Lohn erhöhung von 14,3%. Die Lage wäre prekär, denn unmöglich für die IG Metall, dann auch den gleichbleibenden Lohnabschlag für die Angestellten zu verlangen. Die gemeinsame Aktion von Arbeitern und Angestellten wäre auf lange Sicht dahin.

In der Auseinandersetzung um die Durchsetzung des freien Samstags konnte von den Kapitalisten nichts von alledem erreicht werden. Weder gab es Lohnabschläge für die Verkürzung der Arbeitszeit, noch Reallohn minderung, noch eine Ungleichbehandlung von Arbeitern und Angestellten.

Zuweilen kann aus IGM-Funktionärs munde das Wort vom "Einstieg" ver-

nommen werden. Eine Festlegung, unter was keinesfalls "eingestiegen" werden darf, wäre da notwendig. Ein Einstieg unter zwei Stunden würde die IG Metall der Lächerlichkeit preisgeben. Für Donnerstag und Freitag den 7 Stundentag zu erreichen, was einen Lohnausgleich in Höhe von 5,3% erforderte, wäre gegenüber den Bestrebungen der Kapitalisten durchaus noch als Erfolg zu werten. Gleichzeitig muß klargestellt werden: die unteren Löhne dürfen nicht weiter absacken, und eine unterschiedliche Behandlung verschiedener Gruppen innerhalb der Lohnabhängigen, seien es Arbeiter, Angestellte, Stück- oder Zeitlöhner und Auszubildende kommt nicht in Frage.

Quellen: (1) Gewerkschafter 7/83; (2) Argumentationspapier des Vorstands, Dez. 82; (3) Homburger Abkommen vom 15.9.64; (4) Gewerkschafter 9/83, sämtliche Abkommen zur Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden im Wortlaut; Daten, Fakten, Informationen, 1983, Hgb. Vorstand der IG Metall 1983.

Autoren: frr,ros

Abkommen über Arbeitszeit und Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie vom 25.07.1956 (Bremer Abkommen):

1. Die in den Tarifverträgen zwischen den Vertragsparteien vereinbarte regelmäßige Arbeitszeit je Woche wird von 48 auf 45 Stunden verkürzt.
2. Soweit in den Tarifverträgen für bestimmte Arbeitnehmergruppen längere regelmäßige Arbeitszeiten vereinbart sind, werden diese um je 3 Stunden in der Woche verkürzt.
3. Beginn und Bezahlung der Mehrarbeit richten sich nach den bisherigen Tarifbestimmungen, jedoch unter Zugrundelegung der gemäß den Ziffern 1 und 2 verkürzten regelmäßigen Arbeitszeit.
4. Die Tariflöhne bzw. Ecklöhne nach dem Stand vom 30. Juni 1956 werden um 8 Prozent erhöht.
5. Die in den Lohnabkommen enthaltenen Bestimmungen über die tatsächlichen Auswirkungen von Tariflohn erhöhungen finden auf die Lohnerhöhung gemäß Ziffer 4 Anwendung.

Abkommen über Arbeitszeit und Gehälter für die Angestellten in der Metallindustrie vom 25.07.1956 (Bremer Abkommen):

- 1.;2.;3. gleichlautend mit dem Abkommen für die Arbeiter.
4. Die Tarifgehälter nach dem Stand vom 30. Juni 1956 gelten für die gemäß Ziffern 1 und 2 verkürzte regelmäßige Arbeitszeit. Außerdem werden sie um 1,5 Prozent erhöht.

Abkommen über Arbeitszeit für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie vom 28.08.1959 (Bad Sodener Abkommen):

- ##### A. Arbeitszeit
1. Die regelmäßige Arbeitszeit je Woche wird von 45 auf 44 Stunden verkürzt.
 - 2.;3. gleichlautend mit dem Bremer Abkommen.
 4. Zum Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit nach Ziffern 1 und 2 werden die Tariflöhne um 2,3%

erhöht.

Abkommen über Arbeitszeit für die Angestellten in der Metallindustrie vom 28.08.1958 (Bad Sodener Abkommen):

- ##### A. Arbeitszeit
- 1.;2.;3. gleichlautend mit dem Abkommen für die Arbeiter.
 4. Die bisherigen Tarifgehälter sind in voller Höhe weiterzuzahlen.

Abkommen über Arbeitszeit und Löhne für die gewerblichen Arbeitnehmer in der Metallindustrie vom 08.07.1960/15.09.1960 (Bad Homburger Abkommen):

- ##### I. Arbeitszeit
1. Die tarifliche regelmäßige Arbeitszeit je Woche wird mit Wirkung vom
 - a) 1. Januar 1962 auf 42,5 Stunden
 - b) 1. Januar 1964 auf 41 1/4 Stunden,
 - c) 1. Juli 1965 auf 40 Stundenverkürzt.
 5. Zum Ausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit nach den Ziffern 1 und 2 werden die Tariflöhne (Ecklöhne) folgendermaßen erhöht:
 - ab 1. Januar 1962 um 3,5%
 - ab 1. Januar 1964 um 3,0%
 - ab 1. Juli 1965 um 3,1%

III. Gemeinsames Lohnabkommen

1. Die zum 30. Juni 1960 gekündigten Tarifverträge werden unter Erhöhung der am 30. Juni 1960 gültigen Tariflöhne (Ecklöhne) um 8,5% mit Wirkung ab 1. Juli 1960 wieder in Kraft gesetzt.

IV. Durchführung des Abkommens

Die Parteien stimmen darin überein, daß der zwischen ihnen vereinbarte Stufenplan zur Verkürzung der Arbeitszeit sowohl der Erhaltung der Arbeitskraft der Arbeitnehmer dienen als auch die Wirtschaft in die Lage versetzen soll, rechtzeitig die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um den ihr obliegenden Produktionsaufgaben gerecht zu werden.

NATO-Aufrüstung

Militärische Sicherung einer Großraumoffensive



EG-AKP

Lomé III: BRD-Imperialisten auf der Jagd nach neuen Plünderungsmöglichkeiten

Im Oktober sollen die Verhandlungen zwischen der EG und 63 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks über ein neues AKP-EG-Abkommen beginnen. Die BRD-Imperialisten wollen die Gelegenheit nutzen, um zusätzliche Plünderungsmöglichkeiten zu erzwingen, so ein Vorkaufsrecht für die Bergbauprodukte der AKP-Staaten und eine allgemeine Garantie für imperia-

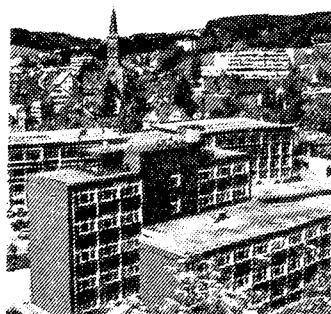
listisches Kapital in diesen Ländern. Die aus der Kolonialzeit bewahrten Interventionsmöglichkeiten der EG-Kolonialmächte in den AKP-Staaten, den BRD-Imperialisten schon in der Vergangenheit willkommene Rückendeckung für ihre räuberischen Geschäfte, sollen auch das neue Abkommen und eine weitere neokoloniale Ausbeutung der AKP-Staaten ermöglichen.

Einhellige Auffassung der BRD-Imperialisten ist, daß konventionelle und nukleare Aufrüstung der NATO-Truppen unabdingbar sei zur Verhinderung von „Erpressungen“ durch die Sowjetunion. Das Ziel ihrer Friedensbemühungen sei, so z.B. Genscher, die „Ordnung des Nichtkrieges“ zu verwandeln in eine „europäische Friedensordnung“. Mit welcher militärischen Konzeption will die BRD dieses imperialistische Großraumkonzept durchsetzen?



Kommunalhaushalt

Die Stadt Furtwangen ist pleite



Im Juli dieses Jahres wurde bekannt, daß die 11 000 Einwohner zählende Gemeinde Furtwangen im Schwarzwald ihren Finanzaushalt nicht mehr decken kann. Ein kapitalistisches Unternehmen müßte den Vergleich anmelden. Die Gesamtschuld der Gemeinde beläuft sich auf 35 Mio. DM. Der Haushalt 1983 enthält eine Unterdeckung von 4,3 Mio. DM.

Die Landesregierung und das Regierungspräsidium behaupten, die „Furtwanger“ hätte über ihre Verhältnisse gelebt. Deshalb verweigern sie jede finanzielle Hilfe. Die kommunalen Leistungen sollen gekürzt werden und die Gebühren sollen steigen. Über Gebühren für warmes Duschen bis zum Personalabbau in der Verwaltung ist alles geplant.

Jugoslawien

Welche Wirtschaftsreformen plant die Regierung?

Für eine Gesamtsumme von 4,5 Mrd. Dollar Schulden und Zinszahlungen an die kapitalistischen Länder, die in diesem Jahr fällig geworden sind, mußte die jugoslawische Regierung Umschuldungen vornehmen. Die Banken aus den imperialistischen Staaten waren nur bereit, Zahlungsaufschub zu gewähren, wenn Jugoslawien Änderungen der Wirtschaftsstruktur vornimmt. Welche Zugeständnisse hat Jugoslawien gemacht?



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- Stahl- und Metallindustrie
- Druckindustrie
- Chemie und übrige Industrien
- Handel, Banken, Versicherungen
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- Schul- und wehrpflichtige Jugend
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – herausgegeben vom Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte.

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:
*GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1 Kamekestr. 19
Tel. 0221/517457
Postscheckkonto Köln,
Konto-Nr. 10419-507,
Bankleitzahl 37010050*